

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Sonnabend, den 11. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzelnr. Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Bestellungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
zwei ober deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Anzeigen
und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Mitranstätt, Distrikt des sozialdemokr. Vereins Merseburg-
Querfurt, Ueberisch v. Sommerfest 10.—, Berlin: Beiträge der
Wahlkreise: 2. Kreis 1000.— (darunter Tischlerei Dunsky 20.—,
Gesangvereine „Kreuzberger Harmonie“, „Gerechtigkeit“ und
„Freiheit West“ 10.—), 3. Kreis 500.— (darunter R. S. W.
40.—), 4. Kreis Südost 2000.— (darunter gef. bei der Ein-
setzung b. roten Hermann in Köpenick 7,55, Vierprozente der
Tischlerei v. Schwarz u. Fröhlich 30.—, Köpenicker Paul 1.—, von
H. B. u. 4. Quartal 6.—), 4. Kreis Ost 1500.— (darunter
St. Dionysius 8.—, Kinderfest durch Kühn 8.—), 6. Kreis
7000.— (Vereinte Sangesbrüder Noabit, Grabständchen bei Frau
Parr 10.—, A. V. Mitter 1.—), Berlin, diverse Beiträge: B. St.,
Wappel-Allee 3.—, E. S. 1.—, E. S. 1a 12.—, Jule II
10.—, Gg. Stüblich 8.—, Dr. F. 5.—, Dr. A. 100.—,
Freund 400.— (darunter für Berliner Stadtverordnetenwahlen 100.—),
F. S. 50.—, Sechserklasse der Werkst. Firma Schirn u. Co. durch
Reumann 40.—, Von den Berliner Genossinnen 100.—, Arbeiter-
Rads.-Verein, Ueberisch, d. Vereinsort nach Mühlenbeck 2,05,
Machtes Sept.-Dkt. 10.—, Gutenberg Sept.-Dkt. 78,40, Telegr.-
Ueberisch, Hochzeit L. Sch. 3,88, Lehberg, Kaiserstr. 32 8.—,
Munition zum Kampfe für Wahrheit und Recht 4.—, Die
Kontobuchhalter vom Bedding 5.—, Jansen v. Dr. R. 10.—,
Dögl. v. Frohm. 8.—, P. S. 50.—, A. V. 50.—, Mitglieder
des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 50.—, Buz-
bach i. S., E. A. 4.—, Vant-Bilhelmshaven, sozialdemokr. Wahl-
verein 143.—, Bern 50.—, Deuten (Oberschl.), von den Parteige-
nossen 7.—, Bremen, Maschinenpersonal der „Bremer Bürger-
zeitung“ 24,80, Breslau, sozialdemokr. Verein 200.—, Coblenz,
St. Goar, Wahlverein 10.—, Cassel-Wessungen, Wahlkreis 50.—,
Dortmund, Seher und Bruder der „Arbeiter-Zeitung“ 50.—,
Erlangen, vom Wahlverein für 3. Quartal 10.—, Esslingen,
sozialdemokratischer Wahlverein für Vergheim-Euslingen 4,70,
Fallenberg (Oberschl.) 3.—, Hamburg, v. d. Hamburger Ge-
nossen durch Gen. Jütz 100.—, Hamburg, „Bauer“ 2.—,
Hamburg, im Monat Oktober in der Expedition des „Hamburger
Echo“ eingegangen 117,45, Königsberg i. Pr., sozialdemokr. Verein,
4. Quartal 100.—, Kattowitz, sozialdemokr. Verein 10.—, Langen-
bielauer Agitationsbezirk, Beiträge der Wahlvereine für
3. Quartal 237.— (darunter Freiburg 15.—, Schwednitz 41,75,
Göllsch 5.—, Langenbielau 64.—, Striegau 25.—, Peters-
waldau 27.—, Weigelsdorf 8,50, Landeshut 31.—, Dirsch-
berg 18,75), Ludenwalde, Rufus 5.—, Magdeburg, sozialdemokr.
Verein 200.—, München, Au-München aus Ausland 12.—, München,
Gau Südbayern 148,99, Remel, v. Kreisverein Remel-Hendelzug
3. Quart. 11.—, Niederbarnimer Wahlkreis 1500.—, Neuwied a. Rh.,
sozialdemokr. Verein 3. Quart. 2,90, Nürnberg, E. R. 3.—, Nürn-
berg, Dr. E. 5.—, Reusfeld D.-Schl., Beitrag v. Wahlverein 25.—,
Reumünster, gef. auf einer roten Hochzeit 6,50, Nordische Wasser-
fante 50 000.—, Oberstein a. R., Volkverein 3. Quartal 17,24,
Oberlangensielau, Arbeiter aus dem Eulengebirge 100.—, Nir-
dorf, die Parteikasse der Arbeiter von Vardemann u. Co. 25.—,
Rauisch-Goslin, Beitrag vom Wahlverein 3,40, Stettin, von Klassen-
bewussten Handlungsbekämpfern für Nachwahl im Wahlkreis Eisenach:
Gegen Schad. für Leber 15,80, Schweinfurt, sozialdemokratischer
Verein 10.—, Solingen, vom Kreisomitee 120.—, Stuttgart,
G. II. 10.—, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Zentral-
Wahlverein Extrabeitrag 5000.—, Desgleichen Monatsbeitrag
250.— (darunter von Anton Lewadowski, Köpenick 2.—),
„Vorwärts“, 3. Quartal 1905 26 045,85, „Wahrer Jacob“ 5000.—,
Wittlich b. Trier, 3. Quart. 05 3.—, Würzburg, R. W. u. A. R.
10.—, Waldheim, von lustigen Sportgenossen d. Radsfahrerbundes
„Solidarität“ 3.—, Württemberg 100.—, Zichorlau i. Erggeb., gef.
b. einer roten Kindtaufe 2,15, Jährige, v. Parteigenossen 5.—,
Berlin, den 8. November 1905.

Für den Parteivorstand: A. Gerlich, Lindenstr. 69.

Nach dem Bankrott des Absolutismus.

„Die Kommunisten sind praktisch der
entschiedenste, immer weiter
treibende Teil der Arbeiterpartei
aller Länder.“

Das „Kommunistische Manifest“

Der jüngste Eisenbahnerstreik in Russland, der plötzlich
eine neue Wendung in dem Gang der Revolution herbei-
geführt hat, tritt für den Augenblick von der Bühne ab. Ein
bestimmter Abschnitt der Revolution ist damit wieder ab-
geschlossen. Welches ist die nunmehr geschaffene Situation
und wie wird der weitere Gang der Dinge voraussichtlich
sein — das ist die Frage.

Oberflächlich betrachtet, bietet das Zarenreich im gegen-
wärtigen Moment das Bild eines wüsten Chaos, ein Durch-
einander widersprüchlichster Erscheinungen dar, in dem die
bürgerliche Presse, zumal die des deutschen Liberalismus mit
gewohnter Kopfschüttelung herumirrt, um bei jeder Depeschen-
nachricht über die „Bemühungen“ ihres geliebten Wirtes
hoffnungsvoll zu lächeln und gleich darauf durch eine Nachricht
von neuen Judenmordeleien tief betrübt wieder zusammenzusinken.
In Wirklichkeit ist das äußere Chaos der Zustände in Russland
nur der adäquate Ausdruck des eigentümlichen inneren Ver-
hältnisses sozialer und politischer Kräfte, das durch die zwei
jüngsten Wochen geschaffen ist.

Der Eisenbahnerstreik, der das Signal eines allgemeinen Aus-
standes in allen Städten des Riesennetzes geworden ist, hat den
letzten Versuch des Absolutismus, sich hinter dem schwachen Gebein
eines „Duma“-Konstitutionalismus zu retten, mit einem Schlag
zertrümmert. Die zarische Regierung war durch den ge-
waltigen einmütigen Ansturm der Arbeiterschaft, die mit ihrem
Generalstreik den ganzen Mechanismus des Staates und das

ganze öffentliche Leben zum Stillstand gebracht hat, ge-
zwungen, mit neuen weitgehenden Zusagen wirklicher parla-
mentarischer Freiheiten herauszutreten. Damit hat aber der
Absolutismus tatsächlich bereits abgedankt. Er hat mit seinem
letzten Verfassungsmanifest, wenn gleich es ein bloßes Stück
Papier geblieben ist, seinen Bankrott als Regierungssystem
kundgetan. Dieses Stück Papier ist keine Verfassungsurkunde,
aber es ist die Abhandlungsurkunde des absoluten Regime.

Der Absolutismus hat abgedankt. Er existiert in Wirk-
lichkeit nicht mehr. Aber diejenige politische Form, die das
neue Russland annehmen wird und muß, ist noch nicht ge-
schaffen. Und zwar nicht deshalb, weil Herr Witte mit Herrn
Goremykin oder mit einem anderen Biedermann von der
Sorte nicht ins Klare kommen kann, oder weil „man“ in
Peterhof „den Kopf“ verloren habe, wie die Woffe-Presse ver-
zweifelt stöhnt. Sondern deshalb, weil die Machtverhältnisse
der Klassen und Parteien, die sich um die kleinen Schelme
der Hofamarrilla und ihr munteres Zutrigenspiel den Teufel
kummern, selbst in ständiger und rascher Verschiebung begriffen
sind. Das neue Russland als sozialer und politischer Bau, auf den
die politische Verfassung schließlich als fertiges Dach auf-
gestülpt werden soll, ist gegenwärtig im Werden begriffen.
Und auch diesem Prozeß der inneren Scheidung und Klärung
hat der jüngste Eisenbahnerstreik mit seinem Befolge von
Generalstreiks einen mächtigen neuen Anstoß gegeben.

Die mächtig liberalen, monarchisch-konstitutionellen Sensivo-
Partei, die für jeden Kuhhandel mit dem Absolutismus zu
haben war und die sich in der letzten Periode der verhältnis-
mäßig äußeren Ruhe, in der Pause der Straßenevolution in
den Vordergrund gedrängt hatte, ist jetzt plötzlich wieder ganz
auf den hinteren Plan geschoben worden. Die staatsmännische
Klugheit und die „Nähigkeit“ des Liberalismus schweigen,
erschrocken durch das machtvolle Auftreten der „Straße“.

Die Zwischenschicht der demokratischen, radikalen bürger-
lichen Intelligenz ist durch denselben Ansturm der Arbeiterschaft
wieder für eine Zeitlang mitgerissen worden. Die Intelligenz
unterstützt jetzt energisch die Generalstreikaktion des Proletariats
und seine radikalen Losungen.
So ist durch die jüngsten Kämpfe die ganze Physiognomie
des Kampflagers insofern verändert, als nunmehr die Lösung
des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts von allen
Oppositionsparteien mit Entschlossenheit vertreten wird.

Die Arbeiterschaft ihrerseits wurde aber gleichfalls durch
ihre eigene Bewegung der letzten Wochen mit einem gewaltigen
Ruck weitergeschoben. Die Aktion, die Forderungen, die
Haltung des Proletariats werden durch die innere Logik des
Kampfes immer entschlossener und radikaler. Auf den ersten
Plan der proletarischen Aktion ist nunmehr die Lösung der
Republik getreten. Während in der früheren Periode, vom
Januar bis Oktober, die Einberufung der konstituierenden
Versammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts
das Stichwort der Massenbewegung bildete, ist es
jetzt die republikanische Staatsform. Freilich stand
die Republik im Programm der sozialdemokratischen Parteien
von vornherein und wurde pflichtgetreu in den Schriften und
Reden der Sozialdemokratie erwähnt. Für die Masse jedoch
und für den lebendigen Kampf war die Lösung einstweilen
mehr ein wesentlicher Schemen. Erst der Fortschritt der
Revolution selbst und die Verschiebung der Situation hat das
Proletariat als Masse über die anfänglichen Losungen: all-
gemeines Wahlrecht und konstituierende Versammlung hinaus-
getrieben und die Lösung der Republik zum Brennpunkt des
Kampfes gemacht.

Einerseits ist nämlich durch die wirklich errungene, vom
Proletariat bereits betätigte selbstherrliche „politische Freiheit“
der Strafe die bloße Lösung der konstituierenden Versammlung
überholt. In den wichtigsten Großstädten und Industrie-
zentren hat die Arbeiterschaft die elementarsten Rechte und
Freiheiten, die von der konstituierenden Versammlung erwartet
wurden, bereits für sich verwirklicht. Ungehinderte Massen-
versammlungen, Massenemonstrationen, Volksreden, offene
Verstellung und Verbreitung sozialdemokratischer Schriften,
offenes Auftreten der sozialdemokratischen Parteien als einer
legalen anerkannten Macht, hier und da, wie z. B. im So-
nowicer Ankerrevier buchstäbliche Diktatur der Arbeiterschaft;
das alles treibt mit zwingender Logik zu immer radikaleren,
entschlosseneren Forderungen.

Andererseits greift die Sozialdemokratie, um gegenüber
den bürgerlich-liberalen und demokratischen Gruppen die aus-
schlaggebende vorantreibende Rolle zu behalten, instinktiv und
naturgemäß zur schärfsten Zuspitzung ihrer politischen Stellung
und ihrer Forderungen. Auf dem Boden der republikanischen
Lösung wird auch voraussichtlich der folgende Partei- und
Klassenkampf zwischen der Arbeiterschaft einer- und dem
bürgerlichen Liberalismus andererseits ausgefochten werden.

Dem Philister wird freilich die Forderung der Republik
im gestrigen Zarenreich als eine maßlose Frechheit, dem so-
genannten „praktischen Politiker“ und sozialdemokratischen
Staatsmann als ein unverantwortlicher „Dogmenfanatismus“
erscheinen. Erblickte doch gar mancher Sozialdemokrat Westeuropas
bis vor kurzem noch die eigentliche Aufgabe der Arbeiterklasse
und der Sozialdemokratie in Russland darin, für den zitterigen
russischen Liberalismus als „Stütze“ zu dienen und sich selbst
mit der melancholischen Erkenntnis zu trösten, daß in der
gegenwärtigen Periode doch nicht das Proletariat sondern die
Bourgeoisie von Gott und dem Schicksal zur politischen Herr-
schaft bestimmt und berufen sei.

Die staatsmännische Klugheit hat sich zum Glück hier wie
schon jedesmal als die kurzfristigste Politik, diktiert aus einer
Froschperspektive, erwiesen. Freilich täuscht sich das kämpfende
Proletariat in Russland nicht einen Augenblick, daß es direkt
etwa ins sozialistische Paradies gelangen werde. Es versteht
vielmehr sehr wohl, daß am anderen Tage nach der Revo-
lution das Heft in die Hände der heutigen Parasiten der
Revolution, der Bourgeoisie und des Adels, fallen wird.

Allein es ist die innere Logik der Ereignisse selbst, die
das kämpfende Proletariat dazu drängt, immer schärfer und
entschlossener seine radikale Massenstellung in politischer
Losungen auszudrücken und auf diese Weise die bürger-
liche Opposition bis zu einem bestimmten Punkte, dem äußersten
Punkte der revolutionären Welle, voranzutreiben.

Und siehe da: wenn man den bisherigen Gang der
russischen Revolution aufmerksam verfolgt, ging alles buch-
stäblich nach dem alten vielgeschmähten „Schema“ des Marx-
ismus, es ist nichts anderes als die eigene Politik Marxens
aus dem kommunistischen Manifest und aus der März-
revolution, die nach 60 Jahren vor unseren Augen
in Russland zur Tat wird, mitsamt den „Ueberresten des
Blanquismus“, der „ufopischen“ Republik und . . . der
„Frohlegende“.

Noch bleibt der unergründliche Schatz politischer Be-
lehrung aus den Feuerkünden der russischen Revolution
von dem internationalen Proletariat unbehoben. Allein schon
die äußere Geschichte dieser Revolution spricht mit Donner-
stimme: Marx. Und wer in den Sandwüsten des bürger-
lichen Parlamentarismus das Verständnis für die lebendige
Wahrheit des Marx'schen Geistes verloren hat, der gehe hin
und lerne in Russland!

Die Revolution in Russland.

Der Aufruhr in der Marine!

In Kronstadt wütet der Kampf in gewaltigen Dimensionen.

Die Depeschen melden:
Petersburg, 10. November. Die 14. Flottenequipage,
welche im Zentrum von Kronstadt garnisoniert, meuterte und
demolierte alles in ihrer Kaserne. Das 4. Manenregiment,
welches in Kronstadt landete, wurde sofort mit aufgepflanztem
Bajonett empfangen: die meisten Truppen schloßen sich den
Revolutionären an, auch die Marine-Infanterie meuterte. Ohne
Veranlassung wurde auf Soldaten und Zivilpersonen von den
aufständischen Truppen geschossen. Die Zahl der Opfer ist
noch nicht bekannt. Fast sämtliche Käden sind geplündert und
in Brand gesteckt worden.

Paris, 10. November. Wie der Petersburger Korrespondent
des „Matin“ in später Nachtstunde depeschiert, haben Matrosen
eines der Kriegsschiffe von Kronstadt die am Strande auf-
gestellten Kosaken bombardiert. Auch mehrere Forts schloßen
auf Geratewohl und man vermutet, daß sie sich ebenfalls
den Meuterern angeschlossen haben.

Paris, 10. November. Aus Petersburg meldet der „Petit
Parisien“, die Nachrichten aus Kronstadt rufen hier die größte
Aufregung hervor. Das Peterhofer Dragonerregiment, welches
zu den Elitetruppen gehört, ergab sich ohne Kampf den Auf-
rührern. Das Langenreiterregiment ist in einem furchtbaren
Kampfe fast gänzlich aufgerieben worden.

Petersburg, 10. November. In Kronstadt sind insgesamt
25 000 Mann Militär in Aufruhr. Man befürchtet, daß es
den Meuterern gelingt, sich eines der Kriegsschiffe im Hafen zu
bemächtigen und alsdann Peterhof bombardiert wird.

Paris, 10. November. Aus Kronstadt meldet der „Matin“:
Nachmittags 5 Uhr stand bereits die Hälfte der Stadt in
Flammen; alle Hilfe war unmöglich. Der Zar hatte selber
den Befehl gegeben, den Aufruhr unbarmherzig nieder-
zuschlagen. Man befürchtet, daß die Feuersbrunst sich auch
auf das Zeughaus ausdehnt, wo große Mengen Munition
lagern, so daß eine furchtbare Explosion die Folge wäre.
Aus Petersburg sind alle verfügbaren Truppen nach Kronstadt
entsandt worden.

Petersburg, 9. November. Ueber Kronstadt liegt ein
dichter Rauchschleier, durch den hindurch man Feuerstrahlen
schwülen sieht. Acht Militärdepots in der See festung stehen in
Flammen. Es ist unmöglich, in die Stadt einzudringen. Die
Telegraphenpfeile sind auf eine Entfernung von sechs Kilo-
meter vor Kronstadt umgerissen. Die Telephonverbin-
dung ist unterbrochen. Die letzte telephonische Mel-
dung war die Mitteilung, daß ein Dampfer mit
150 Matrosen, die wegen Beteiligung an den Unruhen während der
verlorenen Woche in Petersburg verhaftet worden waren,
eingetroffen sei. Die Ueberweisung dieser Matrosen an die
Marinebehörden in Kronstadt war die letzte Amtshandlung des
Generals Trepow. Die Matrosen überwältigten auf der Fahrt
jedoch die Bewachungsmannschaften, und völlig in der Gewalt
der Auführer, lief der Dampfer unter roter Revolutionsflagge
in Kronstadt ein. Soldaten und Matrosen versammelten sich
in dichten Scharen, um die Ankömmlinge zu begrüßen. Dann
vereinigte sich alle zur Erhebung gegen die Beamten und
Offiziere des Zaren, und zwei Stunden später war Stadt und
Festung Kronstadt völlig in ihrem Besitz.

London, 10. November. Wie der Petersburger „Times“-
Korrespondent aus vertrauenswürdiger Quelle erfährt, be-

Schießt die Besatzung des vor Kronstadt liegenden Kriegsschiffes die Kosaken am Ufer. Die Forts unterhalten ein unregelmäßiges Feuer. Man nimmt an, daß einige von ihnen ebenfalls gemeinert haben. Der Winterpalast wird eiligst für die Aufnahme des Jaren in Stand gesetzt, da die Umgegend von Kronstadt für unsicher gilt.

Der Zarismus demontiert und „beruhigt“.

Kronstadt, 9. November. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Telegramme über Unruhen sind sehr häßlich. Die Brände in der Stadt sind gelöscht. In den Straßen patriotischer Abteilungen von Infanterie, Artillerie und Kosaken. Unruhen erneuern sich nicht. Meutereien, die vom Gefindel angezettelt werden, werden energisch unterdrückt.

Petersburg, 9. November. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus allen Teilen des Landes kommen beruhigende Nachrichten. Der Gouverneur von Moskau hat einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, in welchem er zur Ruhe ermahnt und erklärt, er könne sich das Recht nicht nehmen lassen, Verschwörer zu bestrafen, und er sei entschlossen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. In Ketz ist der Eisenbahnverkehr wieder hergestellt. In Bolk ist eine Kommission gewählt worden, welche eine Untersuchung wegen der Vorgänge der letzten Tage anstellen soll. In Jeksk sind die Schulen wieder geöffnet; die Straßen sind noch mit Militär besetzt. Der Aufstand in Marinsk ist beendet. In Theodostia herrscht Ruhe; die Läden sind geöffnet. Die Schulen in Kiew werden am 14. November wieder geöffnet werden. Nachrichten über völlige Wiederherstellung der Ruhe kommen aus allen Städten Finnlands. In Helsingfors, Abo, Mariehamn, Nussadt ist das Manifest mit großer Freude aufgenommen worden; der Aufstand ist beendet und der Verkehr wieder hergestellt. In Helsingfors hat der Senat mit Zustimmung des Generalgouverneurs 100 000 R. zur Bezahlung der Nationalgardien und der Arbeiter bewilligt, welche während des Ausstandes Polizeidienst in der Stadt geleistet haben.

Ein Symptom der „Beruhigung“.

Riga, 10. November. Der Kurator verfügte die Schließung sämtlicher Volks- und Mittelschulen mit Ausnahme des Polytechnikums.

Petersburg, 10. November. Der Verband der Verbände veröffentlicht einen Aufruf an die Mitbürger, den Ausschreitungen gegen die Juden und die Intelligenz energisch entgegenzutreten. In der Meuterei in Kronstadt waren alle Flottenequipagen und Lehrkommandos beteiligt. Das Gewehrfeuer dauerte über 12 Stunden. Die Zahl der Meuterer betrug mehrere tausend Mann, von denen ein großer Teil betrunken war. In der Nacht vom 7. zum 8. brach an mehreren Stellen der Stadt Feuer aus, die Lösungsarbeiten wurden durch die Matrosen verhindert. Gestern mittag trat Veruhigung ein. Die Meuterer teilten sich in Parteien, von denen die Friedenspartei die Oberhand gewann. Die Matrosen verbreiteten hierauf Aufrufe mit der Aufforderung, Ruhe zu halten. Gestern abend durchzogen Tausende von Matrosen mit einer weißen Flagge die Straßen, in denen an einigen Stellen Maschinengewehre aufgestellt sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. November.

Amerikaner Schacher.

Das Zentrum bereitet sich darauf vor, ähnlich wie im Jahre 1900 bei den Beratungen über das Flottengesetz, den Nachweis zu liefern, daß der besittene jehuitische Grundsat: „der Zweck heiligt die Mittel“ seine Politik tatsächlich beherrscht. Wie es damals mit dem verächtlichen Streben einer raffinierten Skotte schließlich der Regierung fast alles bewilligte, was diese forderte, so ist es auch jetzt wieder zur Prostituirung seiner sogenannten Grundsätze bereit, wenn sich die Regierung zu einer angemessenen Entschädigung auf kirchlichem Gebiete versteht und den Spahn nebst Spähndchen gestattet, nach außen ein gewisses Deforum zu wahren. Auffallend war für jeden, der die Taktik des Zentrums kennt, schon die Art und Weise, wie seine Presse die ersten offiziellen Andeutungen über die Stengelschen Steuerprojekte aufnahm. Zwar verhielt sich zunächst nach altem Rezept die Zentrumspresse durchaus ablehnend gegen den Vorschlag einer stärkeren Belastung des Tabaks und Bieres, doch schon Herr Bachem, der Besitzer des einflussreichsten Zentrumspapieres, der „Kölnischen Volkszeitung“, lehnte vor etwa vierzehn Tagen diese Steuer nicht mehr direkt ab, sondern forderte nur noch, daß der „notwendige Konsum der breiten Volksmasse nicht stärker belastet“ würde. Seitdem ist die amerikanische Kritik der im Reichsjahrbuch ausgeheckten Steuerprojekte immer schwächer geworden. Jetzt wird selbst in der linksamerikanischen „Köln. Volksztg.“ nicht mehr von einer Behinderung weiterer Belastung des Verbrauches der Masse, sondern nur noch von einer „Schonung der Arbeiterklasse“ gesprochen. Wenige Tage noch und aus dieser absoluten Schonung wird wahrscheinlich eine „möglichste“ oder „tunlichste“ Schonung, bis schließlich das Wort jenen vieldeutigen Sinn erlangt, den die Zentrumsauguren für ihre Zwecke brauchen.

Zwischen bemühen sich zur Vorbereitung dieser Schwendung die Vorkämpfer der Zentrumspolitik, die Reichsfinanzlage möglichst trübe zu schildern — nicht, um aus dem trostlosen Stand der Finanzen die Folgerung zu ziehen, daß die enormen Ausgaben für die Flotten- und Kolonialpolitik eingeschränkt werden müssen, sondern um daraus den Beweis abzuleiten, daß eine bedeutende Vermehrung der Reichseinnahmen eine absolute Notwendigkeit ist, der sich kein „deutscher Mann“ verschließen könne. Anlaß die Forderung einer Einschränkung der Ausgaben für die abenteuerliche neu-reichsdeutsche Weltpolitik zu stellen, gedenkt vielmehr das Zentrum, diesem Kurs neue Mittel zur Verfügung zu stellen. Erklärte doch dieser Tage die „Köln. Volksztg.“ nach einer Erörterung der neuen Flottenforderungen, die sie selbst auf 70 Millionen Mark pro Jahr einschätzte:

„Schlechthin ablehnend wird sich allerdings der deutsche Reichstag nach Lage der Dinge der neuen Flottenvorlage gegenüber nicht verhalten können und wollen.“

Selbstverständlich stellt sich das Zentrum der Regierung für deren Steuer- und Flottenvermehrungspläne nicht umsonst zur Verfügung. Wie gern es sich auch patriotisch aufspielt, soweit reicht sein sogenanntes vaterländisches Pflichtgefühl nicht, daß es sich nicht seine Dienste gut bezahlen ließe. Es wird seinen Tribut dafür auf kirchlichem Gebiete fordern und erhalten. Schon der Entwurf eines Volksschulunterhaltungs-Gesetzes, der gleich nach Eröffnung des preussischen Landtages diesem zugehen soll, bietet eine solche günstige Gelegenheit zum Schacherhandel. Die Zusammenfügung des Schulvorstandes, die geistliche Aufsicht, die Veranschlagung der Ansprüche konfessioneller Minderheiten, die Einschränkung der Simultanschulen; alles das sind Punkte, bei denen das Zentrum mancherlei Wünsche in petto hat. Fast scheint es, als würde hinter den Kulissen bereits nach allen Regeln der Kunst gefeilscht und gehandelt.

Gegen das sächsische Wahlrecht.

Unsere sächsischen Genossen sind in einen energischen Feldzug gegen das Dreiklassenwahlrecht eingetreten. In einem Aufruf des Zentral-Agitationskomitees der sozialdemokratischen Partei Sachsens werden die Arbeiter zu wichtigen Protestkundgebungen gegen das schändliche Wahlrecht aufgefordert. Der Aufruf betont, daß in der Thronrede von einer Aenderung des Dreiklassen-Wahlrechts keine Rede gewesen sei. Es könne demnach kein Zweifel bestehen, daß die sächsische Regierung an dem gegenwärtigen Zustand der Rechtlosigkeit festzuhalten entschlossen sei. Die Zusammenfügung des Landtages und das Wahlsystem seien aber derartig, daß dadurch das sächsische Volk vollständig entrechtet sei. Da die Auserwählten des Dreiklassen-Wahlrechts um keinen Preis freiwillig ihr Vorrecht aufgeben würden, müsse das sächsische Volk auf dem Posten sein und jede sich bietende Gelegenheit benützen, das Gefühl des Unrechtes unter den Massen zu erwecken und zu unzweideutigem Ausdruck zu bringen. In dem Aufruf heißt es:

„Hunderttausende von arbeitsamen, intelligenten Staatsbürgern hat man zu Wählern dritter Klasse entrechtet, sie haben dadurch jeden Einfluß auf die Gestaltung ihrer Geschicke verloren. Die große Masse des Volkes wird von wenigen Besitzenden beherrscht und in ihrer Interessensvertretung verhindert; die wahre Volksmeinung kann in der sächsischen Gesetzgebung nicht so zum Ausdruck gebracht werden, wie es den kulturellen Verhältnissen unseres Landes nach wünschenswert und notwendig ist. Dieser Zustand muß abgeändert werden! Soll das sächsische Volk die volle und wahre Demokratie herrschen. Soll wahre Freiheit und Wohlergehen dem Volke die Wege ebnen, dann müssen Privilegien und Vorrechte fallen! Das Dreiklassen-Wahlrecht zum sächsischen Landtag ist ein Privileg der bestehenden Klasse, ein Vorrecht des Geldsackes! Es muß so lange bekämpft werden, bis es verschwindet und an seine Stelle tritt: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit Anwendung des Proportionalitätssystems.“

Der Aufruf teilt dann mit, daß Ende November eine Interpellation über die Stellung der Regierung zum Wahlrecht zur Verhandlung gelangen werde. Man wisse im voraus, daß bei der Behandlung dieser Frage im Kreise der Privilegierten sehr wenig herauskommen werde. Deshalb müsse das Volk seinem unbeugsamen Willen Ausdruck geben, seine Menschenrechte zu erobern. Angesichts der heldenmütigen Kämpfe in Russland und Oesterreich-Ungarn dürfe nicht länger gezögert werden, dem Drängen der Massen den energischsten Ausdruck zu geben. Um den Forderungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen, müßten Versammlungen im ganzen Lande veranstaltet werden. Als Zeitpunkt für diesen Massenprotest des ganzen Landes erachte man den 18. und 19. November für günstig. Pflicht der Parteigenossen sei es, unverzüglich die Vorbereitungen zu treffen, um die Versammlungen zu imposanten Demonstrationen zu gestalten.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiter Sachsens diesen Aufruf durch die gewaltigste Massenkundgebung beantworten werden. Wie notwendig es ist, endlich einmal den verumpften sächsischen Landtag zu regenerieren, bewies ja die Fleischnotdebatte, die am Donnerstag im Landtage stattfand. Bergens suchte der einzige sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein im Verein mit zwei Freisinnigen den phlegmatischen Geldadventurern klar zu machen, welche unerhörte Zustände durch die Grenzsperrn für die arbeitende Bevölkerung heraufbeschworen worden sind. Die agrarische Landtagsmehrheit reagierte auf die Reden nur durch einige unverschämte Zwischenrufe. Die Regierung erklärte unter dem Vorfall der Mehrheit, daß allerdings eine Fleischsteuerung vorliege und daß diese sehr beklagenswert sei, aber daß man trotz allen Wohlwollens keinen Weg der Abhilfe sehe. Man müsse ruhig abwarten, bis die Zeit der Fleischkalamität vorbei sei. Eine Grenzöffnung könne nicht erfolgen, solange in Ungarn die Schweinepest herrsche. Es bleibt also alles beim alten, es tritt keine Grenzöffnung, keine Ermäßigung der Zölle, keine Beseitigung der sächsischen Schloßsteuer ein, ein Resultat, wie es in diesem Landtage ja selbstverständlich war. Aber gerade diese brüste Mißachtung des Reichsrechtes der Arbeiter wird dem sächsischen Proletariat beweisen, wie notwendig es ist, der bestehenden Klasse klar zu machen, daß es sich seine Rechte nicht länger verweigern läßt!

Deutsches Reich.

Die Reichstagswahl in Eisenach-Vermbach.

Man schreibt uns aus Eisenach:

Das Gesamtergebnis der am 7. November stattgefundenen Reichstagswahl für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Kreis ist ein für unsere Partei durchaus günstiges. Es erhielten Stimmen: Leber (Soz.) 6886, Kühner (Fr. Sp.) 2697, Flex (nat.) 2780, Müller (Z.) 1014, Schad (Ant.) 4045.

Es sind diesmal bei der Hauptwahl abgegeben worden im ganzen 17 422 Stimmen; 2352 Stimmen mehr als im Jahre 1903. Während die gesamten bürgerlichen Parteien eine Zunahme von 1484 Stimmen zu verzeichnen haben, hat die Sozialdemokratie allein um 868 Stimmen zugenommen.

Die Agitation war eine ungemein rührige; besonders haben sich die Antisemiten eine äußerst demagogische Agitation geleistet. Wer das nicht selbst mitgemacht hat, glaubt es nicht. — Diese politischen Gauller versprechen den Wählern nicht weniger als alles. Für den Großgrundbesitzer einzutreten erklärten sie für ihre Pflicht. Dem kleinen Landwirt wollen sie durch hohe Zölle und Grenzsperrn helfen, und leider die kleinen Landwirte glauben diesen Rassenhegern. Dem Handwerker versprechen sie, ihm durch Jertürmerung der großen Kaufhäuser zu nützen. Unsere Genossen haben dort, wo sie die Antisemiten zu stellen vermochten, gründlich aufgeräumt. Wenn wir diesmal trotz dieser Agitation ungefähr 900 Stimmen zugenommen haben — davon entfallen zirka 500 Stimmen auf das flache Land —, so ist das der unermüdlichen Agitation unserer Genossen, die hier oben auf der Höhe weder Sturm noch Schnee und Regen scheuten, zuzuschreiben.

Aber auch die Freisinnigen machten die verzweifeltsten Anstrengungen. Vom Jahre 1890 bis zum Jahre 1903 war der Kreis freisinnig vertreten. Von 1890—1893 vertrat ihn der Rechtsanwalt Harmening-Jena und von 1893—1903 Kasselmann-Eisenach. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 kandidierte Kasselmann nicht mehr und die Freisinnigen holten sich Rechtsanwalt Ebner-Frankfurt a. M. als Kandidaten. Ebner verlor damals zirka 1800 Stimmen und der Freisinn wurde aus der Stichwahl ausgeschlossen. Bei der diesmaligen Reichstags-Erwahl hatten die Freisinnigen sich einen besseren Kandidaten ausgesucht — den Redakteur Kühner-Eisenach, ein im ganzen Kreise bekannter und beliebter Mann. Und was war der Erfolg der freisinnigen Kandidatur? Eine Zunahme von 646 Stimmen.

Die Freisinnigen haben nun Farbe zu bekennen! Für uns liegt die Stichwahl günstig. Bismarck 3000 Stimmen sind wir den Antisemiten vor, außerdem haben wir noch in der Stadt sicherlich gute

Reserven, denn 2240 Wähler blieben der Wahlurne fern. Und wenn auch die Nationalliberalen geschlossen für Schad stimmen sollten, erreicht er das Resultat, was wir bei der Hauptwahl erzielt haben, noch nicht. Ferner haben eine Anzahl Arbeiter diesmal im ersten Wahlgange für Kühner und nicht für Leber gestimmt. Kurzum die Aussicht für die Stichwahl ist nicht ungünstig, die hiesigen Genossen werden es nicht an Eifer fehlen lassen.

Es ist nicht uninteressant, an der Hand der Wahlstatistik die Entwicklung der Parteiverhältnisse im Eisenacher Kreise zu verfolgen. Es erhielten in der Hauptwahl Stimmen:

	Sozialdemokr.	Freisinn. Volksp.	Nationalliberale	Antisemiten	Zentrum
1890	601	7850	5898	—	—
1893	2460	3808	5328	1623	809
1895	2835	3594	1923	2645	—
1898	3744	3714	1912	2698	—
1903	6018	2904	3585	2145	1313
1905	6886	2698	2780	4045	1014

Die Entwicklung in Eisenach spiegelt im Kleinen die politische Entwicklung überhaupt: die liberalen Mittelparteien, die vor fünfzehn Jahren zusammen noch 13 600 Stimmen aufbrachten, haben jetzt zusammen noch nicht 5400 Stimmen erhalten. Die Masse der Wähler hat nach links und rechts Anschlag gefunden. Speziell der Freisinn weist gerade noch ein Drittel seiner ehemaligen Wählerzahl auf. Sein Los zwischen Sozialdemokratie und Reaktion völlig gerieben zu werden, ist ihm auch hier deutlich genug vor Augen gerückt. Die Ursache des freisinnigen Vankrotts lemt jedes Kind, nur der Freisinn selbst hat noch immer nicht begriffen, daß ihm sein ewiges Schwanken und Latieren bei den Massen um allen Kredit gebracht hat. Eine solche feige Unentschlossenheit scheint nämlich auch die Haltung der Freisinnigen bei der Stichwahl wieder charakteristischer zu sollen.

Der Freisinn hatte während des Wahlkampfes den Antisemiten als gemeingefährlichsten Reaktor und Brotwucherer belächelt und auch nach der Hauptwahl spricht die freisinnige „Eisenacher Tagespost“ von den strapelosen Hegagitatoren und Machern der antisemitisch-bündlerischen Kandidatur, die „in der schmutzigsten Weise die politischen Gegner angegriffen, heruntergerissen, beschimpft und schamlos verlemmet“ hätten. Hoffentlich werde die verdiente Rüttung für dies Gohahren auch nicht ausbleiben. Das ist alles; den freisinnigen Wählern offen zu empfehlen, für die Sozialdemokraten zu stimmen, wagt das Blatt nicht, das im Gegenteil die Antisemiten dafür verantwortlich macht, wenn jetzt der Wahlkreis eine sozialdemokratische Vertretung erhalte. Die „Tägliche Rundschau“ gibt dem auch trotzdem noch nicht die Hoffnung auf, daß mit Hilfe des Freisinn ein nationaler Kandidat gewählt wird. Das Verhalten der „Freien Deutschen Presse“ könnte solche Hoffnungen nur bestärken, schimpfte doch auch dies Blatt zwar anfangs kräftig auf das demagogische Treiben des antisemitisch-bündlerischen Kandidaten und seines Stabes, aber nur, um sich nachher um so gründlicher über die sozialdemokratische Kampfmethode zu entrüsten. Von einer Stellungnahme zur Stichwahl kein Wort!

Wenn also der Freisinn in Eisenach wirklich dem antisemitischen Brotwucherer zum Durchfall verhelfen sollte, so wäre die Leitung der Partei an einem so vernünftigen Vorgehen völlig unschuldig.

Müller-Sagan kontra Eichhoff.

Die „Freie Deutsche Presse“ polemisiert heute heftig gegen die „Phrasen über Weltpolitik“. Es seien trüchtige Redensarten, daß die weltpolitischen Verhältnisse des 20. Jahrhunderts anders lägen, als die des 19. Jahrhunderts. Bismarck würde das, wenn er heute noch lebte, niemals zugeben, und deshalb wohl von unseren Weltpolitikern zum alten Eisen geworfen werden. Weder die Bevölkerungszunahme des Reiches, noch die Vermehrung des Warenaustausches, noch unsere Kolonien rechtfertigten eine Weltpolitik:

„Neben dem Umfang des Handels und des Schwimmes daraus entscheidet nicht die Zahl der Linienfahrzeuge, das Displacement ihres Tonnengehalts und die schwere Artillerie unter den Schiffslanomen, sondern einzig und allein die Güte der deutschen Waren, ihre Wohlfeilheit und die Reclität unserer Exporteure.“

Durch Weltpolitik läßt sich das Ausland nicht zum Einlauf zwingen. Eine solche ist nur geeignet, die Eifersucht fremder Völker zu erwecken und eine sonst nicht gerechtfertigte Abneigung gegen Deutschland hervorzubringen. Uns will es oft scheinen, als ob die Mode, mit der Phrase einer Weltpolitik zu operieren, gerade geeignet ist, Koalitionen anderer Staaten gegen Deutschland hervorzurufen, in jedem Falle aber Deutschlands reelle Interessen im Welthandel zu schädigen.“

Das ist gerade das Gegenteil von dem, was der Fraktionsgenosse des Chefredakteurs der „Freien Deutschen Presse“ vor einigen Tagen in Solingen ausgeführt hat. Auffallenderweise vermeidet es Herr Müller-Sagan, diese aufsehenerregende Rede Eichhoffs auch nur mit einer Silbe zu zitieren. Es wäre doch interessant zu erfahren, wessen Auffassung sich mit der der Majorität der freisinnigen Volkspartei deckt, die weltpolitische des Herrn Eichhoff oder die flottengegnerische des Herrn Müller-Sagan? Oder sollte auch dieser letztere im Grunde kein Flottengegner sein? Er schreibt nämlich auch:

„Gewiß bedarf es für Deutschland eines Küstenschutzes auch zur See, wenngleich in dieser Beziehung Deutschland von Natur günstiger gestellt ist als andere Staaten. Auch müssen wir außerhalb Europas Raubstaaten zur Räson zwingen können.“

Will die „Freie Deutsche Presse“ nun eigentlich die Flottenvorlage überhaupt abgelehnt wissen oder sie nur anders begründet sehen?!

Auch ein Erfolg.

Deutlicher als lange gelehrte Auseinandersetzungen beweisen die von der „Statist. Korrespondenz“ veröffentlichten Zahlen der Schlacht- und Fleischbeschau Preussens im dritten Vierteljahr 1905 das Bestehen der von den Agrariern bestrittenen Fleischnot. Nach den Ergebnissen der Schlachtviehschau hat nämlich in den Monaten Juli bis September dieses Jahres im Vergleich zum gleichen Quartal des vorigen Jahres ein Rückgang der Schweineschlachtungen um 265 747 Stück, d. h. um nicht weniger als 13 Proz. stattgefunden; und zugleich fiel die Zahl der beschauten Rälber von 587 253 auf 492 502, also um 45 809 Stück. Dasselbe sind allerdings die Rindviehschlachtungen um ungefähr 36 500, die Schafschlachtungen um 49 000 Stück gesunken; aber diese Zunahme vermag den Rückgang der Schweine- und Rälberschlachtungen nicht auszugleichen. Zudem kommt in Betracht, daß die preussische Bevölkerung sich alljährlich um ungefähr 1,10 Proz. vermehrt, im dritten Quartal dieses Jahres demnach um ungefähr 400 000 Personen größer war, als im gleichen Vierteljahr 1904.

Um die Kritik der Presse zu beschwichtigen, hat die preussische Regierung beschlossen, vom Ende dieses Monats ab allmählich das Kontingent an Schweinen, das über die russische Grenze in Schlesien eingeführt werden darf, zu erhöhen. Bismarck konnten allwöchentlich

1860 Schweine in Schlessen eingeführt werden, nun soll zunächst die Zahl um 800 Stück vermehrt und dann derartig weiter erhöht werden, daß sie zum 1. März 1906 auf 2500 Stück steigt. Ein fast lächerlich winziges Budget, das kaum in der nächst der Grenze gelegenen schlesischen Bezirken von Einfluß auf die Fleischsteuerung sein wird und über Schlessen hinaus jede Wirkung verliert. Trotzdem gebietet sich die freisinnige Presse, als hätte ihre Agitation einen Misserfolg erzielt. Die „Voss. Ztg.“ leistet sich sogar folgendes, albernes Siegesgefaßel:

„Es ist also wahr, das preussische Staatsministerium stellt sich nicht einfach auf den Standpunkt, den Herr v. Podbielski in seiner Kaiserhofrede einnahm, daß die Fleischnot in vier bis fünf Wochen vorüber sei und die Preise schnell und scharf fallen würden und daß die guten Leute vom Lande auch einmal gute Zeit haben müßten, und daß die Arbeiter in der Stadt ihren Brüdern in der Landwirtschaft einmal eine Lohn-erhöhung gönnen sollten, und daß die Steigerung der Vieheinfluß nichts nützen, sondern nur schaden würde, sintermalen in Rußland Cholera und Pest und allerlei andere Seuchen herrichten, die eine furchterliche Gefahr für den deutschen Viehstand bedeuteten. Das Staatsministerium begnügt sich auch nicht mit dem Rat an die Sozialdemokratie, von Partei wegen Schweinezucht zu betreiben, und dem Anerbieten des Herrn v. Podbielski an Herrn Singer, ihm die etwa gewünschten Ferkel zu liefern. Im Gegenteil, unbekümmert um alle Reden des Landwirtschaftsministers hat das Staatsministerium beschlossen, zunächst diejenige Maßregel beim Bundesrat zu beantragen, die von den „Fleischnotfreiern“ am dringendsten befürwortet wurde.“

Das Blatt prophezeit sogar in dem bombastischen Leitartikel, den es dem weltgeschichtlichen Entschluß der preussischen Regierung widmet, den baldigen Rücktritt des edlen Pod. Es ist erstaunlich, wie leicht eine Freisinnseule zufrieden zu stellen ist. Und diese komischen Phantasien läßt sie ein, aus eigener Kraft mit dem preussischen Junkertum fertig werden zu können.

Eine Fahrkartensteuer soll, wie die „Kölnische Volkszeitung“, die sich so gut über die Flottenvorlage unterrichtet zeigte, meldet, in allem Ernst geplant sein. Sie soll nach den Wagenklassen abgestuft sein. Außerdem soll für die dritte und vierte Klasse der Vorortverkehr und für die vierte Klasse eine Hundertkilometerzone von der Steuer befreit sein.

Diese Ausnahmen verhindern nicht, daß durch eine solche Steuer die minder bemittelten Klassen getroffen werden. Die Steuer wäre um so ungerechter, als ohnehin durch die Tarifreform die Vergünstigung des Freigeleges aufgehoben und dadurch der Fahrpreis empfindlich erhöht werden soll. Man will also den durch den großen Uberschuß der Röhrenherstellung geschwächten Volkskörper nachdrücklich durch Schröpfköpfe behandeln!

In ihrer heutigen Abendnummer nimmt endlich die „Freie Deutsche Presse“ von dem Vortrag des Herrn Eichhoff Kenntnis, aber nicht, um ihn zu zitieren oder zu kommentieren, sondern nur um zu erklären, daß Herr Eichhoff — mißverstanden worden sei, ein Mißgeschick, das ihm übrigens schon auf dem Wiesbadener Parteitag passiert sei. Herr Eichhoff stellt gleich der Gesamtpartei auf dem bisherigen Standpunkt der freisinnigen Volkspartei: Ein selbstloser Herr, der Abg. Eichhoff, der so weltmächtig und stoffenspärriger Neben hält, der die Annahme der Flottenforderungen durch seine Partei in Aussicht stellt — alles aus reinem Mißverständnis seiner Zuhörer! In einigen Wochen wird man ja sehen, wie sich das Mißverständnis auflöst!

Bayerischer Landtag.

München, den 10. November 1905.

Die Abgeordnetenkammer erledigte heute in den Spezialberatungen den Rest der Wahlrechtsvorlage. Die Zentrumsabgeordneten, die bei der gestrigen Sitzung Bedenken wegen der Einteilung der Wahlbezirke erhoben hatten, erklärten heute, daß sie darauf verzichten, einen Antrag zu stellen, um das Gesetz nicht zu gefährden. Vor der namentlichen Abstimmung ließen die Liberalen und Bauernbündler erklären, daß sie dem Entwurf zunächst zustimmen, sich aber ihre endgültige Abstimmung in der dritten Lesung vorbehalten. Sie hätten die Hoffnung, das Zentrum werde sich doch noch dazu verstehen, dem Wunsch der starken Minderheit entsprechend, die relative Mehrheit aufzugeben. Darauf wurde in namentlicher Abstimmung der Gesetzentwurf in erster Lesung einstimmig angenommen. Die zweite Lesung findet in 8 Tagen, die dritte in weiteren 8 Tagen statt.

Eine Petition des „Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht“ um Gewährung des Stimmrechts an die Frauen wurde durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt. Abgeordneter v. Bollmar gab seinem Bedauern Ausdruck, daß es nicht möglich sei, zurzeit diese Petition zu würdigen. Er behalte sich aber vor, bei der nächsten günstigen Gelegenheit einen dementsprechenden Antrag zu stellen. Abgeordneter Dr. Heim (Zentrum) erklärte überraschenderweise, ein Teil seiner Parteifreunde sei ebenfalls für bessere Behandlung der Petition, er sei der Meinung, das Frauenstimmrecht werde viel schneller kommen, als man glaube. Er stelle den Antrag, die Petition der Regierung zur Würdigung zu überweisen. Für diesen Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten und 23 Zentrumsleuten nur drei Liberale.

Wilhelm I. und die Volkswehr. Die sozialdemokratische Forderung einer Volkswehr wird — trotz aller Gegenbeweise der Geschichte — von unseren Gegnern, namentlich den Herren Militärs, meist damit zurückgewiesen, daß die Volkswehr sie untauglich zur nationalen Wehrhaftmachung sei. Aus wem wir wirklich so Gläubigen man sie ablehnt, das hat Wilhelm I., der von seinem Enkel so genannte „Große“, einmal offen ausgesprochen. Die „Kreuz-Zeitung“ erzählt nach einem neu erschienenen Buche, das Aussprüche Wilhelms I. zusammenstellt:

„Der Kaiser war ein entschiedener Gegner der Volkswehr. So verwarf er Schopenhauers Gedanken, schon die Schulung aus exerzieren und zu disziplinieren. Dadurch würde 1848 den Demokraten eine vortreffliche Armee geliefert worden sein. Eine solche Einrichtungsbedingung ebensowohl wie die Bürgerwehr, Garde nationale, guarda civita usw. den Namen eines Lehrbataillons für die Revolution.“

Das Werten der russischen Soldaten beweist freilich, daß auch das stehende Heer unter Umständen gegen die Demokratie völlig versagen kann!

Agrarische Berufszählung.

Der Präsident des Reichsstatistischen Amtes, Herr von der Borcht, macht gute Arbeit. Er erfüllt das Vertrauen, das Bülow und Posadowsky und deren Hintermänner in ihn gesetzt haben. Er macht aus einer relativ unabhängigen Beobachtungsstelle ein unter dem Schein der Unparteilichkeit wirkendes Institut zur Umdeutung der statistischen Messungen im Sinne seiner „hohen“ Vorgesetzten. Als eine besondere Aufgabe scheint er die Säuberung des Statistischen Amtes von Leuten, die einen geraden Rücken und wirtschaftliches Verständnis haben, zu betreiben. Als an Stelle des Herrn Bülowi der rasch zu hohen Ehren gelangte, früher auf eine lange Professur in Aachen angewiesene von der Borcht Präsident des Reichsstatistischen Amtes wurde, war seine erste Amtshandlung, daß er sämtliche, auch nicht amtlichen Arbeiten der Angehörigen

dieses Amtes unter seine Junktur stellte und damit die wissenschaftliche Freiheit der Mitglieder in höchstem Maße einengte. Der großen Öffentlichkeit wurde diese Russifizierung des Amtes anlässlich des Falles Martin bekannt.

Nun verläßt die fleißigste und erfolgreichste Kraft des Reichsstatistischen Amtes, der Universitätsprofessor Zahn, seine Stelle, um nach Düsseldorf als Beigeordneter zu gehen. Solcher Abgänge ist sicherlich alles, nur kein Advancement für den Bearbeiter der letzten Berufs- und Volkszählungen im Deutschen Reich. Wer die amtliche Bewertung der Stellen an Universitäten, Reichsbehörden und Kommunalverwaltungen kennt, der wird überzeugt sein, daß dieser Tausch der Stellen kein freiwilliger gewesen sein kann. Weder finanziell, noch hinsichtlich des Wirkungsbereiches, noch in bezug auf das Ansehen und den Rang der Stellung hat sich Zahn verbessert. Geht er aus dem Reichsstatistischen Amt und von der Berliner Universität in das Düsseldorfer Rathaus, so geschieht dies höchstwahrscheinlich, weil man ihm seine bisherige Stelle verleiht, seine Unabhängigkeit vermindert oder seinen Wirkungsbereich eingengt hat.

In dem Falle Zahn ist und die Person völlig gleichgültig und unbekannt, aber wir wissen, daß seine Verarbeitung der letzten Berufs- und Volkszählungen tüchtige Arbeiten sind, deren wissenschaftliche Bedeutung trotz aller ihrer Mängel bei der Aufnahme von allen berufenen Beurteilern geschätzt und anerkannt wird. Deshalb ist diese Verarbeitung der Berufs- und Gewerbezahlungen den Agrariern sehr un bequem und der Regierung bei der Vertretung der Zollpolitik ein Stein des Anstoßes gewesen. Man mühte deswegen diese Kraft, die wegen ihrer großen Arbeitsleistung sonst sicher geschätzt worden wäre, entweder aus dem Amte hinausschleusen oder neutralisieren. Vor allem mühte Zahn die Vorbereitung und Bearbeitung der künftigen Berufs- und Gewerbezahlungen, die für das Jahr 1907 in Aussicht genommen ist, entzogen und an seine Stelle ein Vertrauensmann des Herrn Podbielski gesetzt werden. Es gibt Leute, die schon den Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrates, Professor Dabe, als den Nachfolger Zahns, als den Agrarminister der nächsten Berufs- und Gewerbezahlungen in das Reichsstatistische Amt einzuziehen sehen. Das wäre aber für die künftige wirtschaftliche Gehegung ein Hemmschuh und für die statistische Forschung ein Rückschlag.

Zentrumsstreife.

Bei der Landtagswahl in Karlsruhe vollführte das Zentrum in einem Wahlkreis der Stadt einen Rückfall gegen die Nationalliberalen, deren Kandidat den ausschlaggebenden Zentrumschäpchen als frommer katholischer Kirchenbesucher vom Block angegriffen worden war. Es erdient an Entscheidungstage an den Platskäulen eine auffallende Zentrumsorder:

Zentrumsleute, der Block soll sein Lieb haben! Steht die Hochzeitskade an und fährt dem Block sein Lieb zu! Die Jakobinerkugel ist Modeartikel für die Partei von „Bildung und Besitz“ geworden.

Die Behandlung nach den Urhebern dieser Anpreisung des sozialdemokratischen Kandidaten ergab, daß der groß. Revisor Zrenkle (durchgefallener Zentrumskandidat) unter Mitarbeit des Farrers Meyer (Rebakter des ultramontanen „Vad. Beobachter“) den Aufsatz verfaßt und seine Publikation veranlaßt hatte.

Zwei Landesverratsprozesse finden am 18. November vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts statt. In dem ersten wird gegen den angehenden Studenten Ladislau Pawlowski aus Warschau verhandelt werden, der angeklagt ist, sich des Verbrechens aus § 3 des Spionagegesetzes schuldig gemacht zu haben. In dem zweiten Falle richtet sich die Anklage gegen die unverschämte Schriftstellerin Smolda Smolkjaninow, zuletzt in Berlin, welcher Versuch des Verrates militärischer Geheimnisse vorgeworfen wird.

An die falsche Adresse richtet die „N. Westf. Ztg.“ polemische Ausfälle gegen den „Vorwärts“. Die Rechnung, daß ein neues Uienenschiff 40 Millionen kosten werde, sei viel zu hoch. Außerdem sei der „Vorwärts“ auf die Meldung von der Verbreitung des Nordostseeanals „hereingefallen“.

Die Kostenberechnung für die neuen Linienstämme stammt, was auch die „N. Westf. Ztg.“ sicher weiß, nicht von uns, sondern von bürgerlichen Politikern. So hat auch die „Köln. Volksztg.“ den Preis der 18.000 Tonnen-Schiffe auf 36 Millionen (nicht auf 30 Millionen, wie die „N. Westf. Ztg.“ glauben machen will) berechnet. Und auf die Meldung von der Verbreitung des Nordostseeanals ist nicht der „Vorwärts“, der sie sofort für ungläubig und abenteuerlich erklärte, sondern die „Voss. Ztg.“ und mit ihr ein großer Teil bürgerlicher Blätter hereingefallen.

Wie ein Soldat „geschont“ wird.

München, 8. November. (Fig. Ver.) Wegen Mißhandlung bzw. vorchristlicher Behandlung eines Untergebenen wurde vor dem Kriegsgericht der ersten Division der Unteroffizier des Ersten schweren Reiterregiments Josef Schuppfall, ein Zimmerer aus Tittmoning freigesprochen. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er den Reiter Rißinger, der sich am 1. Juli an den Folgen eines früher erlittenen Unfalles zum Arzt meldete, am gleichen Tage morgens beim Frühstücksdienst den Befehl gab, mit zwei gefüllten Tränk-Eimern Kniebeuge zu machen, und als er diesen Befehl infolge großer Schmerzen in der linken Kniegelenke nicht ausführen konnte, mit zwei gefüllten Eimern in militärischer Haltung am Brunnen stehen ließ. Sodann wies der Unteroffizier den Reiter aus dem Stall und ließ ihn auf dem Hofe langsamen Schritt machen, wobei er die Hände auf den Rücken legen mußte, worauf der dazugekommene Wewachmeister den Unteroffizier zur Rede stellte und die Lebung beendete. Der Unteroffizier stellte die Mißhandlungen in Abrede, der mißhandelte Reiter Rißinger nahm sie auf seinen Eid; der Wewachmeister, der Zeuge der vorchristlichen Behandlung war, schildert den mißhandelten Reiter als ungläubwärdig, dagegen stellte er dem Unteroffizier das Zeugnis aus, daß er einer seiner besten Unteroffiziere in der Eskadron sei, der aber gegenüber der Mannschaft etwas scharf sei. — Der Generaloberarzt Martin gab sein Gutachten dahin ab, daß Rißinger mehrere Wochen an den Folgen eines Unfalles 6 Wochen in Lazarett behandelt und schließlich entlassen und der Eskadron zur Schonung empfangen wurde. Die Kniegelenke war am 1. Juli fast geschwollen, es sei möglich, daß Rißinger starke Schmerzen hatte, doch seien das die Folgen eines einseitigen Strafexerzierens vom Tage vorher. Durch die Leubungen mit den Tränkern seien die Schmerzen nicht gesteigert worden (?). Rißinger sei von Hause aus ein beschränkter, boshafter Mensch, der nicht bei der Wahrheit bleibe und immer etwas stark auftrage. — Das Gericht schenkte den Angaben des Soldaten Rißinger keinen Glauben und sprach den „besten Unteroffizier der Eskadron“ von Schuld und Strafe frei. Das Martyrium des „geistig beschränkten“ und schonungsbedürftigen Soldaten kann also von neuem beginnen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Lokalisation der österreichischen Eisenbahnen.

Alle Erklärungen seines tiefen Bedauerns über die „verfälschte“ Situation nützen dem Ministerium nicht — die „passive Resistenz“ macht rasende Fortschritte. Auch der Erlaß von Sonderbestimmungen für den Rangier-Dienst wird kaum einen Jued haben; der Stein ist im Rollen, da halten ihn keine Instruktionen mehr auf, zumal wenn sie den Jued verfolgen, über Nacht an die Stelle eines alten Reglements ein neues zu setzen, das in jeder Hinsicht darauf berechnet ist, eine „glatte“, schnelle Abwicklung des Dienstes zu ermöglichen — selbst auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Bahn-Angehörigen sowohl wie des reisenden Publikums!

In Regierungskreisen ist man so naiv, zu glauben, daß die Bewilligung eines Teilens der Forderungen genügen wird, die Eisenbahner zur „Vernunft“ zu bringen. Man ist so naiv, obwohl

die Südbahner und die Bediensteten der k. k. Staatsbahnen sich der „Resistenz“ angeschlossen haben. In Böhmen machen sich die Folgen des Vorgehens der Angehörigen dermaßen bemerkbar, daß auf der Station Lissa z. B. 2000 Tonnen Ware lagern, die nach Deutschland bestimmt sind, aber nicht abgerollt werden können. — Der Frachtgüterverkehr nach Prag ist auf den 1. I. Staatsbahnen gänzlich eingestellt, und die Aussicht droht, daß auch die letzten Möglichkeiten der Beförderung erlöschen.

Anzweifeln glaubt man im Ministerium des Innern den Stein des Weisen gefunden zu haben. „Wägenfalls“ sollen die Soldaten des Eisenbahn-Regiments in die Presse treten. Wenn sein Leben lieb ist, der wird es hoffentlich vermeiden, sich von so unheimlichem Jagd-Verhalten befördern zu lassen. Man sieht aber jedenfalls, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Regierenden der verschiedenen Länder beieinander in die Schule gehen; denn im Jahre 1898 hat bekanntlich Italien denselben Trick zum ersten Male angewandt.

Es regt sich auch schon unter den Voss-Bediensteten, die — soweit sie an Bahnen tätig sind — z. T. geneigt scheinen, sich der Eisenbahner-Bewegung anzuschließen.

Das kann gut werden. —

England.

Welt-Politik.

Wir leben in der Zeit der Bankett-Neben. Von den Leistungen abgesehen, die eben im Anschluß an die Reise des Spanierkönigs hier und da produziert worden sind, verdienen die Erörterungen des englischen Premierministers Valfour einige Beachtung, der beim Bürgermeister-Festessen in Londoner Rathhause am Donnerstag den Trinkspruch aufs Ministerium beantwortete. Die Rede bot eine Reihe erwähnenswerter Momente. Valfour streifte das augenblicklich in England leider so aktuelle Arbeitslosenproblem und ging dann zur auswärtigen Politik über, die er mit wenigen Strichen skizzierte. Seine Worte bewiesen, daß er — um nur eins herauszugreifen — den tiefen Sinn der russischen Ereignisse schärfer erfaßt als das Gros unserer deutschen Diplomaten, daß er die Regelung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte für beachtlich hält — wohl im bewußten Gegensatz zu seinem Vorredner Carl Dawson, dem ersten Lord der Admiralität, der erklärt hatte: es sei ein Leichtes für England, die Kanalflotte im Handumdrehen um sechs Schiffe zu vergrößern.

Und interessanter besonders die Stellen der Valfourschen Rede, in denen mehr oder minder deutlich auf Deutschland und Wilhelm II. hingewiesen wird.

Die britische Regierung hat viele Jahre hindurch ihr Bestes getan, um Kriegsgefahren abzuwehren und einen Krieg unmöglich zu machen, so weit er nicht absichtlich begangen würde. Ich bin so sanguinisch, zu denken, daß wir in Zukunft keinen Krieg sehen, sofern wir uns nicht denken können, daß eine Nation oder ein Herrscher erkläre, die unfähig wären, einen Plan nationaler Vergrößerung anders als durch Niedertreten der Rechte der Nachbarn auszuführen.

Der letzte Satz zumal ist ein Meisterstück diplomatischer Ausdrucksweise. Was Valfour anbenken will, ist so verkauflert, daß man sich all die vielen Negationen („Keinen Krieg“, „sofern nicht“, „unfähig“, „anders als“) erst zurechtfinden muß, um dann allerdings recht deutlich zu erkennen, was die Worte eigentlich besagen wollen. So viel steht fest: der bekannte Satz, daß den Menschen die Sprache verliehen sei, um ihre Gedanken zu verbergen, scheint immer mehr und mehr auch auf die englischen Politiker passen zu sollen.

Türkei.

Gegen den franken Mann.

Die Flottendemonstration gegen die Türkei ist definitiv beschlossen. Die sechs interessierten Mächte sind über alle Einzelheiten einig. Die Kundgebungen haben nicht den alleinigen Zweck, die Worte zu zwingen, das Prinzip der Finanzkontrolle anzuerkennen, sondern zu erreichen, daß die Worte auch die genau abgefassten Vorschriften annehmen. Diese Vorschriften sind von den Finanzagenten der Mächte vorbereitet und legen genau die Befugnisse der Agenten fest; man will hierdurch die praktischen Schwierigkeiten überwinden, welche bis jetzt in den Weg stellen. Im übrigen wird das Datum und der Ort der Flottendemonstration baldigt mitgeteilt werden; alle bisher zirkulierenden Gerüchte sind verfräht.

Verurteilungen wegen Streikvergehen.

1. Irregulärer Arbeitswilliger.

Drohung und Ehrverletzung im Sinne des Paragraphen 153 der Gewerbe-Ordnung sollte der Drechsler W. während des Streiks in der Stodfabrik von Gimbidi begangen haben. Nach den Aussagen der Belastungszeugen, Drechsler Adler und Lenz, hatte der Angeklagte nichts Schlimmeres begangen, als daß er die beiden Zeugen, die als Arbeitswillige bei der Firma eingetreten waren, ohne von dem Streik unterrichtet zu sein, höflich ermahnt hatte, in das Streiklokal zu kommen und hier zu ihnen gesagt hatte: „Jetzt können Sie noch als eheliche Menschen rausgehen. Später wären Sie Streikbrecher. Und wenn die alten Kollegen wieder eingestellt werden, müßten Sie ja doch raus.“ Nach Behauptung der Entlastungszeugen ist diese Äußerung erst getan worden, nachdem die Weiden sich bereit erklärt hatten, die Arbeit zu verlassen. Adler reiste ab, als ihm von der Organisation Hilfe zugesagt worden war. Er war mit seiner Familie aus Sachsen gekommen, nachdem ihm der Unternehmer 30 bis 35 W. Wochenverdienst versprochen hatte; er hatte dann jedoch nur 27 W. erhalten. Lenz versprach zwar abzureisen, arbeitete aber dennoch weiter. — Der Staatsanwalt anerkannte mit Recht, daß die Aussagen dieser beiden Zeugen sehr unsicher seien. Trotzdem nahm er an, daß gegen Adler eine Ehrverletzung verübt worden sei, die ihn zur Arbeitsniederlegung veranlaßt habe, und beantragte gegen W. einen Monat Gefängnis. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine bemerkte: Wäre mit dem Staatsanwalt anzunehmen, eine Ehrverletzung liege vor, so müße man ja eine Ehrverletzung auch darin erblicken, daß etwa ein Lehrer zum Schüler sage: „So machst es ein fleißiger Schüler.“ Das sei eben, wie im vorliegenden Fall, nur ein Appell an das Ehrgefühl. Unerfindlich sei das hohe Strafmaß gegen einen gänzlich unbekanntenen Mann. Er beantrage Freisprechung und eventuell die geringste zulässige Strafe. — Hierauf ermächtigte der Staatsanwalt, da er nun erst sehe, der Angeklagte sei unbekannt, seinen Antrag auf zwei bis drei Wochen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Tagen Gefängnis. Es liege hier eine Ehrverletzung im Sinne der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung vor, wemgleich keine erhebliche. — Konstruiert man in dieser Art aus dem Jureden zum Beitritt zu einer Koalition eine Verleumdung, so ist das Koalitionsrecht aufs äußerste gefährdet. Der Gewerbegehilfe ist durchaus berechtigt, seinen Berufscollegen darzulegen, daß die Vertretung von Streikarbeit eine eheliche Handlung ist. Eine Abrede, Streikarbeit zu verrichten, ist nichtig, weil sie gegen die guten Sitten verstößt. Ein im Lohnlaufe befindlicher Gehilfe, der hierauf hinweist und zum Beitritt zur Koalition zu überreden sucht, handelt in Wahrnehmung berechtigter Interessen und kann deshalb sein Ueberzeugungsversuch keine Verleumdung sein. Eventuell hätte § 185 des Strafgesetzbuchs als das schwerere Strafgesetz in Anwendung gebracht werden müssen. Drei Mark wären eine mehr als hinreichende Sühne für einen vielleicht falschen Augenblick gewesen. Der Antrag des Staatsanwalts und das Urteil widerspricht insbesondere auch deshalb dem Rechtsgefühl, weil nach der Feststellung der Zeugen der Unternehmer dem Arbeitswilligen einen höheren Lohn in Aussicht gestellt hatte, als er später wirklich erhielt.

2. Schuß eines schlagkräftigen Arbeitswilligen.

Die Tischler H. und L. der Maler und jetzige Gastwirt F. und der Schlosser G. sollen gemeinschaftliche Körperverletzung und Verleumdung gegen den bekannten Arbeitswilligen und Monteur Joseph Rabe begangen haben, der als Hauptbelastungszeuge auftrat. Dieser Zeuge hatte sich mit einem mächtigen eisernen Bohrer bewaffnet und damit herumgeschlagen. Das gefährliche Instrument ist ihm dann von den Angeklagten entzogen worden, wobei er ins Genick gefaßt worden sein soll. Der Angeklagte A. hatte, wie die Verhandlung ergab, mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun.

Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalts Heine, gab Rabe zu: erst, daß er wohl mit dem Bohrer herumgeschlagen habe, dann: daß es wohl möglich sei, daß er den Hut des F. getroffen habe, schließlich: daß er den F. wohl auch selbst getroffen haben könnte, und daß F. sich gewehrt habe. Ferner gestand Rabe, daß er eine ganze Anzahl weiterer Anzeigen infolge des Streiks erstattet habe.

Die Belastungszeugin, Fräulein Helene Wolfstaller, ist im Bureau der Fabrik tätig. Sie erklärte, der Rabe habe zu ihr an dem betreffenden Tage gesagt: „Sie (die Streikenden) sind heute sehr wild.“ Sie habe geglaubt, daß etwas passieren werde und sei ihm nachgegangen auf die Straße. Da habe sie gesehen, daß Rabe ins Genick gefaßt wurde; wer das getan habe, wisse sie nicht. Sie sei dann zur Polizei gelaufen. — Die Entlastungszeugen Metallarbeiter A. und S., die hinter der Gruppe hergegangen sind, bekundeten übereinstimmend, daß Rabe ohne jede Veranlassung plötzlich mit dem Bohrer geschlagen und noch geschlagen habe, als ihm der Bohrer schon entzogen war, und sich selbst dann noch nicht beruhigte, als ein junger Mann herzu kam und ihn aufforderte, nun doch aufzuhören. Als die Sache erledigt war, habe Rabe gesagt: „Das will ich Euch Jungens besorgen!“

Der Staatsanwalt beantragt gegen sämtliche Angeklagte hinsichtlich der Verleumdung Freisprechung; jedoch gegen H. und F. wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, die er durch die Aussagen der Zeugin W. für erwiesen erachtete, Verurteilung zu Gefängnis, und zwar gegen H. weil er wegen Körperverletzung mit 35 M. Geldstrafe verurteilt sei, zwei Monate, gegen F. zwei Wochen! Das Vergehen sei um so schwerer zu bestrafen, weil es sich um Angriffe gegen einen Arbeitswilligen und um Streikvergehen handle. Rechtsanwalt Heine beantragte Freisprechung für alle Angeklagten, oder wenigstens, wenn man von H. annehme, daß er den A. ins Genick gefaßt habe, eine ganz milde Strafe. Der Bohrer sei eine ganz gefährliche Waffe, A. hätte damit in seiner Wut das größte Unheil anrichten können. Wenn man jemand einen solchen eisernen Knüttel entreiße, gehe das selbstverständlich nicht ohne Puff ab. Es handle sich bei den Angeklagten um einen Akt der Notwehr. Jedenfalls könne von einer gemeinschaftlichen Körperverletzung gar keine Rede sein.

Das Gericht sprach nach kurzer Beratung die Angeklagten H. L. und F. frei, verurteilte aber den G., weil er den Rabe ins Genick gefaßt habe, zu 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis. Trotz der „Vorstrafe“ des G. sei die Sache als sehr milde liegend anzusehen.

In diesem Falle fragt man verwundert: warum ist denn nicht gegen den mit Mordwerkzeugen gegen Arbeiter suchenden und schlagenden Antragssteller Anklage erhoben? Und hat ein Arbeiter nicht mehr das Recht, sich gegen Angriffe mit eisernen gefährlichen Werkzeugen zu wehren? Nach der Verfassung besteht ja wohl gleiches Recht für alle. Demnach hätte der Staatsanwalt sich selbst anzuklagen, wenn er oder einer seiner Kollegen während eines harmlosen Gesprächs von einem Jubelstiller oder sonstigen Mitglieder der arbeitswilligen Ballonmützen mit Mordinstrumenten angefaßt würde und die Verwegenheit hätte den Angreifer zu packen. Es lebe die Rechtsgleichheit und das Land der „vollendeten Rechtsgarantien“ für Arbeitswillige.

Soziales.

Vätereismann-Anklage. Der Vätermeister August Weiß stand wegen angeblicher Insauberkeiten, die in seinem Betriebe vorgekommen sein sollten, vorgestern unter Anklage. Es erfolgte Freisprechung. Entlassungszeugen bestätigten, daß übriggebliebener Teig aufsammeleget und zu anderem Gebäck wieder verwandt wurde. Ein Zeuge, der als Werkführer in der Väterei tätig gewesen war, meinte, daß dies Verfahren in vielen Vätereien üblich sei, wenn gleich er persönlich es nicht gern sehe; auch seien diese Zeigereise immer gleich eingeweiht und am nächsten Tage wieder verwandt worden. Die Hauptbelastungszeugen: der Lehrling, der weil er wegen gesetzwidriger Arbeitszeit mit Anzeige gedroht hatte, von der Meisterin geschlagen worden war, und der Vätergeselle Hante waren nicht zur Stelle. Hante soll sich auf der Wanderschaft befinden und nicht aufzufinden sein. Der Staatsanwalt gab dem Gericht anheim, diese beiden Zeugen eventuell herbeizuschaffen, beantragte jedoch im übrigen Freisprechung und meinte, daß der Lehrling, der die Anzeige wegen Nahrungsmittelfälschung nach seiner Entlassung gemacht hatte, offenbar „unter gewissen Einflüssen“ gehandelt habe. Auch der Verteidiger wies auf „gewisse Einflüsse“ hin und sprach von „sozialistischen Kommissionen“, die in den Vätereien herumkuchelten. Klärung ist in der Sache infolge der Nichtvernehmung der Hauptzeugen nicht gebracht. Noch weniger sind die angeführten Bemerkungen der Staatsanwaltschaft und Verteidigung geeignet, die Wahrheitsermittlung zu erleichtern. Es ist das gute Recht der Vätergesellen und Väterlehrlinge, darauf zu dringen, daß Mißstände in den Vätereien in ihrem eigenen Interesse und dem des Publikums beseitigt werden. Verdächtigung nicht vernehmender Zeugen entspricht nicht dem Reinlichkeitsgefühl, das der Gesetzgeber in Vätereien und Urteilsfabriken herrschen lassen will.

Altersrichtigste Musterbetriebe. Die Jesuitenbrauerei in Regensburg erzielte im Geschäftsjahr 1904/05 einen Gewinn von rund 211 000 M. gegenüber 195 771 M. im Vorjahre. Der Aufsichtsrat beantragt die Ausschüttung einer Dividende von 9 Proz. Dabei werden noch 94 000 M. auf das nächste Jahr übertragen. Man weiß fast nicht, wohin mit dem vielen Gelde. Wie sieht es aber in diesen altersrichtigsten Musterbetrieben mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen aus? In der Jesuitenbrauerei ist von Sonntagsruhe keine Rede. Sie hat sich die amtliche Erlaubnis geben lassen, auch Sonntags Bier kochen zu dürfen, weil es immer so war und auch so bleiben müsse. Weil diese Ungefährlichkeit immer geübt wurde, soll es auch in Zukunft so sein. Organisierte Arbeiter werden nicht geduldet. Mit den Lohn- und sonstigen Verhältnissen richtet man sich in Regensburg nach dem Muster der bischöflichen Brauerei. In der Brauerei Landau, wo ebenfalls noch bischöflichem Muster gewirtschaftet wird, müssen die Arbeiter früh 3 Uhr raus und bis abends 7 Uhr, oft noch länger, man sagt, bis 9 Uhr, im Automobiltempo schaffen. Sonntagsruhe gibt's keine. Und welche Bezahlung? 18 bis 20 M. gibt es pro Woche.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Festtagruhe im Barbiergewerbe.

Zu der kürzlich in der Presse gebrachten Notiz, daß die Angehörigen im Barbier- und Friseurgewerbe am Sonntag, den 24. und 31. Dezember dieses Jahres bis abends 6 resp. 9 Uhr beschäftigt werden dürfen, bemerken wir, daß eine derartige Ausnahme noch nicht erlassen ist.

Wohlf hat der diesjährige Verbandstag der Barbierinnungen beschlossen, einen derartigen Antrag an die Behörden zu stellen. Dagegen hat der Verband der Friseurgehülfen ebenfalls eine

Eingabe gemacht, worin ersucht wird, das Verlangen der Innung abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen:

Die im Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe beschäftigten Lehrlinge und Gehülfen können sich einen freien Weihnachts- und Silvesterabends nur dann einmal erlauben, wenn diese Tage mit Sonntagen zusammentreffen, was in der Regel nur alle sieben Jahre vorkommt.

Seitdem die Sonntagsruhe-Bestimmungen für das Barbier-, Friseur- usw. Gewerbe rechtskräftig sind, ist eine besondere generelle Ausnahmerechtsbestimmung in diesem Falle weder gewünscht noch erlassen worden. Wie wenig notwendig eine solche ist, dürfte schon daraus hervorgehen, daß bisher weder der Bund deutscher Perückenmacher- und Friseurinnungen, noch der Verband der Freien Vereinigungen selbständiger Barbier, Friseure usw. wie auch der Bayerische Landesverband der Barber und Friseure und der Landesverband der Friseure Württembergs sich dem Vorgehen des Bundes der Barbier- usw. Innungen angeschlossen haben. Selbst die dem letztgenannten Bunde zugehörige Zwangsinnung in Hamburg hat es in ihrer am 18. Februar 1905 abgehaltenen Quartalsversammlung mit überreicher Majorität abgelehnt, in dieser Angelegenheit den Senat zu befehlen. Es bietet sich der Bevölkerung trotz der Sonntagsruhe auch in diesem Jahre zu Weihnachten und Neujahr vollauf Gelegenheit zur Befriedigung der Bedürfnisse durch Dienstleistungen im Barbier- und Friseurgewerbe, und zwar:

- 1. an den Sonntagen des 23. und 30. Dezember, an welchen Tagen die öffentlichen Arbeiten, die Arbeiten in den industriellen Etablissements usw. bereits am frühen Nachmittag oder doch etwas früher wie gewöhnlich beendet, die Barbier- und Friseurgeschäfte jedoch bis 10, 11 Uhr und länger des Nachts offen gehalten werden;
- 2. an den berechneten Sonntagen selbst, an denen die Barbier- und Friseurgeschäfte von 7 bzw. 7½ Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet sind, und
- 3. an dem ersten Weihnachtsfesttage und dem Neujahrstage, wo ebenfalls bis 2 Uhr nachmittags ein ununterbrochener Betrieb stattfindet.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands, Zweigverein Berlin. J. A.: O. Liere.

In die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Verichtigung: In der gestrigen Notiz, betreffend die Agitationskommission der Kohleleger, ist in der letzten Zeile eine Unrichtigkeit enthalten. Nicht die erweiterte Ortsverwaltung, sondern die mittlere Ortsverwaltung hat dem Beschluß am 7. d. M. zugestimmt. Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

In der Blusenfabrik von Cohn u. Daniel besteht zurzeit ein Konflikt, der folgende Ursachen hat: Die bei der genannten Firma beschäftigten Zuschneider reichen vor einiger Zeit einen Tarif ein, welcher Lohnerhöhung und Regelung der Arbeitszeit fordert. Die Forderungen wurden zwar anerkannt, jedoch weigerte sich der Firmeninhaber, den Tarif zu unterschreiben. Aus Anlaß dieser Differenz wurde den Zuschneidern gekündigt und zwar, wie angenommen wird, um die bewilligten Lohnerhöhungen rückgängig zu machen. Die Kündigung wird deshalb als Maßregelung angesehen. Als die Kündigungsfrist abgelaufen war, erklärten sich auch die Arbeiterinnen mit den Zuschneidern solidarisch und legten mit ihnen gemeinsam die Arbeit nieder. — Am Donnerstag beschäftigte sich eine vom Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter einberufene Versammlung mit dieser Angelegenheit. Sie beauftragte die Verbandsleitung, nochmals bei der Firma vorstellig zu werden, um eine Beilegung des Konfliktes zu versuchen. Gleichzeitig soll auch für die Arbeiterinnen der Firma eine Lohnerhöhung von sechs Prozent gefordert werden.

In der Wäschefabrik von Gebr. Ritter bestanden bekanntlich Differenzen, weil die Firma, entgegen dem Schiedsspruch des Einigungsamtes, sich weigerte, die vor dem Streik beschäftigten eingewiesenen Zuschneider wieder einzustellen. Diese Differenzen sind jetzt zur Zufriedenheit aller Beteiligten beigelegt, die Firma stellt ihre alten Zuschneider wieder ein.

Der Streik der Kupferschmiede dauert unverändert fort. Bewilligt haben 27 Meister mit 103 Gesellen. Nach einer und gewordenen Mitteilung hat die Berliner Kupferschmiede-Zwangsinnung, es abgelehnt, vor dem Einigungsamte zu erscheinen. Der Obermeister Herjng, Grüner Weg 37, hat dazu geäußert, die Innung brauche keine fremden Leute zur Beilegung ihrer Streitigkeiten mit der Gesellschaft. Wenn dieselbe Verhandlungen wünsche, so möge sie sich an ihn wenden. Ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben des Gesellschaftsausschusses, welches am Montag dem Herrn Obermeister Herjng durch Boten überbracht wurde, blieb jedoch bis heute unbeantwortet.

In der Tarifbewegung der Konditoren ist es zu ernstlichen Konflikten mit der Firma Werkmeister u. Rehdorf, Markuststraße 35, gekommen. Wegen Nichtbeurteilung sind 50 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. Herr Werkmeister lehnt jede Verhandlung mit den Vertretern der Organisation ab. Die Geschäftsfrage ist jedoch derart, daß Herr Werkmeister diese Nichtachtung der Vertretung seiner Arbeiter nicht lange wird aufrecht erhalten können, da die wenigen Streikbrecher im Betriebe ohne die ausständigen Spezialarbeiter auch nichts wert sind.

Achtung, Arbeiter! Nachdem der Streik beendet ist und bis auf wenige Ausnahmen sämtliche unserer organisierten Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten, ersuchen wir alle Kollegen, uns so schnell als möglich schriftlich nach dem Bureau, Dragonerstr. 15, mitzuteilen, bei welcher Firma, auf welchem Bau und zu welchen Bedingungen gearbeitet wird. Es ist dies notwendig, um eine übersichtliche Kontrolle darüber zu haben und so die bestehende Hochkonjunktur auszunutzen zu können und den Herren Unternehmern, die unseren Forderungen so schroff gegenüber standen, zu zeigen, daß wir die Sieger im Kampfe sind und bleiben werden. Ferner ersuchen wir alle diejenigen Kollegen, welche eventuell noch irgend unter den neuen Bedingungen arbeiten, ihre Adressen ins Bureau einzuschicken, damit sie in die Arbeitslosenliste eingetragen werden und denselben Arbeit zu besseren Bedingungen nachgewiesen werden kann. Es werden häufig Arbeitskräfte verlangt und die Lohnkommission würde dann diese Kollegen durch Karte sofort benachrichtigen.

Auch ersuchen wir die Kollegen, strikte den Grundsatz festzuhalten, daß in unserem Beruf keine Kündigungsfrist besteht. Gegenseitige Abmachungen dürfen weder schriftlich noch mündlich getroffen werden. Wir machen die Kollegen noch darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, bei Wilsch, Brunnenstr. 188, eine große öffentliche Versammlung stattfindet. Auf der Tagesordnung steht: „Unser Lohnkampf und welche Lehren ziehen wir daraus?“ (Siehe auch die Annonce im „Vorwärts“.) Wir ersuchen die Kollegen, für einen regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Die Lohnkommission, Bureau: Dragonerstr. 15.

Deutsches Reich.

Die Weber-Ausperrung.

Greiz, 7. November. (Eig. Ber.) Seitdem die Unternehmer am Montag ihre Betriebe wieder geöffnet haben, ist von seiten derselben alles versucht worden, um Arbeitswillige in genügender Anzahl heranzulassen und ihre Betriebe im Gange zu erhalten. Bis heute, Donnerstag, ist aber eine wesentliche Veränderung der Situation nicht eingetreten. Im ganzen haben von 4200 Arbeitern 300 Mann die Arbeit aufgenommen. Auch steht zu erwarten, daß bis zum 11. November das Bild sich nicht wesentlich verändern wird, so daß die Unternehmer auf alle Fälle ihre Betriebe wieder schließen werden. Die Situation würde dadurch verschärft, da auch die sächs. Härtling-Färberei-Konvention beschlossen hat, ihre Betriebe am

11. November ebenfalls zu schließen, wodurch weitere 2400 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Arbeitererschaft hält in ihrer großen Majorität an ihren berechtigten Forderungen fest, so lange die Unternehmer weitere Zugeständnisse nicht machen werden. Eine von etwa 1000 Färbereiarbeitern besuchte Besprechung nahm in Gera nach Entgegennahme eines Situationsberichtes des Gauleiters Breitensieder folgende Resolution an:

„Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Färbereien und Appreturen erklären sich mit den kämpfenden Webereiarbeitern solidarisch! Von heute ab ist jede Weberstundenarbeit zu verweigern. Die Stellen der streikenden Weberei- und Rahmenhausarbeiter dürfen von anderen Arbeitskräften nicht besetzt werden.“

In der Besprechung wurden mehrere Stimmen für sofortige Arbeitsniederlegung laut. Schließlich einigte man sich aber auf die im Sinne der Ausführungen des Referenten gehaltene Resolution.

Ausland.

Der Hasenarbeiterstreik in Rotterdam dauert fort. Eine gestern in der Angelegenheit des Ausstandes der Getreidemäher und -Messer abgehaltene Konferenz, bei welcher der Ausschuh der Getreidebörsen, Kaufleute, die Ausständigen und die Direktion der Getreide-elevatoren-Gesellschaft vertreten waren, ist resultatlos verlaufen.

Der Textilarbeiterstreik in Dänemark. Die Verhandlungen, die zwischen den einzelnen Fabrikanten und ihren Arbeitern über die Minimallohnfrage geführt worden sind, haben nicht viel Erfolg gehabt. In 35 Fabriken ist verhandelt worden, aber nur in acht Fabriken wurde ganze oder teilweise Einigung erzielt. In den übrigen Fabriken sind die Arbeiter mit ihren geringen Forderungen entweder abgewiesen worden oder es wurden ihnen so geringe Zugeständnisse gemacht, daß sie nicht darauf eingehen konnten; einige Fabrikanten boten sogar Lohnherabsetzungen. Es sollen nun auf gemeinsamen Beschluß der Vertreter der Organisationen beider Parteien in den Fabriken, wo keine Einigung erzielt worden ist, neue Einigungsversuche gemacht werden, und zwar bis zum 14. November. — Der Hauptvorstand der dänischen Arbeitgebervereinigung hat beschlossen, falls die Verhandlungen in der Textilindustrie erfolglos bleiben, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die über Maßregeln zur Unterdrückung des Streiks beraten soll. Man plant also allgemeine Aussperrungen in anderen Berufen, um die armen Weber zu zwingen, zu den erbärmlichen Löhnen zu arbeiten, die ihnen von den Fabrikanten geboten werden.

Versammlungen.

Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter hielt am Montag eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der über die Anträge der Konferenz vom 27. August diskutiert wurde. Der Organisationsentwurf, der gedruckt vorlag, wurde mit einigen Abänderungen angenommen. Die Gründung einer freien Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter Deutschlands wurde hierauf einstimmig beschlossen. Ferner ist für Berlin die Bezirkseinteilung durchgeführt und die Oblate hierfür bereits bestimmt. Dadurch soll eine regere Agitation entfaltet werden. Dem Vorstand wurde anbeimgedeben, die zur Sache einberufenen Kollegen in geeigneter Weise materiell zu unterstützen. Hiermit waren die Anträge der Konferenz erledigt. Winkler schilderte sodann die Vorgänge in der Fabrik von Hedde. Dort beträgt die Arbeitszeit noch 55½ Stunden. Die Kollegen waren beim Fabrikanten vorstellig geworden, um wenigstens ihre alte Arbeitszeit von 51 Stunden wieder zu erlangen. Dieser klagte mehrere Kollegen, die agitatorisch tätig waren, hinaus. Leider war das Verhalten der übrigen ein derartig unerhörtes, daß es von der Versammlung scharf gerügt wurde. Der Kollege Kleiner ergriff als gemäßigter

Genosse Adolf Hoffmann ersucht um Aufnahme folgender Zeilen:

In der Versammlung, welche sich am Mittwoch mit der „Vorwärts“-Affäre beschäftigte, hat Dr. Heinrich Braun in seinem Schlusswort laut „Vorwärts“-Vericht gesagt:

„Nur ein kleiner Kreis, zu den auch Adolf Hoffmann gehöre, habe gegen die Redakteure gewühlt.“

Da ich, nachdem ich das zweitemal gesprochen hatte, schleunigst zu der Versammlung in der Vorkortstraße eukhte, um der meinen Wählern im 27. Kommunal-Wahlbezirk gegenüber übernommenen Verpflichtung nachzukommen, war ich nicht in der Lage, auf diese Unterstellung sofort zu antworten. Der oben zitierte Satz kann nur den Zweck haben, meine nicht wirkungslosen Worte, mit denen ich den Braunschigen „heimtücklichen Lieberfall“ (so sagte ich wörtlich) unter falscher Flagge (Tagesordnung) am Tage der Stadtverordnetenwahl kennzeichnete, wo alle Parteifunktionäre verhindert waren, zu erscheinen, zu diskreditieren. Ich erkläre die Behauptung Brauns für eine solche wider besseres Wissen und fordere ihn auf, die Beweise für seine Behauptungen über meine Person gegenüber zu erbringen oder er muß den Vorwurf der Verleumdung auf sich nehmen. Ich habe von der „Vorwärts“-Affäre erst durch die Ankündigung der „Sechs im „Vorwärts““ Kenntnis erhalten. Es ist aber mein gutes Recht, trotzdem das Vorgehen der Berliner Funktionäre und des Parteivorstandes zu billigen und diese meine Ansicht überall dort, wo ich es für richtig und notwendig halte, zum Ausdruck zu bringen.

Adolf Hoffmann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Kampf in der Textil-Industrie.

Gera, 10. Nov. (B. S.) Der Verband sächsisch-thüringischer Webereien hat im Einverständnis mit der Konvention der sächsisch-thüringischen Färbereien und Appreturanstalten heute morgen beschlossen, am morgigen Sonabend sämtliche Betriebe der beiden Verbände zu schließen, da sich nicht genügend Arbeitswillige gefunden haben, um die Betriebe, wenn auch nur in beschränktem Umfange, aufrecht zu erhalten. Damit sind zirka 40 000 Arbeiter arbeitslos.

Bewissensfreiheit im „Rok des Königs“.

Karlruhe, 10. November. (B. S.) Wie die „Bad. Tagesp.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, soll seitens einiger Bezirkskommandos gegen einige Offiziere des Wehrstandes, die für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten agitiert hatten, dienstlich eingeschritten werden.

Ein selbständiges Polen.

Warschau, 10. November. (Von einem Privatkorrespondenten.) Morgen soll sich eine Abordnung von 22 Personen aus Adel und Bürgerschaft nach Petersburg begeben, um mit der Regierung über die Autonomie für Polen zu verhandeln.

Gebildete Straßge.

Budapest, 10. November. (B. S.) Der Rektor der hiesigen Universität Dr. Lang wurde mittags von einer Anzahl Studenten deshalb sätzlich insuliert, weil er das Verlangen der Studenten, die sozialistische Studentenschaft von der Budapestener Universität auszuweisen, zurückgewiesen hatte. Lang wurde von den Studenten beschimpft, dieselben spuckten den Rektor an, schlugen ihm den Hut vom Kopf und insulierten ihn noch in anderer Weise.

Ministerkrise in Frankreich.

Paris, 10. November. (B. S. P.) Die Demission Berthelet ist offiziell und wird als endgültig angesehen.

Imperialismus und Sozialismus.

In der Stadthalle von Birmingham sprach Mr. Chamberlain dieser Tage vor seinen Wählern über die wirtschaftliche Organisation des britischen Reiches. In derselben Halle und vor derselben Zuhörerschaft hielt er am 15. Mai jene Rede, die so viele sozialpolitische Auseinandersetzungen veranlaßt und die bis jetzt die innere Reichspolitik mit größerer oder geringerer Lebhaftigkeit beherrscht hat.

In seiner Rede beschäftigte sich Chamberlain mit folgendem Widerspruch des englischen Wirtschaftslebens: In den letzten drei Jahren sind die Unternehmerprofite gestiegen, aber die Löhne sind gefallen; die Warenausfuhr nahm zu, aber gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit. Chamberlain: „Seitdem ich hier im Jahre 1903 gesprochen habe, ist dem Fortschritt unseres Handels, von dem Äquith sprach, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftlern um 25 Prozent gefolgt.

Hinter dieser Kalkulation ist noch ein anderer Gedanke zu bemerken, der in der Presse Chamberlains vielfach besprochen wird. So reich England auch ist, so beginnt es unter den wachsenden Steuerlasten ungeduldig zu werden. Armee und Flotte verschlingen ungefähr 75 Millionen Pfund Sterling (1 1/2 Milliarden Mark); die Zollabgaben wachsen ebenso rasch wie die Reichssteuern, da die Versicherungen, die der Kapitalismus im Gemeinleben angerichtet hat, ungeheuer sind und die sozialpolitische Sanierung der Sozialverwaltung kostspielig ist.

Die Politik Chamberlains hat zum Glück nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Der Sieg der antikonserватiven Gruppen wird überwiegend sein. Das nächste Parlament wird sich der inneren Reform und der Sozialpolitik widmen.

In seinem Kampfe gegen die Zollpolitik Chamberlains war Chiozza-Monax gewungen, sich näher mit dem Wirtschaftsleben Englands zu beschäftigen. Seine statistischen Untersuchungen und die daraus gezogenen Schlüsse veröffentlichte er in seinem oben erwähnten Buche: „Riches and Poverty“.

Im Jahre 1902 gab es im Vereinigten Königreich 33 000 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 1850 Millionen Pfund Sterling.

In den Jahren 1900 bis 1904 sind die Profite um 7,5 Prozent gestiegen, die Löhne um 3 Prozent gesunken.

673 Millionen auf 879 Millionen Pfund Sterling. Zwischen 1893 und 1900 stiegen die Profite um 25 Prozent, die Löhne nur um 10 Prozent.

Angesichts dieser Zahlen — meint der Verfasser — seien die von den Politikern vorgeschlagenen Reformen einfach lächerlich. Die Verteilung des Nationaleinkommens sei so ungleich, daß radikale Heilmittel nötig sind, um die Armut zu beseitigen.

Für einen Liberalen ist diese sozial-ökonomische Einsicht immerhin achtenswert. Wenn wenigstens die englischen Arbeiterführer so dächten wie dieser liberale Parlamentskandidat! —

Aus der Partei.

Presstimmen über den „Vorwärts“-Konflikt.

Die „Schwab. Tagwacht“ schreibt: Die Berliner Parteigenossen waren seit Jahren mit der fähigsten Redigierung des „Vorwärts“, den sie als ihr Organ zu betrachten wohl Anlaß hatten, unzufrieden.

Wo der Kammerverstand so ungeheuerlich sich äußert, da mußte naturgemäß mit Radikalmitteln eingegriffen werden, die ohne Leibschmerzen nicht abgehen. Die Frage, ob es richtig war, mit Kalliope und Hütner den Reigen zu beginnen, scheint uns der Verneinung wert.

Man muß schon Parteitage besucht und an den Abenden der Arbeitstage inter pocula die Spezies der Proletarier des Kopfes kennen gelernt haben, von der Weibel in Dresden mit prophetischem Weitblick und glänzendem Menschenkenntnis scheinlich ausrief: „Ich bitte Euch kniefällig, seht sie Euch einmal, seht sie Euch zwei- und dreimal an, bevor Ihr ihnen Ehrenstellen in der Partei übertragt!“

In weiten Kreisen war man ob des ersten Anschreibens der Sechse entsetzt. Auch wir urteilten voreilig. Die Aufklärung des Parteivorstandes, die das Werden der lokalen Kriege darrt, hat uns eines anderen belehrt.

Das ein großer Teil der Parteipresse sich zum Freunde der Regenschaffler aufwirft, ist für uns keine unbegriffliche Erscheinung, wenn man tagtäglich erleben kann, daß die Begeisterung und der ehrliche Idealismus durch einen kurzfristigen Materialismus und nackten Egoismus bedrängt wird.

Weite Kreise der Parteigenossen entziehen sich über den Mißbrauch ihrer Parteiorgane — in ehrlicher Empfindung. Allein wer weiß, wie solche Komplotte organisiert werden, wie der Angriff vorbereitet wird, wie hochverdiente Parteigenossen beschimpft werden, wie man sich selbst nicht schent, die Gewerkschaften gegen die Partei auszuspielen, der weiß die Aktion der Freunde der Freundschaft und ihre Kritik richtig zu bewerten.

Der „Tabakarbeiter“, das Organ des Verbandes der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, veröffentlicht an seiner Spitze einen Protest gegen die Generalkommission, welche den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter den Vorstienabzug eines Artikels zum sofortigen Abdruck zur Verfügung stellt.

Wir kommen auf den Artikel des „Korrespondenzblattes“ zu sprechen, sobald er uns vorliegt. Zunächst lassen wir hier folgen, was der „Tabakarbeiter“ zu der Stimmungsfrage der Generalkommission sagt.

Die entlassenen Redakteure haben unter unerhörtem Mißbrauch des ihnen anvertrauten Blattes ihre Angelegenheit in einer bisher in der Sozialdemokratie nicht vorgekommenen Weise gegen den Parteivorstand usw. so auszuschlachten versucht, daß das letzte Wort darüber noch lange nicht gesprochen ist.

In dieser gegenwärtigen Situation ergreift das „Korrespondenzblatt“ Partei für die entlassenen Redakteure, unter dem Vorgeben,

den betreffenden Redakteuren sei Unrecht geschehen und das Vorgehen des Parteivorstandes usw. schädige das Ansehen der gesamten Arbeiterbewegung. Dabei gebärdet sich das „Korrespondenzblatt“, als sei es berufen, die Gewerkschaften zu beraten, wie sie den Schaden abmenden könnten und zwar, wie es urteilbarerweise schreibt, dadurch, „wenn die Gewerkschaften sich rücksichtslos gegen die vom Parteivorstand einschließlich der Vorkommission beliebige Art der Erledigung (des Konflikts) erklären“.

Das ist eine Annahme, die umso mehr von der Unfähigkeit, die Angelegenheit objektiv zu behandeln, zeugt, als diese Aufwiegelung gegen den Parteivorstand geschieht, ehe die letzten Instanzen der Partei gesprochen haben, nämlich die Kontrollkommission und der Parteitag, an welche die betreffenden Redakteure sich wenden können.

Seit Köln ist es ja kein Geheimnis mehr, daß einige Leute nur auf den Moment warten, um die Gewerkschaften gegen die Partei auszuspielen. Man glaubt den Zeitpunkt dafür, wie es scheint, jetzt gekommen. Wie vorgegangen wird, enthält ja dankenswerter Weise das Verbandsorgan der Tabakarbeiter.

Die Maske ist herunter.

Der Anglisterei, den Peas über die Resolution der Kofslauer Genossen wegen seiner ebenso gehässigen wie parteiischen Verleumdung in der „Vorwärts“-Angelegenheit im Volksblatt für Anhalt“ ausstößt (siehe Nr. 264 des „Vorwärts“), verrät die Motive, die einen erheblichen Teil der Parteiredakteure veranlaßten, gegen den Parteivorstand und die Vorkommission des „Vorwärts“ Stellung zu nehmen.

Der Streit spitzt sich jetzt zu der Frage zu: „Sind die Redakteure der Parteiblätter die Herren der Partei oder ihre Diener? Dürfen die Redaktionen, ihrem Geleit und ihren persönlichen Neigungen und Interessen folgend, ihre Stellungen mißbrauchen, um die Parteigenossen über Vorgänge in der Partei irrezuführen? Oder sind sie verpflichtet, objektiv zu berichten und die Parteigenossen wahrheitsgemäß zu unterrichten?“

Die „Vorwärts“-Angelegenheit wird also Veranlassung sein, auf dem nächsten Parteitage die Stellung zu untersuchen, in der Partei und Parteipresse sich zu einander befinden. Derselbe wird scharf die Grenzlinien ziehen müssen, die für die Redaktionen und die Vorkommissionen als Vertreter der Parteigenossen wie der Partei überhaupt gelten sollen.

Aus dieser Tatsache, die noch nicht genug gewürdigt ist, resultieren eine Menge Streitigkeiten, die an den einzelnen Parteilorten ausbrechen und das Verhältnis von Redaktion und Vorkommission unangenehm beeinflussen.

Die Partei tritt jetzt laut ihrem Programm auf allen Gebieten die Herrschaft der Demokratie, aber in ihr selbst haben sich auf dem Gebiete der Parteipresse Zustände herausgebildet, die mit ihren Grundprinzipien im Widerspruch stehen.

Zum Dresdener Antrag.

Der Parteivorstand ist in seiner heutigen Sitzung über den Antrag der Dresdener Genossen, in welchem vorgeschlagen wird, zur Einleitung einer Agitation gegen das Dreiklassen-Wahlrecht Straßenumgebungen zu veranstalten, übereingekommen, diesem Vorschlag nicht beizutreten.

„Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen auf, bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industriezentren Massendemonstrationen größten Stils gegen die Klassenwahl und für das demokratische Wahlrecht zu veranstalten.“

Der Parteivorstand ist jedoch mit den Dresdener Genossen der Ansicht, daß der Zeitpunkt gekommen ist, in eine energische Agitation zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag einzutreten.

Die Beschlüsse, die seinerzeit der preussische Parteitag in dieser Frage faßte, lauten: Der preussische Landtag hat keinen Anspruch darauf, als eine Vertretung des preussischen Volkes anerkannt zu werden, da das erkünstelte Gebilde des Herrenhauses durch seine Mehrheit von erblichen und ernannten Mitgliedern nur der Herrschaft der Junker und Bureaucraten als Knecht dient.

Die Beschlüsse, die seinerzeit der preussische Parteitag in dieser Frage faßte, lauten:

Der preussische Landtag hat keinen Anspruch darauf, als eine Vertretung des preussischen Volkes anerkannt zu werden, da das erkünstelte Gebilde des Herrenhauses durch seine Mehrheit von erblichen und ernannten Mitgliedern nur der Herrschaft der Junker und Bureaucraten als Knecht dient, während das Dreiklassen-Wahlrecht durch Bevormundung des wohlhabenden Besitzers der Wähler mit einem Zweidrittel-Einfluß auf den Ausgang der Abgeordnetenwahlen die große Masse des Volkes tatsächlich entrechtet und das Abgeordnetenhaus selbst zu einer Selbstadvokatur herabwürdigt.

Die fortgesetzte reaktionäre sich gestaltende, den wahren Interessen des Volkes zuwiderlaufende Gesetzgebung ist die Frucht dieser Zusammenfassung des Landtages.

Herrenhaus und Abgeordnetenhaus sind nach ihrem Ursprung — der ein durchaus ungeschlicher ist, weil auf Cirrogierung beruhend — und nach ihrer Zusammenfassung die Verkörperung nackter Klassenherrschaft und vollendeter Volks- und Arbeiterfeindschaft.

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Preußen protestiert deshalb auf das nachdrücklichste gegen die Vergewaltigung und Rechtsverletzung, die der unehelichen Mehrheit des preussischen Volkes durch das Vorhandensein einer solchen Klassenvertretung zugefügt wird.

Der erste und notwendigste Schritt zur Niederzwingung der Reaktion in Preußen ist deshalb die Umgestaltung des preussischen Parlamentes zu einer wahrhaften Volksvertretung. Wir fordern somit die völlige Beseitigung des Herrenhauses und für das Abgeordnetenhaus die Erteilung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit gleicher Stimmabgabe an alle staatsangehörigen Männer und Frauen, die das zwanzigste Lebensjahr überschritten haben, nach Maßgabe des proportionalen Wahlsystems.

Wir fordern alle Parteigenossen auf, durch unablässige Agitation in Wort und Schrift zu wirken, daß dieses Ziel erreicht wird.

Inbesondere fordert der Parteitag die sozialdemokratische Parteipresse in Preußen auf, jedesmal, wenn im preussischen Landtag Anträge zur Verhandlung gestellt werden, die irgend eine Abänderung des bestehenden Landtags-Wahlrechts fordern oder in sich schließen, an hervorragender Stelle wiederholt Protestartikel zu veröffentlichen, die in schärfster Weise den reaktionären Widerstand und die empörenden Ungerechtigkeiten des Dreiklassen-Wahlrechts bloßlegen und die arbeitenden Volksmassen zu erneuertem energischem Protest gegen dieses Machwerk einer brutalen Reaktion und zum unablässigen Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufrufen.

Gemeinderatswahlen.

Weitere Erfolge bei den Gemeindevertreterwahlen werden uns berichtet: In Swinemünde eroberten wir alle drei Mandate der dritten Klasse. — In Sevelsberg kamen zwei Genossen in die Stichwahl. Bei der Wahl in Guben siegte die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen von 203 bei der vorigen Wahl auf 377 diesmal. — Die Wahl in Landsberg brachte zwei Genossen in die Stichwahl, einem Genossen fehlte nur eine Stimme an der absoluten Majorität. — In Hohenmölsen zieht als Vertreter der dritten Abteilung ein Vertrauensmann der Arbeiter ins Gemeindeparlament ein. — Die Reichssteuer in Ransfeld haben verlagert, ihr Kandidat erhielt nur 15 Stimmen gegen 90, die der Kandidat der Arbeiterpartei erhielt. — Drei Genossen und ein Bürgerlicher vertreten für die nächsten sechs Jahre die dritte Abteilung im Elbinger Rathaus. — In Kahla erhielten die Gegner 117 Stimmen, genau so viel wie unsere Genossen. Nach dem Ortsstatut gilt der Älteste als gewählt, unser Genosse ist leider der Jüngere. — Einen Genossen brachten wir bei der Wahl in Riesa in die Stichwahl. — In Hühnsfeld holten wir in der dritten Abteilung auch das dritte Mandat. — 600 Stimmen Zuwachs — 40 Prozent — erzielten wir in Krefeld. — Zu der Wahl in Köln wird uns geschrieben:

Bei der Stadtverordnetenwahl in Köln siegte in der dritten Klasse wie bisher die Zentrumspartei. Es wurden abgegeben 9100 Ikerale, 2600 sozialdemokratische und 2600 liberale Stimmen. Die Wahlbeteiligung stieg von 24 auf 82 Prozent der Wahlberechtigten. Der Kampf war so heftig wie nie zuvor. Die Agitation, die unsere Kölner Genossen gegen das Zentrum getrieben haben, wird ihre volle Wirkung erst noch in der Folgezeit zeigen. Es wurden in Köln sozialdemokratische Stimmen abgegeben: 1901: 820 Stimmen, 1903: 1255. Die sozialdemokratischen Stimmen haben sich also mehr als verdoppelt, trotz der öffentlichen Stimmgabe, trotz des hohen Wahlgewinns. 30 000 Bürger sind in Köln vom Stimmrecht ausgeschlossen, weil sie mit weniger als 900 M. Einkommen veranlagt sind. Die Partei, die in Köln bei der letzten Reichstagswahl 22 000 Stimmen erhielt, die Sozialdemokratie, ist im Rathaus nicht durch einen einzigen Mann vertreten; und um diesen Zustand zu erhalten, hat das Kölner Stadtverordnetenkollegium, der Reichstags-Abgeordnete Trimborn an der Spitze, den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag abgelehnt, der auch allen denen das Wahlrecht gewähren wollte, deren Einkommen mit 600 bis 900 M. veranlagt ist. Der „Volksmann“ und Sozialdemokrat Trimborn stellte sich auf den traurigen Selbstadstandpunkt: Wer nicht zahlt, soll auch nicht wählen!

— Zum erstmaligen ziehen in das Stadtparlament in Jüterbog Sozialdemokraten ein. Bei den gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen erhielten die Sozialdemokraten 71 Stimmen, während es die Gegner nur auf 61 brachten.

Genosse Bernstein läßt uns eine Zuschrift zugehen, die wir unter Fortlassung einiger persönlicher Angriffe hier zum Abdruck bringen: Redaktion der Parteimoral. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat es für gut befunden, aus einem Artikel von mir, den ich in der Dresdener „Volkswacht“ über die prinzipielle Frage der Rechtsstellung der Parteiredakteure veröffentlicht habe, einen Satz herauszuziehen, der sich gegen den Genossen Gradnauer gemachten Vorwurf wendet, an der — Glasfirk! — des Konferenzzimmers des „Vorwärts“ einmal „gelauscht“ zu haben. Sie hat den Lesern des „Vorwärts“ dabei sowohl die Tendenz des Artikels selbst wie den Zusammenhang vorenthalten, in dem der zitierte Satz bei mir steht.

Ich habe ihn mit vollem Bedacht abgesetzt als einen Protest gegen das Unmögliche der Welt des Pharisäertums in der Partei und weit entfernt, mich durch seine Ausschüttung im „Vorwärts“ und den ihm wahrerwandelten Parteiorganen einschüchtern zu lassen, werde ich vielmehr jede mir zuziehende Gelegenheit benutzen, den Kampf gegen dieses Uebel weiter zu führen, das unser Parteileben und den Parteiverkehr vollständig zu vergiften droht.

Berlin, 10. November 1905.

E. d. Bernstein.

Erklärung.

Es wird vom Genossen Eiser von uns verlangt, auf Presstimmen, die wir gebracht haben, Verichtigungen, die zugleich Polemiken sind, zu bringen. Wir sind nicht in der Lage, diesem Verlangen zu entsprechen. Unter Parteinachrichten bringen wir alle Meinungen, die in der Parteipresse über Parteianglegenheiten auftauchen, ohne uns dadurch denselben anzuschließen. Wir müssen es den Genossen überlassen, die gegen solche Ansichten polemisieren wollen, sich an die Parteiblätter zu wenden, aus denen die Presstimmen entnommen sind.

Zur „Vorwärts“-Angelegenheit nahm eine Versammlung des Arbeiterwahlvereins in Griesheim bei Darmstadt nach längerer Debatte folgende Resolution an: „Die heutige Parteiversammlung verurteilt aufs schärfste das ganze Vorgehen des Parteivorstandes gegen die sechs entlassenen Redakteure und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß es andere Wege gegeben hätte, als die vom Parteivorstand eingeschlagenen, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen.“

Ein sozialdemokratischer Antrag. Die sozialistische Gemeinderatsfraktion in Mühlhausen hat dem Gemeinderat den Antrag zugehen lassen: Der Gemeinderat möge beschließen, eine Petition an die elsäss-lothringische Regierung und den Landesauschuß zu richten, damit gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, daß die Gemeinden durch Erhebung einer Wertzuwachssteuer an dem Mehrwert der Häuser und Grundstücke teilnehmen, der durch das Anwachsen der Gemeinden und den dadurch bedingten Ausbau der Gemeindeeinrichtungen entsteht.

Aus Industrie und Handel.

Neue Freierhöhungen des Stahlwerksverbandes. In der Verabsichtigung des Stahlwerksverbandes vom Donnerstag wurde die Geschäftslage eingehend erörtert. Der Absatz an Halbzeug überschritt im Oktober mit 178 167 Tonnen die höchste bis jetzt dagewesene Ziffer. Auch für den Rest des Jahres und für das erste Quartal des nächsten Jahres sollen so zahlreiche Aufträge vorliegen, daß die Beschäftigung im bisherigen Umfang gesichert sein dürfte. Der Preis für Halbzeug ist um 5 Mark erhöht, d. h. es soll der Preis, der in der letzten Zeit schon für die über den bisherigen Normalbedarf hinausgehende Menge gezahlt ist, allgemein in Gültigkeit treten. Zugleich wurde beschloffen, den Verkauf für Abnahme im zweiten Quartal 1906 freizugeben und für diesen Zeitraum die Ausführungsverträge weiter zu gewähren, letztere jedoch nur an Verbände und insoweit die Vergütung durch den Unterschied zwischen den erzielten Exportpreisen und den zu gleicher Zeit gültigen Inlandspreisen gerechtfertigt erscheint. Im Formeisen-geschäft ist der Absatz besonders aus dem Auslande äußerst reger. Es geben den Werken belangreiche Spezifikationen zu und es werden seit einiger Zeit erhebliche Mengen Formeisen nach den Vereinigten Staaten exportiert. Der Exportpreis konnte eine weitere Er-

höhung erfahren. Für das Ausland wird der Verkauf zur Abnahme bis Ende März 1906 freigegeben zu einem sofort in Kraft tretenden um 5 Mark per Tonne höheren Preise als dem bisherigen Exportpreis unter Verbehaftung der bisherigen Exportversicherung für indirekten Export. Der Beschäftigungsgrad der Werke in abzulieferndem Eisenbahnmaterial ist sehr gut. Die in den nächsten Monaten abzuliefernden Mengen sind nur mit Schwierigkeiten bei den Werken unterzubringen. Der Verkauf pro Oktober zeigte mit 149 973 Tonnen einen Mehrertrag von 28 323 Tonnen gegen den gleichen Monat des Vorjahres. Die allgemeine Geschäftslage darf für Schienen recht günstig bezeichnet werden. Die Preise im Auslande weisen eine zwar allmähliche aber sichere Aufwärtsbewegung auf, auch der Umfang des Exportgeschäftes hat sich gegen das Frühjahr ganz außerordentlich gehiegt. Ferner wird die Erhöhung der Beteiligungsziffer für Bleche, Röhren, Eisenbahnachsen, Räder, Schmiedestücken um je 5 Prozent beschloffen, dagegen wird von der Erhöhung der Beteiligungsziffern für Stabeisen und Walzdraht Abstand genommen.

Eisenwerk Kraft, Aktien-Gesellschaft, in Krauswied. Diese Gesellschaft, eine Gründung des Fürsten Wendel v. Doornersmark an der Ober bei Stettin, hielt gestern hier eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auf drei festgesetzt wurde und der Geschäftsbericht gegeben wurde. Danach ist das Geschäft im laufenden Jahre bisher sehr zufriedenstellend gewesen. Die Umsätze bis Ende Oktober weisen, soweit sie sich übersehen lassen, einen Mehrertrag von circa 3 Proz. gegen das Vorjahr aus. Auch für die beiden letzten Monate des Geschäftsjahres darf auf eine Erhöhung des Gewinnes gerechnet werden, falls nicht unvorhergesehene Störungen des Betriebes eintreten. Die Dividende für das laufende Jahr wird von der Verwaltung bei reichlichen Abschreibungen mit 10 Proz. (i. B. 8 Proz.) in Aussicht genommen. Die Aussichten für das Jahr 1906 seien ebenfalls günstig. Der Bedarf an Rohmaterialien für das nächste Jahr sei in ziemlich ausreichendem Maße gedeckt, während die Produktion der Gesellschaft an Fertigfabrikation für das ganze Jahr zu höheren Preisen als im laufenden Jahre bereits beschloffen war. Es könne also auch für 1906, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, schon jetzt mit Sicherheit eine gleich hohe Dividende, wie für 1905, in Aussicht genommen werden. Wahrscheinlich aber werde eine höhere Dividende ausgeschüttet werden können. Die Gesellschaft, die fast ausschließlich der Besitz des Fürsten von Doornersmark, des intimen Freundes des Kaisers, geblieben ist, zeichnet sich auch dadurch aus, daß sie keinen organisierten Arbeiter in ihren Betrieben duldet.

Das deutsche Wasserbuch. Am 9. November trat eine vom Deutschen Handelstag eingeleitete Sonderkommission betr. Reinhaltung der Gewässer zu einer Sitzung zusammen, um über einen von der Potsdamer Handelskammer (St. H. Berlin) gestellten Antrag wegen Schaffung eines Wasserbuches zu beraten. An der Sitzung nahmen Vertreter des kaiserlichen Gesundheitsamts, der Königl. preussischen Versuch- und Prüfungsanstalt für Wasserreinigung und Abwässerbeseitigung, des Deutschen Landwirtschaftsrats, von etwa 30 Handelskammern und von Vereinen der chemischen, der Zuder-, der Papier-, der Zellstoff- und der Lederindustrie, sowie des Wasserwirtschaftlichen Verbandes der westdeutschen Industrie teil. Den Vorsitz führte der Präsident des Deutschen Handelstages Koempff (Berlin), Berichtserfasser war Prof. Dr. C. Weigelt (Berlin).

Bei dem beantragten Wasserbuch handelt es sich darum, daß in bezug auf die Haupt-Wasserläufe Untersuchungen zunächst über die Mittel- und Niedrigwasserführung, die Stromgeschwindigkeit, die Härte des Wassers, das natürliche Säurebindungsvermögen und den natürlichen Kohlenäuregehalt angestellt, die Ergebnisse der Untersuchung in das Wasserbuch eingetragen und hierdurch sichere Grundlagen für die Entscheidung über die Zulässigkeit der Einleitung von Abwässern in die Wasserläufe gewonnen werden. Nachdem die gegenwärtige Rechtslage, das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie, die Bestrebungen zur Verbesserung der bestehenden Zustände, die Methoden zur Verhütung der Schädigungen durch Abwässer, die Leistungen der Königl. preussischen Versuch- und Prüfungsanstalt und die für die Beurteilung des Potsdamer Antrags in Betracht kommenden Gesichtspunkte eingehend besprochen waren, wurde zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit eine Unterkommission eingesetzt, in der die hauptsächlich interessierten Industriezweige vertreten sind, zu der auch der Deutsche Landwirtschaftsrat eingeladen worden wird, und an deren Verhandlungen das kaiserliche Gesundheitsamt und die Königl. preussische Versuch- und Prüfungsanstalt für Wasserreinigung und Abwässerbeseitigung sich beteiligen werden.

Aus der deutschen Erdölindustrie. Nachdem bereits vor mehr denn Jahresfrist der Versuch unternommen war, auch den Wiewerbruch bei Celle, unter dem im Hinblick auf die zutage getretenen Oelspuren und seine Lage in der Nähe von dem Zentralpunkte der deutschen Erdölindustrie gleichfalls Petroleumlager vermutet werden, durch Bohrungen zu erschließen, blieb in der Zwischenzeit dieses Terrain, an dem auch die Stadtverwaltung von Celle ein großes Interesse hat, unberührt, da bei den Bohrungen trotz verhältnismäßiger Tiefe nur Oelfand angetroffen wurde. Diese Versuche wurden übrigens auch recht geheimnisvoll betrieben. Bei der Bohrung, die heute in der Lüneburger Heide und deren Umgegend alles ergriffen hat, ist es kein Wunder, daß man auch wieder auf den Wiewerbruch zurückgekommen ist. Am Sonnabend der letzten Woche hat nun, wie die „Industrie“ berichtet, ein Unternehmer aus Celle dort eine Bohrung ansetzen lassen und zwar genau in der Richtung der Oelzone Braunschweig-Verden. Diese Bohrung soll, wie gemeldet wird, definitiven Aufschluß darüber geben, ob im Wiewerbruch Erdöl zu finden ist oder nicht, und zu diesem Zwecke auch entsprechend tief niedergedrückt werden. Mit den Bohrungen in Bannegge auf dem rechten Ufer hat man nur teilweise Erfolg gehabt. Dieser Erfolg ist aber geeignet, auch für den Wiewerbruch zu entschädigen. Während nämlich die Bohrung auf dem Gemeindeeigentum wegen Wassertritts als erfolglos aufgegeben werden mußte, wurde eine zweite Bohrung auf privatem Boden so gut fündig, daß täglich 54 Barrel Oel gefördert werden sollen. Eine dritte Bohrung, die ebenfalls dort angelegt ist, verspricht guten Verlauf zu nehmen, da man bereits Oelspuren mit der Bohrung zieht. Die Grundbesitzer von Bannegge haben übrigens je nach ihrem Besitz sich vertraglich eine Aufteilung der Erträge aus ihren für Bohrzwecke verpachteten Ländereien an alle Mitglieder gesichert. Die Bohrung II der Westdeutschen Erdölwerke G. m. b. H., welche bekanntlich bei Venheim bohren, soll bereits über 600 Meter tief sein. Es wurde dieser Tage mitgeteilt, daß Abhältiger Schieferstein angetroffen sei. Dem Vernehmen nach soll die Bohrung noch bis zu 1000 Meter niedergedrückt werden, vorausgesetzt natürlich, daß nicht inzwischen ein Erfolg erzielt wird.

Eine neue deutsche Dampferlinie nach der Westküste Südamerikas. Unter dem Namen „Roland-Linie“ wurde in Bremen eine neue Dampferlinie für die Fahrt von Bremen nach der Westküste Südamerikas begründet. Es soll ein vierwöchentliches Dienst mit großen, bis 8000 Tonnen ladenden Dampfern stattfinden.

Gerichts-Zeitung.

Kinderunterziehung. Wegen Urkundenfälschung waren gestern die Arbeiterin Ida Kochs und die Näherin Margarete Trusch angeklagt. Schon seit längerer Zeit unrichtig die Erstangeklagte Kochs mit einem Kaufmann K. ein intimes Liebesverhältnis, ohne daß dieser irgendwelche Anstalten traf, die bisherigen Beziehungen in der Form einer Ehe weiter fortzusetzen. So sehr auch die heimatlose Angeklagte in ihren Bräutigam drang, dieser machte alle möglichen Ausflüchte und schien eine Ehe davon zu haben, in den Hafen der Ehe einzulaufen. Am endlich in die glückliche Lage zu kommen, ein eigenes Heim zu besitzen, nahm Fräulein Kochs zu einem eigenartigen Mittel Zuflucht. Sie wollte ein Kind haben, um dann ihren Bräutigam zu zwingen, sie zu heiraten. Dies war insofern für sie selbst aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Sie suchte deshalb in den Zeitungen nach einer Annonce, in welcher ein armes Mädchen ihr unehelich geborenes Kind zu verpfänden suchte. Die Angeklagte

schrieb mehrere Briefe auf Grund der Annoncen und erhielt schließlich von der jetzigen Mitangeklagten Trusch Antwort. Diese befand sich in der umgekehrten Lage wie die Kochs und wollte ihr Kind verpfänden. Beide Angeklagte traten in brieflichen Verkehr. Am Tage vor der Einleitung der Trusch begab sich die Kochs nach deren Aufenthaltsort im Ober-Elsass. Die ordnungsmäßig ausgefertigte Geburtsurkunde wurde von beiden Angeklagten auf den Namen „Kochs“ gefälscht. Von Basel aus fuhr dann die Kochs mit dem neugeborenen Kinde nach Berlin zurück. Hier war von der „jungen Mutter“ schon alles vorbereitet. Vor ihrer Abreise hatte sie es in geschickter Weise verstanden, einen Zustand der Schwangerschaft vorzutäuschen. Das erstrebte Ziel erreichte die Angeklagte durch diese Kindesunterziehung doch nicht, denn ihr Bräutigam zog es vor, lieber Alimonte zu zahlen, als sich in Ohnmens Fesseln schlagen zu lassen. Als das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Ermittlungen einleitete und von dem Standesamt des betreffenden Ortes im Elsass Informationen verlangte, kam die ganze Kindesunterziehung und Fälschung der Geburtsurkunde ans Tageslicht. Die Folge war die vorliegende Anklage wegen Urkundenfälschung. Vor Gericht waren beide Angeklagte geständig. Der Gerichtshof nahm indessen nicht Urkundenfälschung, sondern ein Vergehen gegen § 169 St.-G.-B. (Unterziehung eines Kindes oder vorsätzliche Änderung des Personenstandes ohne gewinnfüchtige Absicht) an und erkannte auf je drei Tage Gefängnis. Zugleich wurde den Angeklagten anempfohlen, ein Gnadengesuch einzurichten.

Pid aus der Haft entlassen. Am 15. Oktober wurde bekanntlich der Bahnhofsdiener von Pantau-Heimerdsdorf, August Thürling, auf dem Bahnhofsplatze erstochen. Vorangegangen war eine Schlägerei zwischen Bahnhofsbeamten und mehreren jungen Männern. Als der Tat verdächtig wurden die Arbeiter Engel und Pid verhaftet. Nach umfangreichen Zeugenvernehmungen ist der letztere jetzt aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Ein in Vergessenheit geratener Gummischläger. Vom Landgericht Hildesheim ist am 3. März der Polizeiwachmeister Adolf Rosengreen in Peine von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen worden. Er soll vor fünf bis sechs Jahren den Arbeiter Franz Waring, den er arretiert hatte, auf der Polizeiwache mit einem Gummischläger geschlagen und gegen den Ofen gedrückt haben. Waring gab an, betrunken gewesen zu sein. Die übrigen Zeugen konnten sich, weil es schon zu lange her war, des Sachverhaltes nicht mehr genau erinnern. Das Landgericht hat deshalb nicht feststellen können, daß der Angeklagte vor jährlich den M. verlegt hat. — Die von M. als Nebenkläger eingeleitete Revision wurde am Mittwoch vom Reichsgericht verworfen. Wenn die Gummischlägerei so leicht in Vergessenheit geraten konnte, dann muß sie wohl nichts Außergewöhnliches gewesen sein. Indessen: die Freisprechung des Polizeiwachmeisters ist ohne Rechtsirrtum erfolgt. Der Geschlagene darf sagen: wär' Pergament mein Rücken und Tinte jeder Schlag, so hätt' ich wohl Beweise, gegen die Vergesslichkeit nichts mag.

Ein Bürgermeister. Von der Strafkammer des Landgerichts Offenburg (Waden) wurde dieser Tage der Bürgermeister Jakob Jokers von Sand (Amt Rehl) wegen Anstiftung zur Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt. Ein Vorjahr in der Bürgermeistereiwürde derselben Gemeinde wurde vor einigen Jahren samt der Wahlkommission wegen Fälschung des Reichstagswahl-Ergebnisses zugunsten der National-liberalen eingesperrt.

Ein Nachtwächter. Vom Landgericht Duisburg ist am 8. März der Nachtwächter Wilhelm Kirchsink in Wülheim-Ehrum wegen Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Im Dezember v. J. hatte er Streitigkeiten mit seiner Ehefrau und wollte sie anpacken. Ein Hausgenosse wollte ihn zurücktreiben, um die Frau vor Mißhandlungen zu bewahren, erhielt aber zum Lohn dafür vom Angeklagten einen Messerschlag. Der Einwand des Angeklagten, er habe sich in Notwehr befunden, wurde vom Gericht zurückgewiesen, da nicht er, sondern der andere, der die Frau des Angeklagten vertheidigen wollte, in Notwehr sich befunden habe. — Die Revision des Angeklagten wurde vorgestern vom Reichsgericht verworfen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Charlottenburg hält Mittwoch, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3, seine Monatsversammlung ab. 1. Vortrag des Herrn Dr. Volk über „Naturerkenntnis und Weltanschauung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Recht regen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Vermischtes.

Soldaten als Raubmörder. Zu dem Doppelmord bei Otrorno, wo, wie wir berichteten, zwei Musketiere den Besitzer Glapa aus dem Dorfe Venetia und dessen Sohn, die in der Nacht auf dem Wege zum Bahnhof begriffen waren, erschlugen und beraubt haben, wird uns weiter gemeldet, daß die Täter mit den Musketieren Geppert und Rosinski von der 2. Kompanie 1. Bataillon 155. Infanterieregiments identisch sind. Sie sind in ihrem Zivilberuf als Arbeiter und dienen im zweiten Jahre. Rosinski, der bereits vorbestraft ist, stammt aus Charlottenburg, Geppert aus Sagan. Zu der gerichtsarztlichen Obduktion ihrer Opfer waren sie unter harter Bedeckung vorgeführt. Die Ermordeten sind geradezu bestialisch zugerichtet; neben zahlreichen schweren Kopfwunden waren ihnen mit den Seitengewehren die Hände, Ohren und Nasen abgehauen worden, bei dem alten Glapa wurden allein nicht weniger als vierzig Hiebe resp. Stiche festgestellt. Die Raubmörder nahmen ihnen die Taschengelder und ihre aus 16 Mark bestehende Parochie ab. Die Verhaftung der Mörder erfolgte auf Grund der an ihren Sonntagshäusern und Seitengewehren vorgefundenen Wulspuren; um diese zu verdecken, hatten die ruchlosen Täter bei dem noch in der Nacht des Mordes abgehauenen Appell reine Hosen über die Sonntagshemden gezogen. Dieses Vorgehen mußte ihnen aber nichts. Die Verhafteten, die im allgemeinen geständig sind, werden demnächst dem Kriegsgericht der 10. Division in Posen zur Aburteilung überwiesen.

Sechs Menschen angeschossen. Statt einen Hasen — zwei Frauen, einen Mann und drei Kinder angeschossen, hat gelegentlich einer Treibjagd auf Schmarw Nebel bei Annaberg in Sachsen ein Jagdteilnehmer. Die beiden Arbeiterfrauen Kühnrich und Alling aus Sehma führten an der Waldbühne ihre Kinder spazieren, als der verhängnisvolle Schuß fiel. Die Schrotkörner drangen ihnen in Kopf, Arme, Brust und Beine. Das jüngste, etwa ein Jahr alte Kind wurde in dem Moment des Anfalles von der Mutter auf dem Arme getragen. Außerdem wurde ein Bruder des unvorsichtigen Schützen verwundet. Während die Verletzten der Frauen, des Mannes, sowie des einen Kindes nur leichter Natur sind, ist die Verwundung bei dem kleinen Kinde nach Ausspruch des Arztes lebensgefährlich, so daß nur wenig Hoffnung besteht, es am Leben zu erhalten. Sämtliche angeschossenen Personen befinden sich in ärztlicher Behandlung. Der Urheber des bedauerlichen Unglücks hat sich sofort der Behörde gestellt.

Prinz Cecilienfranz. Ein spekulativer Fürstentumwandler Wiewermeister ist auf die Idee gekommen, seinen Anwandlungen „Prinz Cecilienfranz“ zu nennen. Er wandte sich nunmehr an die Kronprinzessin, welcher er eine Probe dieses Anwandlungseinschide und um die Erlaubnis bat, denselben „Prinz Cecilienfranz“ zu nennen. Die Kronprinzessin ließ ihm darauf aus ihrem Kabinett mitteilen, daß der überandete Probefranz ihren Beifall gefunden habe und daß sie daher gern gestatte, daß das Kind den Namen „Prinz Cecilienfranz“ führe.

Die „Freie Deutsche Presse“ findet es verwunderlich, daß „hohe und höchste“ Herrschaften sich fortgesetzt bereit finden lassen, ihren Namen auf solche Weise zu Reklamezwecken herzugeben. Uns wundert das nicht. Warum soll es neben „Wismarbringen“, „Wilmowitzen“, nicht auch „Prinz Cecilienfranz“ geben? Das rüht sich dem doch würdig an.

Gegründet 1864.

Pelzwaren-Fabrik

S. Schlesinger
Neue Königstr. 21, II (Ordonanzhaus.)
Einzelverkauf wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Reisemuster bestehend in:
Pelz-Stolas, Kollern, Muffen etc. zu fabelhaft billigen Preisen.
Sonntag geöffnet.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden
Herren-Moden
Bestellung n. Maß, tadell. Ausf. in eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung.
Sein Waren-Kreditband.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1
direkt am Bahnhof.

Vereinstahnen und Vereinsabzeichen etc. Ww. Marg. Grillenberger, Nürnberg, Ulfshittplatz 2.

Weihnachts-Prämie für unsere Leser!

Fritz Reuters sämtliche Werke

Wir sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:
In einer neuen illustrierten Prachtausgabe
zwei Bände, elegant in Halbheften gebunden, Groß-Oktav-Format, je 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch
zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.- Mark** abzugeben.
Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, klaren Druck und gutes Papier.
Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksdichter erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu decken. Das vorstehende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition **Lindenstraße 69** im Laden und durch sämtliche Partexpeditionen.
Weiter empfehlen wir die zweite Auflage des Buches:

Gesundheitsschutz

In Staat, Gemeinde und Familie.
Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Sachgelehrten von **Emmanuel Darm**. 824 Seiten Groß-Oktav mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.
Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Begleiter in allen Fragen der Hygiene, von der sachmännlichen Presse gut besprochen und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.
Der Preis des elegant gebundenen Buches beträgt nur **4 M.**, die erste Auflage kostete **6.70 M.**
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Enorm billig

gelangen in dieser Woche (inkl. h. S., Sonntag bis 2 Uhr zum Verkauf) die aus letzter Saison zurückgesetzten, nur hochvornehmen Herren
Anzüge Paletots
dieses feinsten Massstoffes gefertigt wurden. . . 12-20 M.
Rock-Gehrock-Aus. 21-42 M.
Heg. Herrenhosen. 7-12 M.
Sehr schöne Anzüge. 7-12 M.
Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 62. I Troppo.

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten 49222*
Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen, halt neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzerstr. 129.
Nachbahrung Kottbuser Str. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag.
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettlied und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Hüte × Wäsche × Krawatten × Schirme

Julius Lindenbaum
Gegründet 1879.
Herren- und Knaben-Garderobe
141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.
Größtes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.
Feste Preise! Feste Preise!

Elegante Jackett-Anzüge
in allen modernen Farben und Karos
12-45 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge
schwarz und farbig
von 25-54 Mark.

Stoff-Hosen
von 3-14 Mark.

Winter-Paletots
elegante und moderne Verarbeitung
in allen modernen Farben und Karos
von 16-50 Mark.

Jinglings- und Knaben-Garderobe
in grosser Auswahl.

Moderne Westen
von 1.75-10.50 M.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO., Oranienstraße 166
Berlin W. Potsdam
Potsdamerstr. 113a. * Nauenerstr. 23.

Jackett-Anzüge,
ein- u. zweireihige Form, elegant und tadellos sitzend, vornehm, chicke Verarbeitung, in allen modernen Farben und Stoffarten, kariert, gestreift, gesprenkelt oder moliert.
15, 17.50, 20, 22.50, 25, 30, 35, 40, 45, 50 u. 55 M.

Jackett-Anzüge,
einreihige Form, in peinlich sauberer Ausführung, von schwarzem Twill, Diagonal oder Rips-Kammgarn.
20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 M.

Schwarze Rock-Anzüge
in bester Verarbeitung, von Satin, Rips oder Tuchkammgarn, Diagonal oder Twill.
27, 33, 38, 43, 48 u. 53 M.

Farbige Rock-Anzüge
einreihige moderne Form, von nur modern gemusterten Stoffen.
30, 35, 40, 45, 50 und 55 M.

Schwarze Gehrock-Anzüge
zweireihige Form, in bester Verarbeitung, vollständiger Ersatz für Maßarbeit, v. Satin-Kammgarn, Rips-Kammgarn, Tuch-Kammgarn od. Tuch.
30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66 M.

Farbige Gehrock-Anzüge
chicke, moderne Form, feinste Verarbeitung, von melierten oder gemustert. Cheviot- od. Kammgarnstoff.
36, 42, 48, 54 und 60 M.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Georg Kaiser
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Fangel.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachm. 3 Uhr: Volkpreise.
Jed. Sitzpl. inkl. Garderobe 60 Pf.
Rauchen im Wintergarten gest.

Otto Pritzkowski

Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummibantzenmensch
Entree 20 Pf.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Abendlich solistischer Weisfall!
Direktor
Wiener Fiaker, Gustav Behrens.
Berliner Droschkentreiber:
Albert Kusch.
Elektr. Straßenbahner:
Willy Zandl.
Cilly Marietta, die beste Instrumentalvirtuosin (8 Instrumente)
sowie 15 Spezialitäten-Nummern.

Jeder Leser!!!

des „Vorwärts“, welcher Wert darauf legt, zum Winter einen eleganten Anzug, Paletot, Joppe fertig und nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei
LESKE & LEHRER
78 Kottbuser Damm 78

Spezialgeschäft eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Unsere Grundsätze: 4787L*
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadelloste Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.
Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.
Original-Insert! Nachdruck verboten.
Bitte, verlangen Sie unseren Gratis-Kalender!

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.
Sämtliche Artikel sind für jede Figur passend auf Lager und werden etwaige kleine Änderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, kostenlos von sachkundigen Personen ausgeführt.
Knaben- und Burschen-Anzüge, Paletots, Joppen und Hosen in größter Auswahl zu billigsten Preisen.
Die Abteilung für Maß-Anfertigung ist mit allen Neuheiten der Herbst- und Winter-Saison ausgestattet u. geschieht die Anfertigung in vollendet schöner Ausführung unter Garantie für guten Sitz zu billigsten Preisen.
Verkauf nur gegen Barzahlung.
Illustrierten Katalog versende gratis und franko.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Neul Fräulein Doktor.
Selbstbesetzte von Reysel.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4*
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn-, Mont-, Donnerst.: Im glänzend renov. und elektr. beleucht. Saal.
Hoffmanns Norddeutsche Sängers und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 5 Uhr, montags 8 Uhr.
Jed. Dienstag, Mittwoch: Theater-Abend.
Gastspiel des Löwe-Ensembles.

Rob. Bohn
Invalidenstr. 135
Laden u. I. Etage.
Herren- u. Knaben-Moden
Berkleidung.
Große Auswahl in Paletots, Joppen, Gediegene Konfektion, streng reell, feste Preise.
Maßanfertigung in eig. Werkstatt unter Garantie.

Vierte Verbandversammlung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise.

Wiesbaden, 9. November.

Nach einer Reihe Begrüßungsreden, an denen unter anderem der Geheimrevisor Dr. Reumann für den preussischen Handelsminister...

Arbeitsnachweis-Verbände und interlokale Arbeitsvermittlung.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Dominicus-Strahburg (Elsass), befürwortete zunächst folgende drei Punkte: 1. Die paritätische Grundlage, also die Heranziehung des Arbeitsnachweises aus dem Streite der wirtschaftlichen Parteien...

1. Jede Gemeinde über 5000 Einwohner hat einen öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis mit kostenloser Vermittlung zu errichten.

2. Die einzelnen Gemeindegewerkschaften werden nach näherer Anweisung des Reichs-Arbeitsamtes zu Arbeitsnachweis-Verbänden zusammengefaßt.

3. Aufgabe dieser Verbände ist die interlokale Vermittlung. — In diesem Zweck wird innerhalb jedes Verbandes: a) wöchentlich mehrere Male eine gemeinsame Besprechungsliste aufgestellt...

4. Die Kosten dieser interlokalen Vermittlung trägt der Staat oder der weitere Kommunalverband, dessen Grenzen mit dem Arbeitsnachweisverband zusammenfallen...

5. Die Aufsicht über die Gemeinde-Arbeitsnachweise und die Arbeitsnachweisverbände zum Zweck der Durchführung einheitlicher Grundzüge...

In dem Zeitalter des Verkehrs und der Konzentration des Kapitals werde eine solche einheitliche und umfassende Organisation des Arbeitsmarktes sich in nicht zu fernem Zeit durchsetzen.

Stadttrat Rath-Dortmund: In Westfalen haben sich die auf der Freiwilligkeit beruhenden Arbeitsnachweise vorzüglich bewährt, er könne sich daher dem Vorschlage, die Arbeitsnachweise unter die Vormundschaft eines Reichsgesetzes zu stellen, nicht anschließen.

Dr. Freund-Berlin: Die paritätischen Nachweise haben u. a. dazu beigetragen, den Frieden in der Berliner Holzindustrie herbeizuführen. Ohne paritätische Arbeitsnachweise würden schwere wirtschaftliche Kämpfe nicht ausbleiben.

Stadttrat Dr. Menzinger-München teilte mit, daß die interlokale Arbeitsvermittlung sich in Bayern vortrefflich bewähre. Es sei notwendig, erst die Wirkung dieser Organisation abzuwarten, ehe man an die Schaffung eines Reichsgesetzes herantrete.

Abgeordneter Wirth-Essen a. d. Ruhr: Einen sehr großen Vorteil würden die interlokalen Arbeitsnachweise für die weiblichen Arbeiter, insbesondere für die Dienstmädchen haben.

Dr. Prigge-Dortmund bekämpfte die Verstaatlichung, die Arbeitsnachweise können nicht nach einer bestimmten Schablone arbeiten. Kräftige Verbände seien das wesentlichste.

Landesversicherungsrat Hansen-Kiel hat schwere Bedenken gegen gesetzliche Maßnahmen. Nach sei die Organisation der Arbeitsnachweise nicht so kräftig entwickelt, daß sie ein Eingreifen der Verwaltungsbehörden vertragen können.

meister Dr. Schmidt-Mainz ist der Meinung, daß die Arbeitsnachweise, die aus eigener Kraft sich so stark entwickelt haben, es verschmähen sollten, die Gesetzgebung anzurufen.

Regierungsdirektor v. Prott-Liegnitz hat in seiner Provinz wenig günstige Erfahrungen mit dem interlokalen Austausch erlebt. Pfarrer Kämmer-Eupen glaubt, daß die Wandererfürsorge ohne gesetzliche Maßnahmen nicht auskommen werde.

Von einer Reichsreform wurde abgesehen. Sodann sprach Stadttrat Professor Dr. Jastrow-Charlottenburg über:

die Reklame im Dienste der allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise. Vortragender hat keine Bedenken, die Reklame genau so wie es seitens der Geschäftswelt geschieht, in den Dienst der Arbeitsnachweise zu stellen.

In der Nachmittags Sitzung gelangte das Thema Wandernde Arbeitslose zu Verhandlung.

Das erste Referat hatte Pastor Moersch von der von Sobelschwingschen Anstalt in Vettel bei Bielefeld übernommen. Redner bespricht eingehend die Tätigkeit und Wirksamkeit der Herbergvereine und Verpflegungsstationen.

1. Eine rationelle Fürsorge für wandernde Arbeitslose läßt sich am besten im Anschluß an die Ausgestaltung (Zentralisation und Zentralisation) der allgemeinen Arbeitsnachweise verwirklichen.

2. Das „Wandern“ Arbeitsuchender läßt sich gesetzlich und tatsächlich verhindern und nur zum geringsten Teil durch Eisenbahn-Beförderung erleichtern.

3. Die Gewährung des nötigen Lebensunterhaltes an mittellos zugereichte Arbeitsuchende, denen eine Arbeits- und sofortige Erwerbsgelegenheit nicht geboten werden kann, ist nicht Sache der allgemeinen Arbeitsnachweise, aber eine notwendige Ergänzung der Tätigkeit derselben.

4. Beide Zwecke, Arbeitsnachweise und Wander-Arbeitsstätten, in einer und derselben Organisation zusammenzufassen, örtlich oder verbandsmäßig, ist keineswegs nötig, aber auch nicht verwerflich.

5. Bei der Verwaltung beider Einrichtungen sollten praktische gewerbliche Vertreter, auch Arbeiter, und Volkswirtschaftsvertreter mitwirken.

6. Die Parität (in der Vorstandszusammensetzung) muß nicht eine arithmetische, aber die Arbeitervertreter müssen unabhängig sein.

7. Die Wander-Arbeitsstätten müssen den notgedrungen wandernden Arbeitslosen ein regelrechtes Wandern auf den zum Arbeitsuchen geeigneten Hauptverkehrsstraßen derart ermöglichen, daß für sie selbst die Notwendigkeit zum Betteln und für die Einwohnerschaft die Notwendigkeit zum Geben ausgeschlossen ist.

8. Mittellosen gegenüber ist die Forderung der Annahme jeder einigermassen für sie passenden Arbeitsstelle (unter Ausschluß jeder unwürdigen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Notlage), ebenso die Forderung einer sogenannten „Stationararbeit“, die jedoch nichts Herabwürdigendes haben darf, berechtigt und notwendig.

b) Ebenso die Durchführung einer Wander- und Arbeitsordnung mit sorgfältiger Kontrolle (Wanderchein).

c) Der wilden „Umjchau“ und dem prüfungslosen Spenden von Meistergroschen und Bettelbrosamen ist mit allen geeigneten Mitteln beharrlich entgegenzuwirken.

9. „Wanderbummler“ sind von der Stationsverpflegung auszuscheiden und als „Obdachlose“ durch die Ortsarmenverbände unter verschärfter Arbeitsforderung (vertragsmäßiger Arbeitszwang wie bei Stationsarbeit) zu verpflegen.

10. a) In größeren Städten ist möglichst Nähe beider Einrichtungen bei räumlicher Trennung zweckmäßig. b) In kleineren Orten können Räume und Verwaltung verbunden sein.

c) Bei der Zuweisung offener Arbeitsstellen gehen einheimische Arbeitsuchende vor, es sei denn, daß der Arbeitgeber zugereifte vorzieht.

11. Alkoholfreie Vereinsherbergen ohne Trinkzwang mit fest angestellten und besoldeten Verwaltern eignen sich am besten zur Unterbringung wandernder Arbeitsloser und Wandererarbeitstätten.

b. Die Bedingungen sind örtlich durch Vertrag zwischen den beteiligten Verwaltungen zu regeln.

12. Öffentliche Mittel sollten für die dreierlei Einrichtungen nur unter der Bedingung verwendet werden, daß sie sachgemäß Hand in Hand wirken.

Stadttrat Fleisch-Frankfurt a. M. kann als Korreferent in vielen einzelnen Punkten mit Pastor Moersch übereinstimmen, jedoch besteht zwischen ihnen beiden in der Grundanschauung des Heils „Arbeitslosigkeit“ eine große Verschiedenheit. Er (Redner) betrachtet die wandernden Lohnarbeiter als Lohnarbeiter, die an ihrem Wohnort keinen Unterhalt finden.

In der Diskussion empfahl Weidner-Frankfurt a. M. die Annahme eines Antrages: Die Arbeitsvermittlungstellen aufzufordern, wandernden Arbeitslosen so schnell als möglich Arbeit zu verschaffen.

Pastor Anger-Eupen: Es sei vollständig falsch, wandernde Arbeitslose beim Bettel zu unterstützen. Dies sei vollständig unproduktiv, produktiv sei nur die Unterstützung seitens der Verpflegungsstationen.

Erster Bürgermeister Cuno-Hagen i. W. betonte die Notwendigkeit, das Wandererpflegungswesen gesetzlich unter voller Aufsicht der kommunalen Selbstständigkeit zu regeln.

Im Schlußwort tritt Pastor Moersch dem Standpunkt Fleisch in einem Punkte entgegen. Sobald ein Wanderer die öffentliche Unterstützung in Anspruch nehme, müsse er auch die dazugehörige Arbeit annehmen.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

* § 188 B. G. B. lautet: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung einer Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile verschaffen oder gewahren läßt, welche den Wert der Leistung übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.“

Für die angesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

gingen ein: Gemeldet vom Zentralverband der Maurer, Zwickelrecht Berlin, auf Listen: 2992 Bau Beamtenhäuser Bummelsburg, d. Schenken 13.45, 2997 1.—, 2998 14.40, 3000 13.75, 3011 22.50, 2995 5.15, 2994 2.75, 3012 11.10, 3005 4.—, 3000 1.55, 3009 7.95, 3008 1.55, 3007 1.55, 3006 1.55, 3005 1.55, 3004 1.55, 3003 1.55, 3002 1.55, 3001 1.55, 3000 1.55, 2999 1.55, 2998 1.55, 2997 1.55, 2996 1.55, 2995 1.55, 2994 1.55, 2993 1.55, 2992 1.55, 2991 1.55, 2990 1.55, 2989 1.55, 2988 1.55, 2987 1.55, 2986 1.55, 2985 1.55, 2984 1.55, 2983 1.55, 2982 1.55, 2981 1.55, 2980 1.55, 2979 1.55, 2978 1.55, 2977 1.55, 2976 1.55, 2975 1.55, 2974 1.55, 2973 1.55, 2972 1.55, 2971 1.55, 2970 1.55, 2969 1.55, 2968 1.55, 2967 1.55, 2966 1.55, 2965 1.55, 2964 1.55, 2963 1.55, 2962 1.55, 2961 1.55, 2960 1.55, 2959 1.55, 2958 1.55, 2957 1.55, 2956 1.55, 2955 1.55, 2954 1.55, 2953 1.55, 2952 1.55, 2951 1.55, 2950 1.55, 2949 1.55, 2948 1.55, 2947 1.55, 2946 1.55, 2945 1.55, 2944 1.55, 2943 1.55, 2942 1.55, 2941 1.55, 2940 1.55, 2939 1.55, 2938 1.55, 2937 1.55, 2936 1.55, 2935 1.55, 2934 1.55, 2933 1.55, 2932 1.55, 2931 1.55, 2930 1.55, 2929 1.55, 2928 1.55, 2927 1.55, 2926 1.55, 2925 1.55, 2924 1.55, 2923 1.55, 2922 1.55, 2921 1.55, 2920 1.55, 2919 1.55, 2918 1.55, 2917 1.55, 2916 1.55, 2915 1.55, 2914 1.55, 2913 1.55, 2912 1.55, 2911 1.55, 2910 1.55, 2909 1.55, 2908 1.55, 2907 1.55, 2906 1.55, 2905 1.55, 2904 1.55, 2903 1.55, 2902 1.55, 2901 1.55, 2900 1.55, 2899 1.55, 2898 1.55, 2897 1.55, 2896 1.55, 2895 1.55, 2894 1.55, 2893 1.55, 2892 1.55, 2891 1.55, 2890 1.55, 2889 1.55, 2888 1.55, 2887 1.55, 2886 1.55, 2885 1.55, 2884 1.55, 2883 1.55, 2882 1.55, 2881 1.55, 2880 1.55, 2879 1.55, 2878 1.55, 2877 1.55, 2876 1.55, 2875 1.55, 2874 1.55, 2873 1.55, 2872 1.55, 2871 1.55, 2870 1.55, 2869 1.55, 2868 1.55, 2867 1.55, 2866 1.55, 2865 1.55, 2864 1.55, 2863 1.55, 2862 1.55, 2861 1.55, 2860 1.55, 2859 1.55, 2858 1.55, 2857 1.55, 2856 1.55, 2855 1.55, 2854 1.55, 2853 1.55, 2852 1.55, 2851 1.55, 2850 1.55, 2849 1.55, 2848 1.55, 2847 1.55, 2846 1.55, 2845 1.55, 2844 1.55, 2843 1.55, 2842 1.55, 2841 1.55, 2840 1.55, 2839 1.55, 2838 1.55, 2837 1.55, 2836 1.55, 2835 1.55, 2834 1.55, 2833 1.55, 2832 1.55, 2831 1.55, 2830 1.55, 2829 1.55, 2828 1.55, 2827 1.55, 2826 1.55, 2825 1.55, 2824 1.55, 2823 1.55, 2822 1.55, 2821 1.55, 2820 1.55, 2819 1.55, 2818 1.55, 2817 1.55, 2816 1.55, 2815 1.55, 2814 1.55, 2813 1.55, 2812 1.55, 2811 1.55, 2810 1.55, 2809 1.55, 2808 1.55, 2807 1.55, 2806 1.55, 2805 1.55, 2804 1.55, 2803 1.55, 2802 1.55, 2801 1.55, 2800 1.55, 2799 1.55, 2798 1.55, 2797 1.55, 2796 1.55, 2795 1.55, 2794 1.55, 2793 1.55, 2792 1.55, 2791 1.55, 2790 1.55, 2789 1.55, 2788 1.55, 2787 1.55, 2786 1.55, 2785 1.55, 2784 1.55, 2783 1.55, 2782 1.55, 2781 1.55, 2780 1.55, 2779 1.55, 2778 1.55, 2777 1.55, 2776 1.55, 2775 1.55, 2774 1.55, 2773 1.55, 2772 1.55, 2771 1.55, 2770 1.55, 2769 1.55, 2768 1.55, 2767 1.55, 2766 1.55, 2765 1.55, 2764 1.55, 2763 1.55, 2762 1.55, 2761 1.55, 2760 1.55, 2759 1.55, 2758 1.55, 2757 1.55, 2756 1.55, 2755 1.55, 2754 1.55, 2753 1.55, 2752 1.55, 2751 1.55, 2750 1.55, 2749 1.55, 2748 1.55, 2747 1.55, 2746 1.55, 2745 1.55, 2744 1.55, 2743 1.55, 2742 1.55, 2741 1.55, 2740 1.55, 2739 1.55, 2738 1.55, 2737 1.55, 2736 1.55, 2735 1.55, 2734 1.55, 2733 1.55, 2732 1.55, 2731 1.55, 2730 1.55, 2729 1.55, 2728 1.55, 2727 1.55, 2726 1.55, 2725 1.55, 2724 1.55, 2723 1.55, 2722 1.55, 2721 1.55, 2720 1.55, 2719 1.55, 2718 1.55, 2717 1.55, 2716 1.55, 2715 1.55, 2714 1.55, 2713 1.55, 2712 1.55, 2711 1.55, 2710 1.55, 2709 1.55, 2708 1.55, 2707 1.55, 2706 1.55, 2705 1.55, 2704 1.55, 2703 1.55, 2702 1.55, 2701 1.55, 2700 1.55, 2699 1.55, 2698 1.55, 2697 1.55, 2696 1.55, 2695 1.55, 2694 1.55, 2693 1.55, 2692 1.55, 2691 1.55, 2690 1.55, 2689 1.55, 2688 1.55, 2687 1.55, 2686 1.55, 2685 1.55, 2684 1.55, 2683 1.55, 2682 1.55, 2681 1.55, 2680 1.55, 2679 1.55, 2678 1.55, 2677 1.55, 2676 1.55, 2675 1.55, 2674 1.55, 2673 1.55, 2672 1.55, 2671 1.55, 2670 1.55, 2669 1.55, 2668 1.55, 2667 1.55, 2666 1.55, 2665 1.55, 2664 1.55, 2663 1.55, 2662 1.55, 2661 1.55, 2660 1.55, 2659 1.55, 2658 1.55, 2657 1.55, 2656 1.55, 2655 1.55, 2654 1.55, 2653 1.55, 2652 1.55, 2651 1.55, 2650 1.55, 2649 1.55, 2648 1.55, 2647 1.55, 2646 1.55, 2645 1.55, 2644 1.55, 2643 1.55, 2642 1.55, 2641 1.55, 2640 1.55, 2639 1.55, 2638 1.55, 2637 1.55, 2636 1.55, 2635 1.55, 2634 1.55, 2633 1.55, 2632 1.55, 2631 1.55, 2630 1.55, 2629 1.55, 2628 1.55, 2627 1.55, 2626 1.55, 2625 1.55, 2624 1.55, 2623 1.55, 2622 1.55, 2621 1.55, 2620 1.55, 2619 1.55, 2618 1.55, 2617 1.55, 2616 1.55, 2615 1.55, 2614 1.55, 2613 1.55, 2612 1.55, 2611 1.55, 2610 1.55, 2609 1.55, 2608 1.55, 2607 1.55, 2606 1.55, 2605 1.55, 2604 1.55, 2603 1.55, 2602 1.55, 2601 1.55, 2600 1.55, 2599 1.55, 2598 1.55, 2597 1.55, 2596 1.55, 2595 1.55, 2594 1.55, 2593 1.55, 2592 1.55, 2591 1.55, 2590 1.55, 2589 1.55, 2588 1.55, 2587 1.55, 2586 1.55, 2585 1.55, 2584 1.55, 2583 1.55, 2582 1.55, 2581 1.55, 2580 1.55, 2579 1.55, 2578 1.55, 2577 1.55, 2576 1.55, 2575 1.55, 2574 1.55, 2573 1.55, 2572 1.55, 2571 1.55, 2570 1.55, 2569 1.55, 2568 1.55, 2567 1.55, 2566 1.55, 2565 1.55, 2564 1.55, 2563 1.55, 2562 1.55, 2561 1.55, 2560 1.55, 2559 1.55, 2558 1.55, 2557 1.55, 2556 1.55, 2555 1.55, 2554 1.55, 2553 1.55, 2552 1.55, 2551 1.55, 2550 1.55, 2549 1.55, 2548 1.55, 2547 1.55, 2546 1.55, 2545 1.55, 2544 1.55, 2543 1.55, 2542 1.55, 2541 1.55, 2540 1.55, 2539 1.55, 2538 1.55, 2537 1.55, 2536 1.55, 2535 1.55, 2534 1.55, 2533 1.55, 2532 1.55, 2531 1.55, 2530 1.55, 2529 1.55, 2528 1.55, 2527 1.55, 2526 1.55, 2525 1.55, 2524 1.55, 2523 1.55, 2522 1.55, 2521 1.55, 2520 1.55, 2519 1.55, 2518 1.55, 2517 1.55, 2516 1.55, 2515 1.55, 2514 1.55, 2513 1.55, 2512 1.55, 2511 1.55, 2510 1.55, 2509 1.55, 2508 1.55, 2507 1.55, 2506 1.55, 2505 1.55, 2504 1.55, 2503 1.55, 2502 1.55, 2501 1.55, 2500 1.55, 2499 1.55, 2498 1.55, 2497 1.55, 2496 1.55, 2495 1.55, 2494 1.55, 2493 1.55, 2492 1.55, 2491 1.55, 2490 1.55, 2489 1.55, 2488 1.55, 2487 1.55, 2486 1.55, 2485 1.55, 2484 1.55, 2483 1.55, 2482 1.55, 2481 1.55, 2480 1.55, 2479 1.55, 2478 1.55, 2477 1.55, 2476 1.55, 2475 1.55, 2474 1.55, 2473 1.55, 2472 1.55, 2471 1.55, 2470 1.55, 2469 1.55, 2468 1.55, 2467 1.55, 2466 1.55, 2465 1.55, 2464 1.55, 2463 1.55, 2462 1.55, 2461 1.55, 2460 1.55, 2459 1.55, 2458 1.55, 2457 1.55, 2456 1.55, 2455 1.55, 2454 1.55, 2453 1.55, 2452 1.55, 2451 1.55, 2450 1.55, 2449 1.55, 2448 1.55, 2447 1.55, 2446 1.55, 2445 1.55, 2444 1.55, 2443 1.55, 2442 1.55, 2441 1.55, 2440 1.55, 2439 1.55, 2438 1.55, 2437 1.55, 2436 1.55, 2435 1.55, 2434 1.55, 2433 1.55, 2432 1.55, 2431 1.55, 2430 1.55, 2429 1.55, 2428 1.55, 2427 1.55, 2426 1.55, 2425 1.55, 2424 1.55, 2423 1.55, 2422 1.55, 2421 1.55, 2420 1.55, 2419 1.55, 2418 1.55, 2417 1.55, 2416 1.55, 2415 1.55, 2414 1.55, 2413 1.55, 2412 1.55, 2411 1.55, 2410 1.55, 2409 1.55, 2408 1.55, 2407 1.55, 2406 1.55, 2405 1.55, 2404 1.55, 2403 1.55, 2402 1.55, 2401 1.55, 2400 1.55, 2399 1.55, 2398 1.55, 2397 1.55, 2396 1.55, 2395 1.55, 2394 1.55, 2393 1.55, 2392 1.55, 2391 1.55, 2390 1.55, 2389 1.55, 2388 1.55, 2387 1.55, 2386 1.55, 2385 1.55, 2384 1.55, 2383 1.55, 2382 1.55, 2381 1.55, 2380 1.55, 2379 1.55, 2378 1.55, 2377 1.55, 2376 1.55, 2375 1.55, 2374 1.55, 2373 1.55, 2372 1.55, 2371 1.55, 2370 1.55, 2369 1.55, 2368 1.55, 2367 1.55, 2366 1.55, 2365 1.55, 2364 1.55, 2363 1.55, 2362 1.55, 2361 1.55, 2360 1.55, 2359 1.55, 2358 1.55, 2357 1.55, 2356 1.55, 2355 1.55, 2354 1.55, 2353 1.55, 2352 1.55, 2351 1.55, 2350 1.55, 2349 1.55, 2348 1.55, 2347 1.55, 2346 1.55, 2345 1.55, 2344 1.55, 2343 1.55, 2342 1.55, 2341 1.55, 2340 1.55, 2339 1.55, 2338 1.55, 2337 1.55, 2336 1.55, 2335 1.55, 2334 1.55, 2333 1.55, 2332 1.55, 2331 1.55, 2330 1.55, 2329 1.55, 2328 1.55, 2327 1.55, 2326 1.55, 2325 1.55, 2324 1.55, 2323 1.55, 2322 1.55, 2321 1.55, 2320 1.55, 2319 1.55, 2318 1.55, 2317 1.55, 2316 1.55, 2315 1.55, 2314 1.55, 2313 1.55, 2312 1.55, 2311 1.55, 2310 1.55, 2309 1.55, 2308 1.55, 2307 1.55, 2306 1.55, 2305 1.55, 2304 1.55, 2303 1.55, 2302 1.55, 2301 1.55, 2300 1.55, 2299 1.55, 2298 1.55, 2297 1.55, 2296 1.55, 2295 1.55, 2294 1.55, 2293 1.55, 2292 1.55, 2291 1.55, 2290 1.55, 2289 1.55, 2288 1.55, 2287 1.55, 2286 1.55, 2285 1.55, 2284 1.55, 2283 1.55, 2282 1.55, 2281 1.55, 2280 1.55, 2279 1.55, 2278 1.55, 2277 1.55, 2276 1.55, 2275 1.55, 2274 1.55, 2273 1.55, 2272 1.55, 2271 1.55, 2270 1.55, 2269 1.55, 2268 1.55, 2267 1.55, 2266 1.55, 2265 1.55, 2264 1.55, 2263 1.55, 2262 1.55, 2261 1.55, 2260 1.55, 2259 1.55, 2258 1.55, 2257 1.55, 2256 1.55, 2255 1.55, 2254 1.55, 2253 1.55, 2252 1.55, 2251 1.55, 2250 1.55, 2249 1.55, 2248 1.55, 2247 1.55, 2246 1.55, 2245 1.55, 2244 1.55, 2243 1.55, 2242 1.55, 2241 1.55, 2240 1.55, 2239 1.55, 2238 1.55, 2237 1.55, 2236 1.55, 2235 1.55, 2234 1.55, 2233 1.55, 2232 1.55, 2231 1.55

Wattner, Wäckerle 18.05. Liste 1500 gef. v. Beride 7. — Liste 1511 Bergmann, 12.10 v. Neufestabildesbach d. Vork. d. Turnvereins 31.00. Liste 1542 gef. d. W. Welle 16.15. Liste 1543 Bergmann, Gemüßbräuer 15.20. Liste 1544 Bergmann, Berens 29.20. Liste 1545 — 30. Liste 1546 gef. von Droschkefischer vom Rud. Hof, Dieplich, Nordhofen, durch Hartmann 22.10. Liste 1547 4.10. Liste 1548 1.25. Liste 105 Schula, Bergmann 23.25. Liste 106 28.65. Liste 107 16.27. Liste 108 16. —. Liste 109 Droschkefischer, Krause gef. 3.35. Liste 110 Wanne, Motorenfabrik 25.50. Liste 111 16.50. Liste 112 Bergmann 49.50. Liste 113 Bergmann 33.40. Liste 114 Bergmann, Wettermann 20.60. Liste 115 Wundt, Bergmann 9.25. Liste 116 Andrees, Bergmann 14.45. Liste 117 Richterfeld, Bergmann 33. —. Liste 118 11.00. Liste 119 17.25. Liste 120 Bergmann, Schwegler 44. —. Liste 121 Bergmann, Wetters 58.05. Liste 122 Bergmann, Wetters 28.50. Liste 123 do. Edering 31.20. Liste 124 do. Lande 12.40. Liste 125 Wollmuth 11.75. Liste 126 Joseph 24.45. Liste 127 Richter 75.45. Liste 128 Richter 18.80. Liste 129 Schwarz 96.75. Liste 130 Franz 23.20. Liste 131 Gehr 30.35. Liste 132 Loderer und Expedienten Bergmann 22.60. Liste 133 Spielmann 30.80. Liste 134 Gehr 38.80. Liste 135 Gehr 34.70. Liste 136 Schwegler 2.50. Liste 137 Frauen, Schwegler-Schmidt 9.40. Liste 138 Schulz-Röhne 23.45. Liste 139 Franke 15.30. Liste 140 11.259 Dring 6.25. Liste 141 Wettermann 19.80. Liste 142 Glühlampen-Werke 3.45. Liste 143 Richterfeld 58.05. Liste 144 Stangevi, Arlinger 21.40. Liste 145 Rede 36.05. Liste 146 Joseph 4.75. Liste 147 Rede 8.45. Liste 148 Wollmuth 9.15. Liste 149 Wundt 3. —. Liste 150 Gehr 2.50. Durch Bergmann, Brunnenstr. 79, auf Listen: 3855 8.70, 3858 6.55, 3859 7. —, 4270 9.75, 5913 3. —, 5915 11.40, 5917 1.70, 5923 6.75, 5927 1.50, 5937 6.45, 5938 5.60, 5940 3.50, 7301 5. —, 7304 4.75, 7307 6.90, 7322 9.50, 7324 9. —, 7325 5.70, 7326 1.50, 7327 1.90, 7328 2.10, 7330 1.35, 7332 2.85, 7333 2. —, 7334 21. —, 7337 24.70, 7338 2.75, 7339 16.95, 7340 3.90, 7341 50.15, 7342 4.70, 7345 14. —, 8058 11.25, 8061 6.05, 8062 7.15, 8063 16.05, 8064 5. —, 8067 20.95, 8068 7.40, 8070 2. —, 8071 6.55, 8072 1.10, 8073 6.50, 8075 4. —, 8081 6. —, 8087 10.85, 8097 4.25, 8098 2.50, 8114 3. —, 8119 13.45, 8124 2.70, 8126 1.50, 8131 3.00, 9027 — 25, 9029 8.50, 9031 9.05, 9034 2.95, 11 151 2.50, 11 153 3. —, 11 154 2.30, 11 157 3.90. — Gewerkschaftskommission Steglitz u. Umg.: Kraft-Sport-Sportverein „Stegfried“ (Steglit) 5.30. Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend, Kahlstraße Steglitz 10. —. Auf Listen 1 10.90, 2 4.40, 3 20.20, 4 6.10, 5 15.40, 6 10.40, 7 2. —, 8 7.90, 9 7.40, 10 3. —, 11 8.50, 12 6.70, 13 13.40.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 11. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der schwarze Domino.
Schauspielhaus. Die die Alten jungen.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Wetten. A Santa Lucia.
Nachm. 3 Uhr: Der gekörnte Stegried.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Kean.
Kleines. Othello.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Der Veilchenfresser.
Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räbliches Theater.) Gyges und sein Ring.
Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
Kessing. Stein unter Steinen.
Zentral. Bullette.
Reichens. Der Prinzgemahl.
Trionon. Der letzte Troubadour.
Luftspielhaus. Die heilige Sache.
Thalia. Bis früh um fünf!
Nachm. 4 Uhr: Dänfel und Grötel.
Carl Weiss. In Berlin ist was los.
Nachm. 4 Uhr: Schneewittchen.
Waffen. Der Mann im Monde.
Deutsch-Amerikanisches. Über, Herr Herzog!
Metropol. Auf — ins Metropol!
Kasino. Das Opferlamm.
Apollo. Frau Luna. — Spezialitäten.
Walhalla. Ringkampf.
Herrnsfeld. Der Familientag.
Wintergarten. Anne Danerch.
Dora. — Spezialitäten.
Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Sol und Haben. — Spezialitäten.
Reichsballen. Stettiner Sänger.
Pöfische. Spezialitäten.
Urania. Taudenstr. 48/49.
Nachm. 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.

Charlottenstraße 90/92.
Kean.
Luftspiel in 5 Aufzügen. Und dem Französischen des Alex. Dumas.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr.
Abend: Kwita. Montag: Andalusia.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.
Kleines Theater.
Zum erstenmal:
Ghetto.
Trauerspiel in 3 Akten von Hermann Meyerhans.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Vore.
Darauf: Der zerbrochene Krug.
Abends 8 Uhr: Ghetto.
Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Musette.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Mann im Monde.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Veilchenfresser.
Abends: Samlet.
Sonntag: Simon.

Urania Taudenstr. 48/49.

8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsonne.
4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath
Elektrisches Licht.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Original Nürnberger Sänger.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der letzte Troubadour.
Luftspiel in 3 Akten von Fred Grösel und Pierre Böder.
Deutsch von Alfred Halm.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Täglich: Die Spezialitäten.
9 1/2 Uhr: Attraktionen des
November-Programms
mit Mlle. Deberio
Chantouse fantastique.
8 Uhr:
Frau Luna
von Paul Lincke.
Sonntag, 12. Nov., nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft u. Spezialitäten.
Bedeutend ermäßigte Preise!

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf — in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Wallter und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitan Martians etc.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr“.

Passage-Theater.

Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr.
Bozena Bradsky
in ihrer entzückenden Dancan-Parodie.
Paul Jülich
der unverwundliche Humorist.
14 neue erstklassige Nummern.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von 2. Kautz und J. Chancel.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Schauspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.

Achtung!
Das Konzert des
Männer-Gesangsvereins „Lerehe“
(R. d. H.-S.-B.)
kann wegen nicht erteilter Bauabnahme der Sophien-Täse am
Sonnabend, den 12. November 1905,
nicht
stattfinden.
Alles Nähere wird später bekannt gegeben.
Das Komitee.

Zirkus Albert Schumann

Deute abend präzis 7 1/2 Uhr:
VIII. Grande Soiree High Life
Gala-Programm, u. a.:
Nur noch kurze Zeit!
Die größte und sensationellste Attraktion d. Gegenwart: Die phänomenalen
Frères John u. Louis Boller
mit ihrem noch nie gelebtenen Vor- und Rückwärts-Saltomortale mit dem Zweirade.
Real Mr. Willie Hale, Glosbuskünstler.
Real Die ausgez. Wally-Hoste-Truppe.
Real Mlle. Francis — Alberto u. Adolfo.
Die beliebte jugendliche Schulfreierin
Frl. Dora Schumann.
Direktor Alb. Schumanns neueste
Schul- und Freizeitschule.
Zum Schluss: Die reizende Sportpantomime: Der Tag des
Englischen Derby.
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei, und abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Der Tag des Englischen Derby.

Gebrüder Herrnsfeld Theater.

Zum 8. Male die Komität:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Witzvolle Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levermann, Carla Metzger, Elise Grossin, Käthe Dreher, Julie Loibl-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugen Neuter, Rich. Götz, Max Zilzer, Fritz Ruff, Hugo Döblin, Bernh. Forster, Paul Hiersgen, Albert Blumenreich.
Ferner:
Donat Herrnsfeld als „Essu Prellstein“.
Anton Herrnsfeld als „Winkalkonsulent Schostak“.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr (Theaterkasse).

Walhalla-Theater

Unter dem Protektorate des
Herrn Professor Reinhold Beyas
Gr. Ringkampf - Konkurrenz.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ia 57—64, Ia 50—55, IVa 40—43. Kalbfleisch Ia 85—90, Ia 72—82, IIIa 55—70, Hammelfleisch Ia 63—73, Ia 48—58. Schweinefleisch 75—80. Rotwild Pfund 40—50 Pf. Gänse Stück 3,50—3,75, klein 1,25—2,00. Kaninchen Stück 0,60—1,00. Stammelschaf 0,20—0,22 Pf. Rebhühner, junge Ia 0,90 bis 1,15, junge IIa 0,00—0,00, junge kleine 0,00—0,00, alte Ia 0,70—0,80, alte IIa 0,00—0,00. Hühner, alte 1,30—1,50, junge 0,60—0,80 das Stück. Tauben, junge 0,40—0,55, alte 0,00. Enten, junge 1,40—2,25. Gänse Ia, 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50 per Stück, Ia 0,60—0,65, IIa 0,48—0,58 per Pfund. Gänse 74—84 R., Scherle, unsort. 99, Kälse, groß 0,00, mittel 0,00 R., Blagen 49—54 R., Karven 0,00, Lachs 0,00 R., Schellfische 25—37 R., Runder 21 R., pro 100 Pfund. Schottische Kolleringe (gefalgelt) 39—38 R., Koll. kleine, Schod 0,00 R., unsortiert 0,00 R., Eier, Schod 0,00. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, IIa 115—122, IIIa 111—114, abfallende 90—110. Karloffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Rosen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Birngelbst pr. Schod 4,00—8,00, Weisse 6,00—8,00, Melisso 4,00—8,00, Kohl 10—12 R. Saure Gurken, Schod 2,00 R.

Witterungsbericht vom 10. November 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	760	SW	5	Regen	5,1
Danzburg	765	SW	3	bedeckt	4,5
Berlin	759	SW	3	Regen	4,5
Frankf. a. M.	766	SW	2	bedeckt	5,1
München	765	SW	6	Regen	5,1
Wien	761	SW	5	bedeckt	5,1
Stettin	760	SW	5	Regen	5,1
Danzburg	765	SW	3	bedeckt	4,5
Berlin	759	SW	3	Regen	4,5
Frankf. a. M.	766	SW	2	bedeckt	5,1
München	765	SW	6	Regen	5,1
Wien	761	SW	5	bedeckt	5,1

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 11. November 1905.
Nachts etwas kühler, am Tage ein wenig wärmer, teilweise aufklarend, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die heilige Sache.

Carl Weiß-Theater.

Str. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr Kinder-Vorstellung:
Sneewittchen und die 7 Zwerge.
Abends 8 Uhr:
10. Vorstellung d. Volks- u. Schauspiel-Pflanz. G. v. G. Reuburger vom Schauspielhaus u. Uff. Talheim.
Spiel: Kärntner.

Maria Stuart.

Morgen und folgende Tage: In Berlin ist was los.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Mittwoch Jeden Abend 8 Uhr!
Gastsp. Ad. Philipp
75. ABER!

Folies Caprice.

Budapester Posen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Zum 57. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Sol und Haben
u. d. ausgezeichneten Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim
und an der Tageskasse v. 10 Uhr
vormittags an.

WINTERGARTEN

OTÉRO.

und ein auserlesenes
Künstler-Programm.
Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Vom 1. bis 30. November 1905:
Großer internationaler
Soubretten-Wettstreit.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Täglich 8 Uhr — Sonntag 7 Uhr.
Die besten deutschen
Komiker
und
Soubretten.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr
jeder Platz 40 Pf., ein Kind frei.
Im Koncertsaal 2 Kapellen
bis 1 Uhr nachts.
Schrammeln mit Sängern und
ungar. Magdaren-Kapelle.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Uh. Böse.
Heute Sonnabend, 11. November:
wegen Privatfestlichkeit
keine Vorstellung.
Morgen Sonntag, 12. November:
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderem:
Carl Braun
der beste deutsche
Verwandlungs-Schauspieler
und Komponisten-Darsteller.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Etalissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Sozialdemokrat. Wahlverein

f. d. A. Berl. Reichstagswahlkreis (Ost).
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser Genosse
Wilhelm Feldbinder
(Wahl 190) an der Proletarier-
freiheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 2 Uhr, vom Trauer-
hause Thornerstr. 65 aus nach
dem Aufstiegs-Kirchhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
262/20

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 10. November verstarb unser
Mitglied, der Vater
Paul Ringleb
Pflanzstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag
nachmittags 3 1/2 Uhr vom Trauer-
hause aus nach dem Gnaden-
Kirchhof, Barfußstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
260/15

Freie Vereinigung der

Bauarbeiter
Berlins u. Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am 8. November verstarb
plötzlich unser Mitglied
Hermann Hunsalz
im Alter von 59 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Son-
ntag, den 12. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, vom Krankenhaus Fried-
richshain aus nach dem Sama-
rier-Kirchhof in Wilhelmshagen
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
81/9

Deutscher

Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitze Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Paula Hollenkamp
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Friedhofes
Kirchhofes in Mariendorf aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau am 8. November ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der St.-Gemeinde, Nordend
aus statt.
49882
Der trauernde Gatte
W. Müller, Tischler,
Fehrbellinerstr. 52a.

Prauz- u. Blumenbinderei

von H. Eckert,
98. Rottbuser Damm 98.

Gewerbegericht zu Berlin.
J.-Nr. 766 Gem.-Ger. 05.
Bekanntmachung.

In Sachen
des Ausstandes in der Wäsche-Industrie hat das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Berlin nach zuvor erfolgter Anrufung durch beide Teile in der Sitzung vom 24. Oktober 1905 auf Grund des § 77 unseres Ortsstatuts vom 25. Juli 1902 nachstehenden

Schiedspruch
abgegeben, welcher gemäß § 78 a. a. D. hiermit bekannt gemacht wird:

1. In allen Fabriken sind die bestehenden Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowohl der Fabrik, wie der Heimindustrie um 6 Prozent zu erhöhen.

Die Lohnerhöhung tritt sofort mit der Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft.

2. Es ist sofort eine paritätische Schlichtungskommission von den Parteien zu bilden, und zwar bestehend aus 7 Arbeitgebern und 7 Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen. In den sieben Arbeitnehmern-Mitgliedern der Kommission können Mitglieder der Arbeitnehmer-Organisation gewählt werden. Die Schlichtungskommission hat die Aufgabe, sämtliche Differenzen, welche zu Streiks und Ausperrungen führen könnten, zu beseitigen. Ferner soll diese Kommission gehalten sein, sofort die Ausarbeitung von Tarifen für die Wäschebranche in Angriff zu nehmen und zwar derart, daß die Tarife bis spätestens 1. März 1906 von den Organisationsstellen der Parteien anerkannt werden können. Für den Fall, daß die Schlichtungskommission die Differenzpunkte nicht beilegt, sind die Parteien verpflichtet, das Einigungsamt binnen 8 Tagen anzurufen. Ebenso ist das Einigungsamt anzurufen, falls die Schlichtungskommission nicht in der Lage ist, die Tarife rechtzeitig festzusetzen, bezw. die Parteien die Tarife nicht bis zum 1. März 1906 angenommen haben. Das Einigungsamt soll über die Festsetzung der Tarife endgültig entscheiden.

3. Die Schlichtungskommission hat bei der Feststellung der Tarife den Wert des zu verbrauchenden Garnes und der Nadeln für jede einzelne Position zu ermitteln. Dieser Wert ist zu den wirklich zu verbrechenden Lohnsätzen hinzuzurechnen.

Die Garne und Nadeln sind den Arbeiterinnen zum Selbstkostenpreise zu liefern. Die jeweiligen Lieferfähige, die Tarife, sowie die obengenannten Selbstkostenpreise sind in den Fabrik- und Ablieferungsakten der Heimarbeitnehmerin sichtbar an geeigneter, für alle zugänglicher Stelle zum Aussehen zu bringen.

4. Die Arbeitszeit beträgt für die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen 9 1/2 Stunden, für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 9 1/2 Stunden.

5. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll spätestens am Montag, den 30. Oktober 1905 erfolgen.

6. Maßregelungen der ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht stattfinden, dagegen dürfen auch die Arbeitseintretenden von den Wiedereintretenden nicht belästigt werden. Die Wiedereintretenden Arbeiter und Arbeiterinnen sollen möglichst an ihren alten Plätzen wieder eingestellt werden und es dürfen in den einzelnen Fabriken neue Kräfte nicht eingestellt werden, bevor die alten wieder beschäftigt sind.

geg. von Schulz, E. Bernhard, Paul Lucht, A. Körtgen, Rob. Ahrens.

Die Bevollmächtigten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen der Wäschebranche haben erklärt, daß die Generalversammlungen der beiden Organisationen den Schiedspruch des Einigungsamtes vom 24. Oktober 1905 angenommen haben.

Berlin, den 6. November 1905.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes,
geg. von Schulz.

Gewerbegericht zu Berlin.
J.-Nr. 766 Gem.-Ger. 05.
Bekanntmachung.

In Sachen
des Ausstandes in der Berliner Wäsche-Industrie und des Ausstandes der Wäsche-Arbeiter der Filiale der Berliner Firma J. Gieberg in Kottbus ist vor dem Gewerbegericht zu Berlin nach zuvor erfolgter Anrufung durch die Parteien in der Sitzung des Einigungsamtes vom 27. Oktober 1905 folgender

Vergleich
geschlossen worden:

Der Arbeitgeber Wertheim in Firma Gieberg wird für seine gewerbliche Wiedergewinnung in Kottbus und für sämtliche dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den vom Einigungsamt am 24. Oktober 1905 für die Berliner Wäschebranche gefällten Schiedspruch in allen seinen Punkten vom 30. Oktober 1905 ab zur Geltung bringen. Er bemerkt ferner, daß bei der demnächstigen Auslieferung des Tarifvertrages ein Ausgleich der Unfordehänge im Verhältnis zu den Lohnsätzen in seiner Berliner Fabrik durch die Schlichtungskommission vorgenommen werden soll. Die Arbeitnehmer sind mit diesen Erklärungen einverstanden.

geg. v. Schulz, E. Bernhard, P. Lucht, Ad. Ritter, Rob. Ahrens, H. Hanff, J. Philippsohn, P. Kallier, Robert Pasewaldt, G. Wertheim.

Vorstandender Vergleich wird auf Grund des § 76 unseres Ortsstatuts hiermit bekannt gemacht.

Berlin, den 6. November 1905.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes:
geg. v. Schulz.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3853.

Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des zweiten Bevollmächtigten, zweier Revisoren und zweier Beisitzer. 3. Die Ausperrung in der Elektrizitäts-Industrie. 4. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Achtung, Rohrer!
Dienstag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unser Lohnkampf und welche Lehren ziehen wir daraus. 2. Diskussion. Es ist Pflicht aller Kollegen für einen regen Besuch zu dieser Versammlung zu agitierten und pünktlich zu erscheinen. 297/19*
Die Lohnkommission. A. H. R. Soldt.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr:
Werkstattdelegierten-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Ad. Ritter über: „Kulturelle Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Delegiertenliste und Mitgliedsbuch legitimiert.
Die an diesem Tage fällige Mitglieder-Versammlung fällt aus.

Achtung! Steinarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 12. November, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der politische Massenstreik. Referent: Genosse Ströbel. 189/13
2. Diskussion.
Kollegen! Sorgt für einen Massendebat dieser Versammlung. Kein Steinarbeiter darf fehlen. Auch werden in dieser Versammlung die Delegierten zur Orts-Krankenkasse aufgestellt. Die Kandidaten müssen ihre Krankenkassenbuch-Nummer angeben.
Die Ortsverwaltungen der Filialen I und II.
A. H.: O. Hanschko, A. Zunk.

Kleber!

Vom Montag, den 13. November, tritt für die nächsten 14 Tage die rote Kontrollmarke in Kraft und muß sich dieselbe im 11. Felde der Karte befinden. Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß in Besitz der bezeichneten Karte sein. Karten werden verabfolgt Sonntag von 9-12 Uhr bei Krüger, Kocherstr. 8, Stephan, Wienerstr. 31, Pade, Amleistr. 6, Pantow, Perlebergerstr. 32, Richter, Steinmehstr. 35; ferner Sonnabend und Sonntag bei Nerker, Bergstraße 10, Raif, Charlottenburg, Pestalozzistr. 82, Quergeb. I, sowie Wochentags im Arbeitsnachweise, Rüdersstr. 9, vormittags von 10 bis 12 Uhr. Arbeitslose Kollegen erhalten an Stelle der Karte einen Stempel im betreffenden Felde der Karte.

Achtung! Die Karte bleibt während der Vortragsdauer bestehen. 193/9
Die Verbandsleitung.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspree gelegene, mit Veranden und Hallen versehenen zirka 15 000 Personen fassende Etablissement Hasselwerder künstlich erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schönau-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 4900L*

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball, 6 Kegelbahnen.
Volksbelustigungen aller Art. 4900L*
In meinen Festalen Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Hochachtungsvoll
Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.

Am Sonntag, den 19. Nov. d. J., vormittags 9 1/2 Uhr:

Ordentl. Generalversammlung im Restaurant Reichardt zu Mariendorf, Charlottenstr. 16, zu der die Herren Delegierten ergebnis eingelaufen werden.

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Arbeitgeber- und zweier Arbeitnehmervertreter in den Vorstand.
2. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1905.
3. Antrag zur Veränderung des § 41 des Statuts.
4. Verschiedenes. 276/19
Etwasige Anfragen, Beschwerden oder dergl. zu denen die Einnahme der Geschäftsbücher erforderlich ist, sind dem Vorstand mindestens drei Tage vorher schriftlich einzureichen.
Mariendorf, 1. November 1905.
O. Weiß, E. Bothe, Schriftführer, Vorsitzender.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Spandau.

Zu der am Dienstag, den 21. November d. J., abends 8 Uhr, im „Victoria-Garten“ stattfindenden

General-Versammlung

werden die Herren Vertreter hierdurch eingeladen.

Tages-Ordnung:
1. Wahl einer Rechnungsprüfungs-Kommission.
2. Vorstandswahl.
a) 2 Arbeitgeber,
b) 5 Arbeitnehmer,
darunter 1 Ersatzmann.
3. Genehmigung der Verträge mit den neu gewählten Beamten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
A. Kleinert, Vorsitzender.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappe nähte. Halbstarke Blot-Taschen Große Hüden umloht. Die Hose

bei Einnahme von 6 Stück 28 RM. 4 Mt. 50

Randhose-Hose Marke Gambrinus, Zwirnstricke . . . 5 RM. 50
Gefütterte Wandhose-Jacke 14,50, 8,75
Schlauerste Monteur-Jacke 1 RM. 90
Schlauerste Monteur-Hose . . . 1 RM. 50
Schlauerste Monteur-Jacke,
prima Körper-Gewebe . . . 2 RM. 50
Schlauerste Monteur-Hose,
prima Körper-Gewebe . . . 2 RM. 16
Weiße Filz-Jacke 3,50, 2 RM. 75
Konditor-Jacke, Dreifach . . . 4 RM. 50
Waler-Mittel . . . 3,—, 2,50, 2 RM. 25
Mechaniker-Mittel (Braun) 3,—, 2 RM. 40
Weiße Leder-Jacke, Dreifach
7,50, 3 RM. 75
Reislerreimer-Kanzuge, blau,
nach Vorchrift 5 RM. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mitteln die Brustweite anzugeben. 45482*
— Versand von 20 RM. an Franko. —

Nachdruck verboten!

Orts-Krankenkasse der Sattler

und verw. Gewerbe zu Berlin.
Sonnabend, den 18. November 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

der in den Wahlversammlungen vom 28. Oktober 1904 resp. 26. Oktober 1905 und 1. November 1904 gewählten Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber in den

Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:
1. In getrennter Wahlversammlung:
a) für die Vertreter der Kassemitglieder:
Ergänzungswahl von vier Mitgliedern zum Vorstand für 1906-1907;
b) für die Vertreter der Arbeitgeber:
Ergänzungswahl von zwei Mitgliedern zum Vorstand für 1906-1907.
2. In gemeinschaftlicher Generalversammlung:
1. Wahl des Rechnungsausschusses;
2. Antrag des Vorstandes auf Veränderung der §§ 11 (6. Abänd.), 12 (6. Abänd.), 19 (6. und 7. Abänd.), 20 (6. Abänd.), 35, 59, 63, 64 des Statuts.
3. Verschiedenes.
Nur die mit Legitimation eventuell Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich um 1/9 Uhr eröffnet.
NB. Anfragen, zu deren Beantwortung die Einsicht der Kassendbücher notwendig ist, müssen drei Tage vorher beim Vorstand schriftlich eingereicht werden.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. 277/5
Der Vorstand.
Ernst Uhlich, Vorsitzender, Rantaustr. 67,
Walter Dittmann, Schriftführer, Sparstr. 6.

Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend.

(E. G. m. b. H.)
Sonnabend, den 25. November 1905, abends 8 Uhr, in Meißners Saal, Adlershof, Bismarckstraße, Ecke Adlersgestell:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Verteilung des Reingewinnes. 5. Neuwahlen und Ergänzungswahlen des Aufsichtsrates und Vorstandes. 6. Antrag der Verwaltung auf Auflösung der Genossenschaft an die Unterstufungsstelle des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 128/15*
Zwei § 13 des Statuts müssen Anträge der Mitglieder bis zum 16. November cr. in Händen des Vorstandes sein.
Ohne Legitimationskarte oder Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Der Vorstand. Hermann Hildebrandt, Wilhelm Kohl, August Süske.

Stukkateure.

Montag, den 13. November 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Franke, Sebastianstraße 30:

Außerordentl. Mitgliederversammlung der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Firmen- und Roßfordfrage. 2. Antrag des Vorstandes auf Veränderung der ferneren Statistik. 3. Mitteilungen und Verschiedenes.
Zu unserem am Sonntag stattfindenden Kunstabend sind noch einige Eintrittskarten frei; dieselben können durch Bestellung im Verbandsbureau, T. H. III 1447, am Saaleingang in Empfang genommen werden.
Voranzeige! Montag, den 20. November, findet bei Eisner, Kaiser Wilhelmstr. 18, eine größere Mitgliederversammlung mit Wahlen statt, zu der die Genossen Cohen und Silberschmidt besonders eingeladen werden. Tages-Ordnung: Lehren aus der Ausperrung in der Elektro-Industrie. 181/12
Die Ortsverwaltung.

Cigarrenhandlungen

liefern zu Originalpreisen alle gangbaren Cigaretten

(Garbáty, Phänomen, Josetti, Manoll, Bolero, Kapitän etc.)
die seit Jahren hier eingeführte Firma
Carl Röcker, Grüner Weg 112.
(Fernsprecher: Amt VII, 8861.)

Spezialität: Dänischer Kapitän-Kautabak, Nordhäuser Kautabak, Rauch- und Schnupftabake.

Nur neueste Moden.
Dieser feine, schwarze Gut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.
Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
Abteilung für den Einzelverkauf
Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neue Form, mit Futter M. 1.50, ohne Futter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.
Sonntags geöffnet. 49982*

Zigarren!

Billigste Bezugsquelle für Händler: ab M. 18.—/100

Bell & Co.

Rosenstraße 18, I. Beste Gelegenheit zur Einrichtung von Zigarren-Geschäften.

bei Einrückungen

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 265. Sonnabend, den 11. November 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Wie in Berlin die Sozialdemokratie marschiert.

Ueber die neuen Erfolge, die bei den Berliner Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung die Sozialdemokratie davongetragen hat, sucht die bürgerliche Presse sich möglichst hinwegzulenken. Von sechzehn Bezirken acht behauptet, drei neu erobert und in vieren eine Stichwahl durchgeführt — das ist auf einmal ein bißchen viel! Der Freisinn erklärt seinen Stimmenrückgang, der in dreien seiner Bezirke sogar zum Verlust der Mandate geführt hat, aus der Wahlmüdigkeit seiner Anhänger. Woran mag es wohl liegen, daß die Sozialdemokratie von dieser „Wahlmüdigkeit“ verschont geblieben ist? Das Stimmenergebnis, dessen Beweisraft sich durch kein verlogen-verlogenenes Gerede des „wahlmüden“ Freisinn wegfalschen läßt, spricht eher dafür, daß diesmal in unseren Reihen eine besondere Wahlfreudigkeit geherrscht hat.

In denselben sechzehn Wahlbezirken dritter Abteilung, die im Jahre 1899 und jetzt wieder im Jahre 1905 zu wählen hatten, wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten damals 18 599 Stimmen, diesmal aber 30 681 Stimmen abgegeben. Der Zuwachs stellt sich auf 12 082 Stimmen, ungefähr 65 Proz. gegen 1899. Natürlich ist inzwischen auch die Gesamtzahl der Wahlberechtigten und die der abgegebenen Stimmen gestiegen, aber an dem Vormarsch der Sozialdemokratie wird dadurch nichts geändert. Da von 1899 bis 1905 in diesen sechzehn Bezirken die Gesamtzahl der Stimmen von 33 748 nur auf 41 254 anwuchs, so war die Sozialdemokratie damals mit 551 von je 1000 Stimmen beteiligt, diesmal aber bereits mit 744 von je 1000 Stimmen. Der Zuwachs beträgt hier 193, macht gegen 1899 immer noch 35 Proz. So marschiert die Berliner Sozialdemokratie und wie „marschiert“ der Berliner Liberalismus? Da in sechs Jahren seine Stimmzahl von 12 089 auf 8859 — um 3230, d. h. um 27 Proz. — zurückging, so fielen auf den Liberalismus (wie wir bereits in unserer Freitag-Nummer gezeigt haben) von je 1000 überhaupt abgegebenen Stimmen damals noch 358, jetzt nur noch 215. Der Verlust beträgt hier 143, d. h. 40 Proz. Für die Bürgerpartei wurden damals 2906 und jetzt 1343 Stimmen abgegeben. Die Vergleichung mit der Gesamtzahl ist hier nicht angängig. Diese Gruppe hat diesmal noch spärlicher als vor sechs Jahren sich den Luxus eigener Kandidaten geleistet, während der Liberalismus nur in einem einzigen, für ihn völlig bedeutungslosen Bezirk darauf verzichtet hat.

Wer unseren Vormarsch in den verschiedenen Bezirken genauer verfolgen will, den verweisen wir auf die Einzelergebnisse, die in der Donnerstag-Nummer mitgeteilt wurden. Die Betrachtung dieser Ergebnisse zeigt, daß noch bei keiner der früheren Stadtverordneten-Wahlen, auch nicht bei den sehr günstig ausgefallenen Wahlen von 1903, 1901 und 1899, die Sozialdemokratie einen so kräftigen Aufschwung genommen hat, wie diesmal. Kein Bezirk zeigt für uns einen Stimmenrückgang, kein einziger! Absolute Stimmenzunahmen um 50 Proz. bilden ziemlich die Regel, und in einigen Bezirken geht der Zuwachs hinauf bis zu 100 Proz. und darüber hinaus. 100 Proz. beträgt unser Gewinn zum Beispiel in dem 19. Bezirk, den noch einmal Herr Rosenow der Einzige behauptet hat. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg hier von 549 auf 1100, während die liberalen Stimmen von 1288 auf nur 1354, um ganze 5 Proz., sich vermehrten. Rosenow wird jetzt in der Presse des Freisinn wie der Bürgerpartei als der Held des 8. November gefeiert. Vergreift man denn da drüben nicht, daß die Niederlage, die im 19. Bezirk unsere Genossen noch einmal erlitten haben, hundertmal rühmlicher ist als der „Sieg“, der hier dem Liberalismus noch einmal zufiel? Auch der relative Zuwachs, die Erhöhung unseres Anteils an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, ist hier noch sehr stattlich. Wir rückten vor von 298 pro Tausend auf 448 pro Tausend, während die liberalen „Sieger“ von 702 pro Tausend auf 552 pro Tausend zurückgedrängt wurden. In manchen Bezirken ist der relative Zuwachs für uns sogar noch bedeutender als der absolute; denn wir haben Stimmenzunahmen bis zur Verdoppelung hinauf selbst da gehabt, wo die Gesamtzahl der Stimmen nur wenig oder gar nicht gestiegen ist.

Sehr beachtenswert sind die Ergebnisse der Bezirke, in denen nun noch eine Stichwahl notwendig geworden ist. Im 1. Bezirk stieg die Gesamtzahl der Stimmen von 1273 nur auf 1336, aber wir rückten vor von 202 Stimmen auf 465, d. h. von 159 pro Tausend auf 348 pro Tausend. Im 30. Bezirk stellte sich die Gesamtzahl der Stimmen vor sechs Jahren auf 2121, diesmal auf 2127. Hier rückten wir von 453 Stimmen vor auf 936, von 214 pro Tausend auf 440 pro Tausend. In beiden Bezirken wurde, was wir gewannen, größtenteils dem Freisinn, zum kleineren Teile der Bürgerpartei abgenommen. Im 6. Bezirk, wo die Gesamtzahl der Stimmen von 1362 auf 1626 stieg, rückten wir von 400 Stimmen auf 667 vor, d. h. von 294 pro Tausend auf 410 pro Tausend. Der 7. Bezirk, dessen Stimmzahl von 1866 auf 1985 anwuchs, brachte uns eine Zunahme von 529 auf 913, d. h. von 283 pro Tausend auf 460 pro Tausend. Auch in diesen beiden Bezirken haben Freisinn und Bürgerpartei hergeben müssen, was uns zufiel. Unsere Parteigenossen, die aus allen vier Bezirken eine ehrenvolle Minderheit davonzutragen durften, werden in der Stichwahl sich der vereinigten Gegner zu erwehren haben.

Ein besonderes Wort verdienen noch diejenigen Bezirke, in denen von einem eigentlichen Kampf keine Rede mehr sein kann, weil sie längst sicherer Besitz der Sozialdemokratie sind.

Mancher ist geneigt, solche Bezirke als Vogatelle zu behandeln, bei der Agitation für die Wahl und auch bei der Würdigung ihres Ergebnisses. Wir bitten unsere Leser und Parteigenossen, sich diesmal diese Bezirke recht genau anzusehen. Gerade sie zeigen, wie in Berlin die Sozialdemokratie vorgerückt ist — vorgerückt ist trotz aller gegnerischen Agitation, trotz aller Schwindels, aller Lügen und Verleumdungen, die von dort über die Sozialdemokratie verbreitet wurden. Im 15. Bezirk stieg die Wählerzahl nur um 400, aber die Stimmzahl um fast 800 und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 2786 auf 3694, also um volle 900. Im 38. Bezirk stieg die Wählerzahl um 900, die Zahl der Stimmen um ziemlich 1000, wir aber rückten vor von 1593 auf 2825, um volle 1200. Im 40. Bezirk nahm die Wählerzahl nur um 300 zu, die Stimmzahl nur um 200, wir aber rückten vor von 1421 auf 2120, d. h. um 700. Der 46. Bezirk hatte eine Vermehrung der Wähler um 1900, aller Stimmen um reichlich 800, aber der sozialdemokratischen Stimmen um 1200.

So also sieht die „Massenflucht der Wähler“ aus, die unsere Gegner uns ankündigten, so die „Niederlage“ der Sozialdemokratie, die diese Maulhelden prophezeiten. Wir wünschen uns mehr solcher „Niederlagen“, mehr solcher Wahlen, bei denen die Wähler in Massen zu uns fliehen — fliehen vor dem Liberalismus, dessen gemeinschädliches, volksfeindliches Treiben sie erkannt haben. Je mehr wir uns in die nüchternen Betrachtung des Wahlergebnisses der Stadtverordneten-Wahlen von 1905 vertiefen, desto klarer erkennen wir die ganze Bedeutung dieser gewaltigen Kundgebung, durch die die werklätige Bevölkerung Berlins entschiedener als je sich für die Sozialdemokratie erklärt hat.

Partei-Angelegenheiten.

Weißensee. Die Parteigenossen werden nochmals ersucht, sich recht zahlreich an der morgen (Sonntag) früh um 7 1/2 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung zu beteiligen. Ein jeder muß erscheinen. Die Verbreitung findet von folgenden Lokalen aus statt: 1. Bezirk: Paul Helmke, Brauhausstr. 2-5; 2. Bezirk: Konrad Stolle, Lehderstr. 28; 3. Bezirk: Wilhelm Schmutz, König Chaussee 88; 4. Bezirk: August Jhrke, Strahburgstr. 29; 5. Bezirk: Hugo Sorrer, Strahburgstr. 68; 6. Bezirk: Alt-Weißensee, Café Rettig, Berlinerstraße 11.

Steglitz. Die Parteigenossen werden auf das Stiftungsfest des Frauenvereins, welches heute abend im Birkenwäldchen stattfindet, aufmerksam gemacht und gebeten, sich daran zu beteiligen.

Friedenau. Sonntag, den 12. d. M.: Handzettel-Verteilung. Pflicht jedes Parteigenossen ist es, sich zu beteiligen. Treffpunkt früh 1/2 8 Uhr bei Grube, Ledermann und Tügel.

Dienstadt. den 14. d. M., abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Reibstr. 14: Volksversammlung. Näheres an den Aufschlagskäulen.

Aldershof. Morgen, Sonntag, den 12. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr, findet bei Veher, Bismarckstr. 10, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse Zubeil über: „Die Kirche als Feind der Volksaufklärung“ sprechen wird. Nach der Versammlung findet das Herbstfest des Wahlvereins, bestehend in Vorträgen, Gesangsaufführungen und Tanz statt, wozu Eintrittskarten a 10 Pf. bei den Vorstandsmitgliedern und Bezirksführern zu haben sind.

Früh 8 Uhr findet eine Handzettel-Verteilung statt, wozu sich die Genossen zahlreich bei ihren Bezirksführern einzufinden haben.

Vorort-Nachrichten.

Dem viergleisigen Ausbau der Nordbahn

standen bisher bekanntlich bedeutende Schwierigkeiten im Wege, weil die Vororte Rosenthal, Dalldorf, Waldmannslust und Hermsdorf gegen die Pläne der Eisenbahndirektion Einspruch erhoben hatten. Im wesentlichen verlangten die Vororte breitere und höhere Straßensicherungen, sowie die Durchlegung verschiedener im Bebauungsplan vorgezeichneter Straßen durch den Bahndamm. — Um die Arbeiten nun energisch fördern zu können, hat sich die königliche Eisenbahnverwaltung bereit erklärt, den Wünschen der Vororte zu entsprechen, sofern die interessierten Gemeinden zu den entstehenden, nicht unbedeutenden Mehrausgaben beitragen.

Charlottenburg.

Bei den Stadtverordnetenwahlen der ersten und zweiten Abteilung hat, wie vorauszu sehen war, in allen Bezirken der liberale Block gesiegt. Von den 29 Mandaten, die im ganzen zu besetzen waren, ist bisher über 24 eine endgültige Entscheidung getroffen, aber 5 Mandate der dritten Abteilung wird in der Stichwahl entschieden werden.

Von den 72 Mitgliedern, die die Versammlung zählt, gehörten bis jetzt je 24 der liberalen Fraktion und der Freien Vereinigung, je 12 der sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion Alt-Charlottenburg an. Die bisher besetzten 67 Mandate verteilen sich so, daß auf die Liberalen 30, auf die Freie Vereinigung 16, auf die Sozialdemokraten 13 und auf die Fraktion Alt-Charlottenburg acht Mitglieder entfallen. An sämtlichen 5 Stichwahlen sind die Sozialdemokraten beteiligt, und zwar findet Stichwahl statt im ersten Bezirk zwischen Paake (Soz.) und Callan (Freie Vereinigung), beziehungsweise Flemming (Soz.) und Vollmann (lib.), im zweiten Bezirk zwischen Klid (Soz.) und Rotholz (lib.), im sechsten Bezirk zwischen Vogel (Soz.) und Böllmer (lib.), im siebenten Bezirk zwischen Hirsch (Soz.) und Jollenberg (lib.).

Bei den Stichwahlen wird der liberale Block zweifellos alles aufbieten, um zum Siege zu gelangen. Schon wendet sich das Organ des Charlottenburger Freisinn halsfestend an die Mittelstandspartei, die die liberalen Stadtverordneten eben erst als nicht ernstzunehmende Männer bezeichnet haben, und ersucht sie, sich mit ihnen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu verbinden: „Wenn die bürgerlichen Wähler bei den Stichwahlen ihre Pflicht erfüllen, werden die Sozialdemokraten in allen Bezirken unterliegen und überall die liberalen Kandidaten gewählt werden. Wie wir glauben, werden die Wähler aller nicht sozialdemokratischen Parteien darüber einig sein, daß

die sozialdemokratische Partei, die sich offen als Klassenpartei bekennet, unter keinen Umständen auch nur durch Wahlenthaltung unterläßt werden darf, und daß lediglich solche Kandidaten gewählt werden dürfen, die sich, wie die Liberalen, der Förderung des Allgemeinwohls in unserem Gemeinwesen zu widmen bereit sind!“ Nun, von der Förderung des Allgemeinwohls durch die Liberalen ist bisher wenig zu merken gewesen. Trotzdem werden alle bürgerlichen Elemente wie stets so auch diesmal in der Stichwahl wieder den liberalen Kandidaten ihre Stimmen geben. Umso mehr wird es die Pflicht der Arbeiter sein, Mann für Mann am Wahltag zu erscheinen, um das, was in der Hauptwahl veräumt ist, nachzuholen. In allen Bezirken stehen wir bezüglich der Stimmzahl an erster Stelle, der Vorsprung der vereinigten Gegner ist nicht so groß, daß wir sie nicht noch einholen könnten. Wenn sich jeder Arbeiter der Bedeutung der Wahlen bewußt ist, wenn die 14 Tage, die uns vom Termin der Stichwahlen trennen, agitatorisch ausgenutzt werden, und wenn sich am Wahltag selbst die genügende Anzahl von Genossen in den Dienst der Partei stellen, dann werden wir siegen, mögen die Gegner noch so große Anstrengungen machen.

Kürnberg im Bilde, Wort und Ton ist der nächste vollständige Kunstabend der Stadt Charlottenburg am Sonntag, den 12. d. Mts., bei welchem Fritz Stahl in einem Vortrag und bildlichen Darstellungen das alte und neue Kürnberg behandeln wird. Hieran schließt sich durch Dr. Manz Rezitation alter und neuer Dichtungen mit Bezug auf das Thema des Abends, so von Hans Sachs, Richard Wagner, Martin Greif etc., während ein besonderer Teil den „Reisefingern von Kürnberg“ Richard Wagners gewidmet ist. Der Preis der Karten ist unbeeinträchtigt 0,50 M., einige nummerierte Reihen 1 M. in allen Charlottenburger Buchhandlungen, sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Genthinerstr. 17 (4-5) zu haben.

Treptow-Baumtschulenweg.

Der Bezirk Treptow des Wahlvereins hielt am 8. November seine regelmäßige, gut besuchte Mitgliedsversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Ludwig Hofmann über „Die Entsehung des Lebens und der Religion“. Dem erstatteten Bericht des Vorsitzenden über die Kreisgeneralversammlung in Altdorf. Zum „Vorwärts“-Konflikt übergehend, bemerkte er, daß die Annahme der Resolution, für welche er auch gestimmt habe, wohl etwas voreilig gewesen sei, aber nach der dabeilich gegebenen Information sei es erklärlich. Genosse Gramenz ergänzte den Bericht und führte aus, daß ein Lichterfelder Delegierter von der bisherigen „Vorwärts“-Minorität eine gruselige Geschichte erzählt habe, nach der diese Minorität die Aufnahme einer von der Mehrheit ins Blatt gegebenen Notiz verhindert habe. Verschwiegen sei aber dabei, daß die Aufnahme eines Artikels nicht erfolgen darf, wenn drei Redakteure gegen die Aufnahme Einspruch erheben! Redner ging weiter auf die Vorwürfe ein, welche gegen den Parteivorstand erhoben werden; dieselben seien vollständig grundlos. Im Gegenteil hat der Parteivorstand wiederholt auf Seiten der Redaktion gestanden. Dieses war auch mit ein Grund, weshalb Groß-Berlin auf dem Jenaer Parteitag beantragte, den „Vorwärts“ zum Volksblatt umzugestalten. Daß die Redakteure nicht gehört worden seien, treffe auch nicht zu. Es sei auch eine irrtümliche Ansicht, daß einzelne Redakteure brotlos gemacht werden sollten. Als Funktionär des Kreises habe er wiederholt gemeinsamen Sitzungen mit dem Parteivorstand beigewohnt. Dabei sei auch erwähnt worden, den betreffenden Redakteuren anderweitig Stellung zu verschaffen und eventuell die Unzugänglichkeit zu tragen. Von allen folgenden Rednern wurde die einheitliche Besetzung der Redaktion für gut befunden und der Wunsch ausgesprochen, daß unsere Presse nicht zum Tummelplatz von Zankereien herabgekommen werden möge, sowie daß die Erklärungen und Erwiderungen ein baldiges Ende finden müßten und die Presse sich mehr mit den Gegnern, den wichtigsten Ereignissen in Rußland und Österreich zu beschäftigen habe. Im Verchiedenen wurde vom Vorsitzenden Genossen folgt die schwache Beteiligung bei der letzten Flugblattverbreitung gerügt. Ferner machte er bekannt, daß sich die Bibliothek und die Kasse des Bezirks Kieselstr. 412 im Zigarrengeschäft befinden. Zur Aufnahme in den Wahlverein meldeten sich sechs Genossen.

Mariendorf.

Um die Arbeiter des Gaswerks Mariendorf für die Organisation des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts zu gewinnen, war zum Dienstag nach dem Kauf des Lokales eine Versammlung einberufen worden. Um eine gutbesuchte Versammlung zu haben, waren unter den Arbeitern Handzettel verbreitet worden. Während sonst die Bewahrung ängstlich darüber wacht, daß im Werk keine Handzettel oder Flugblätter verteilt werden, Juwelierhandlung zieht sofortige Entlassung nach sich, wurden die Einladungen zu dieser Versammlung offen von den Vorarbeitern verbreitet. Die Hirsch-Dunderschen Organisationen sind bei der Direktion der Gaswerke sehr gut angesehen und sie bedauern nur, daß die Arbeiter sich so wenig dafür interessieren. Der beste Beweis dafür ist, daß die Arbeiter des Gaswerks Mariendorf zu circa 80 Prozent im Verband der städtischen Arbeiter organisiert sind. Fern stehen dieser Organisation nur die Vorarbeiter und diejenigen Elemente, die man in jeder Organisation gern vernimmt. Der Referent der Versammlung war der bekannte Herr Kufsch. In einer knappen halben Stunde erlebte er sich seiner Aufgabe, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften als die einzig richtige Organisation anzupreisen.

In einem können wir dem Herrn bestimmen und zwar darin, daß die Kämpfe der Gegenpartei starke Arbeiterorganisationen bedingen, wie man aber mit 10 Pf. Beiträgen eine starke Organisation schaffen will, ist wohl kein Geheimnis. Wie es diesem Herrn aber in Wirklichkeit um die Stärkung der Arbeiterorganisationen zu tun ist, zeigt der allerdings mißlungene Versuch, die bestehende Organisation zu zerstückeln. Trotz der Versicherung der parteilosen Führung der H.-D. Gewerkschaften, konnte er es sich nicht verkneifen, einige Seitenhiebe der Sozialdemokratie zu versetzen, die ja trotz ihrer 80 Mandate für die Arbeiter nichts erreichen könne. Brenzlows, Volenski und Moppel traten seinen Ausführungen entgegen. Auf schärfste wurden die Zerstückelungsversuche und das zweideutige Verhalten der H.-D. gezeigelt. Der brausende Beifall, der dieser Diskussion dreimal zuerufen wurde, dürfte Herrn Kufsch gezeigt haben, daß hier für ihn nichts zu holen ist. Seine Aufforderung zum Eintritt in den Gewerkschaften hatte denn auch den „Erfolg“, daß sich der Saal bis auf circa 15 Mann leerte. Um diese 15 Mann beneiden die modernen organisierten Arbeiter Herrn Kufsch nicht. Er dürfte wohl selbst an seinen Erörterungen wenig Freude empfunden haben. Verzeihend ist es, daß die Versammlung in einem geschützten Lokale abgehalten wurde. Trotzdem die Gasarbeiter durchaus nicht im Geringsten abstinent zu sein, verweigerten sie konsequent den Genuß von Alkohol in jeder Form.

Die Attentate in der Brandenburg-preussischen Geschichte bildeten das Thema eines Vortrages, den Genosse Schütte am Mittwochabend im Sozialdemokratischen Wahlverein hielt.

Berliner Nachrichten.

Das Kuratorium für das städtische Obdach und Arbeitshaus stellte in der letzten Sitzung den Etat fest. Genosse Hoffmann erlob zunächst Protest dagegen, daß der Etat nur fünf Tage vor der Sitzung den Mitgliedern zugestellt worden sei.

Zur Befestigung von neuen Markthallen wird eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der städtischen Markthallen-Verwaltung, sich unter Führung des Vorsitzenden Stadtrat Schäfer nach Wien, Budapest und anderen Großstädten begeben.

Das Ende der blaugelben Briefkästen. Die blaugelben Briefkästen mit einem Fach für Sendungen nach auswärts und einem nach Berlin werden wieder entfernt.

Im Dienste der Partei. Schwere Verletzungen erlitt Mittwochabend gegen 9 Uhr ein im Interesse der Stadtverordnetenwahlen tätiges Mitglied des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins.

am Friedrichshain an, woselbst er an einer schweren Gehirnerschütterung und innerlichen Verletzungen daniederliegt.

Eine Familientragödie

hat wiederum ein furchtbares Ende genommen. In der Friedrichstraße 125 hat der 42 Jahre alte Heilgehülfe Karl Vid aus Gram über den Tod seiner Frau vier seiner fünf Kinder und sich selbst vergiftet.

Vid, ein sehr fleißiger und nuchtern Mann, war seit 11 Jahren Oberwärter und Heilgehülfe in der Poliklinik des Professors Dr. Casper, die im Vorderhause des Grundstücks Friedrichstraße 125 in der Nähe des Oranienburger Tores untergebracht ist.

Nach nicht aufgeklärt ist der Selbstmord der unbekannt Frau, die sich in der Nacht zum Freitag an der Säulenhalle der Nationalgalerie in die Spree stürzte.

Ein dritter Rabattschwinder wurde gestern von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ein 30 Jahre alter Geschäftsfreisender Felix Tuscholski aus Kotel stand schon länger im Verdacht.

Auf dem Wege zur Braut totgefahren wurde vorgestern Abend von einem Straßenbahnwagen der 37jährige Fabrikarbeiter Hermann Klein.

Eine reiche Beute machte eine Einbrecherbande, welche in der gestrigen Nacht der Verkaufsstelle der Vereinigten Gutindustrie, Frankfurt Allee 184, einen Besuch abstattete.

Ein gefasster Wäschdieb. Mit Beute hochbeladen eilte in der vergangenen Nacht ein fremder Mann durch die Holzmarktstraße. Der Träger löbte unter der schweren Last und dies wurde ihm zum Verdräse.

Die Diebstähle von Messinglinken an Eisenbahnzügen, die in letzter Zeit von Spezialisten eifrig betrieben werden, häufen sich immer mehr. Besonders scheinen es die dreifachen auf die elektrischen Verleuchzunge abgeben zu haben.

Ein seltsames Mißgeschick ist einem hiesigen Handlungsgehilfen widerfahren. Der Herr wurde auf dem hiesigen Hauptpostamt in der Königstraße beim Abholen eines diffizilen Briefes von einem uniformierten Schuttmann verhaftet, gefesselt und zu Fuß durch die Menschenmenge zur Polizeiwache geführt.

Das Schloß Weisensee, eine der bekanntesten Ausflugstätten im Nordosten Berlins, soll als Vergnügungsetablisement aufhören zu existieren und zu einem öffentlichen Park umgestaltet werden.

Berlaren. Am Donnerstag nachts sind dem Schriftführer eines Vereins auf dem Wege vom Bahnhof Gesundbrunnen nach der Straßburgerstr. 26 circa 60 Biletts zum Pirnas Schumann, auf den 24. und 27. November lautend, verloren gegangen.

Das Konzert des Männergesangsvereins „Verhe“ (M. d. A. S. V.) kann wegen nicht erteilter Vaubnahme der Sophien-Säle am Sonntag, den 12. November 1905 nicht stattfinden.

Wegen eines großen Kellerbrandes wurde am Freitag gegen 9 Uhr nachmittags die 4. Kompanie nach der Sophienstraße 21 gerufen. Als die Feuerwehr mit mehreren Jagen an der Brandstelle erschien, stand der Keller des Hauses schon in großer Ausdehnung in Flammen.

An der Tollwut gestorben ist der 82 Jahre alte Grubenarbeiter Moriz Linder aus Lindena im Kreise Ludau. Der verheiratete Mann wurde vor fünf Wochen von einem Hunde gebissen.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Herr Direktor Archenhold am Sonntag, den 12. November, nachmittags 5 Uhr, über: „Einen Ausflug in die Sternwelten“

Wesentliche Bibliothek und Beschaffe zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 25. Öffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. November, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerloale des Rathhauses, Saal 109, Eingang Lindenstraße: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung.

Wasserstand am 9. November. Elbe bei Müllig + 0,22 Meter, bei Dresden + 1,15 Meter, bei Ragdeburg + 1,45 Meter.

Wasserstand am 9. November. Elbe bei Müllig + 0,22 Meter, bei Dresden + 1,15 Meter, bei Ragdeburg + 1,45 Meter.